

1.7.2026



# LaG-Magazin

*Lernen aus der Geschichte*

**GESELLSCHAFTSVERBRECHEN**

**NS-ZWANGSARBEIT.**

**EREIGNIS UND ERINNERUNG**



AGENTUR FÜR  
BILDUNG  
GESCHICHTE  
POLITIK

Lernen aus der  
Geschichte



Hans und Berthold  
Finkelstein Stiftung



Aufnäher zur Kennzeichnung  
von sogenannten Ostarbeitern  
© Dokumentationszentrum  
NS-Zwangsarbeit,  
Berlin-Schöneweide

## IM GESPRÄCH

Gesellschaftsverbrechen NS-Zwangsarbeit –  
im Gespräch mit *Christine Glauning* und *Katja Makhotina*  
([english version below](#))

11

## ZUR DISKUSSION

Entscheidungen zur Mitwirkung:  
NS-Zwangsarbeit in deutschen Unternehmen  
*Von Manfred Grieger*

29

## IM GESPRÄCH

Die Aufarbeitung von NS-Zwangsarbeit durch  
deutsche Unternehmen –  
im Gespräch mit *Andrea Schneider-Braunberger*

37

## ZUR DISKUSSION

Die humanitären Zahlungen der Stiftung Erinnerung,  
Verantwortung und Zukunft  
*Von Martin Bock*

45

# INHALT

—	Catastrophic History. Memory, Racial Slavery, and Repair (nachfolgend in deutscher Übersetzung) <i>By Anthony Bogues</i>	<u>52</u>
	The Memory of Soviet Forced Labour: Origins and Transformation (nachfolgend in deutscher Übersetzung) <i>By Daria Rezyk</i>	<u>67</u>
	„Ausländerkinder-Pflegestätten“. Säuglingsheime als Sterbeorte im Nationalsozialismus <i>Von Marcel Brüntrup</i>	<u>84</u>
	<b>IM GESPRÄCH</b>	
	„...noch viel Aufarbeitung nötig“. NS-Zwangsarbeit in der Industriestadt Krefeld – im Gespräch mit <i>Fabian Schmitz</i> und <i>Christoph Becker</i>	<u>92</u>
	<b>EMPFEHLUNG AUSSTELLUNG</b>	
	Verbotene Liebe – die Ausstellung „trotzdem da!“ <i>Von Tobias Rischk</i>	<u>100</u>

# INHALT

## PROJEKT

Das internationale Projekt und die App  
„Living Memorials: (Re)Vitalize Digital History!“  
*Von André Bossuroy*

104

## REZENSION

Erinnern und Vergessen von NS-Zwangsarbeit im  
ländlichen Raum. Die Studie „Am Horizont“ von  
Angelika Laumer  
*Von Sabrina Pfefferle*

107

## PROJEKT

Grabe, wo du stehst – das österreichische Projekt  
„Spuren lesbar machen“  
*Von Tobias Rischk*

112

## Liebe Leser\*innen,

Zwangsarbeit war – spätestens mit Kriegsbeginn – alltäglich und allgegenwärtig im nationalsozialistischen Deutschland. Sie fand nicht nur an weit entfernten Orten in den besetzten Gebieten statt, sondern vor der eigenen Haustür und manchmal auch *dahinter*: im Haushalt, beim mittelständischen Arbeitgeber, auf dem Bauernhof der Familie oder in der Nachbarschaft. Um diese Unrechtsgeschichte aufzuarbeiten, braucht es keinen Besuch einer KZ-Gedenkstätte, sondern „das Graben“ an dem Ort, an dem wir stehen.

Die Mitarbeiter\*innen von deutschen Unternehmen, so heißt es aus der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte, befürworten es heute, wenn ihr Arbeitgeber seine NS-Unrechtsgeschichte aufarbeitet. Aktuell hat das US-Nationalarchiv die Mitgliederkartei der NSDAP digital zugänglich gemacht. Das Interesse von Deutschen daran, ob die eigenen Vorfahren Parteimitglieder waren, ist – über 80 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs – angesichts der Fülle der Anfragen offenbar sehr hoch. In beiden Fällen, NS-Zwangsarbeit vor Ort und NS-Geschichte der eigenen Familie, spielt die persönliche Betroffenheit eine wesentliche Rolle. Kann das für die Erinnerung und Aufarbeitung von NS-Zwangsarbeit genutzt werden?

Die Beiträge dieses Magazins zeigen: NS-Zwangsarbeit ist mittlerweile in vielen lokalen Zusammenhängen und durch eine Fülle an Studien erforscht. Doch nur wenige Unternehmen haben ihre Geschichte aufgearbeitet. Besucher\*innen der Ausstellung „trotzdem da!“, die wir im Magazin besprechen, sind betroffen über ihr eigenes Nichtwissen. Und in der NS-Dokumentationsstelle Krefeld weiß man trotz eigener Initiativen, dass zum Thema NS-Zwangsarbeit noch viel Recherchearbeit nötig ist.

Gemeinsam mit der Hans und Berthold Finkelstein Stiftung fragen wir in dieser Magazinausgabe, wie NS-Zwangsarbeit in Deutschland erinnert und aufgearbeitet wird. Dabei richten wir den Blick besonders auf die Akteur\*innen von Zwangsarbeit – die Verantwortlichen, die Profiteur\*innen und die Mitläufer\*innen. Wie haben sich Unternehmen und Betriebe der Verantwortung gestellt, diese Geschichte aufzuarbeiten? Wie wird in Industriestädten oder in Dörfern an NS-Zwangsarbeit erinnert? Am Beispiel des Schicksals der neugeborenen Kinder von Zwangsarbeiter\*innen präsentieren wir zudem exemplarisch Forschungsergebnisse, die sowohl den Charakter von NS-Zwangsarbeit als Massenverbrechen als auch das Defizit ihrer Aufarbeitung zeigen. Eine Besonderheit dieses Magazins ist der Fokus auf andere Komplexe von Zwangs- und Sklavenarbeit in den USA und in der stalinistischen Sowjetunion. Die Erinnerung daran unterliegt Prozessen des Verschweigens, der Tabuisierung, aber auch der politischen Instrumentalisierung. Die Gegenwart bereits lange vergangener Unrechtserfahrung ist auch hier kaum zu übersehen.

Die Beiträge im Einzelnen:

*Katja Makhotina* und *Christine Glauning* beleuchten die Leerstellen und Herausforderungen in der Erforschung von NS-Zwangsarbeit und in der Vermittlung des Themas. Der Text erscheint auf Deutsch und auf Englisch.

*Manfred Grieger* skizziert die Rolle von Unternehmen wie Krupp oder VW im kriegswirtschaftlichen System der Zwangsarbeit.

*Andrea Schneider-Braunberger* erzählt, wie deutsche Unternehmen ihre NS-Vergangenheit aufarbeiten und gibt Einblick in die Forschungsprojekte der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte.

Wie es ab dem Jahr 2000 zu Zahlungen humanitärer Leistungen durch die Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft an ehemalige Zwangsarbeitende kam, schildert *Martin Bock*.

*Anthony Bogues* von der Brown University in den USA analysiert die *Racial Slavery* in der Geschichte der Vereinigten Staaten und wie sie heute (nicht) erinnert wird. Der Text erscheint auf Englisch und auf Deutsch.

Die ukrainische Historikerin *Daria Rezyk* beleuchtet das stalinistische Zwangsarbeitssystem in der Sowjetunion. Sie zeigt, wie die kritische Aufarbeitung der 1990er Jahre von Prozessen der politischen Instrumentalisierung abgelöst wird. Der Text erscheint auf Englisch und auf Deutsch.

*Marcel Brüntrup* untersucht das Schicksal der Kinder ost-europäischer Zwangsarbeiterinnen in den „Ausländerkinder-Pflegestätten“ – ein bisher wenig beachtetes Thema.

Unsere Fragen zur lokalen Erinnerung an NS-Zwangsarbeit in Krefeld beantworten *Fabian Schmitz* und *Christoph Becker*.

*Tobias Rischk* hat die Wanderausstellung „trotzdem da!“ über die Kinder aus „verbotenen Beziehungen“ besucht und schildert uns seine Eindrücke.

*André Bossuroy* aus Belgien stellt das trilaterale Projekt und die App „Living Memorials: (Re)Vitalize Digital History!“ vor.

Angelika Laumer hat Bewohner\*innen einer ländlichen Region in Bayern zu den ehemals auf ihren Höfen eingesetzten Zwangsarbeiter\*innen befragt – *Sabrina Pfefferle* rezensiert ihre Studie.

Das österreichische Citizen Science-Projekt „Spuren lesbar machen“ im ehemaligen Granitsteinbruch Roggendorf stellt uns *Tobias Rischk* vor.

Wir danken der Hans und Berthold Finkelstein Stiftung, die diese inhaltlich breit gefächerte Magazinausgabe ermöglicht hat. Die Idee dazu wurde gemeinsam mit der Stiftung entwickelt, Teil der konzeptionellen Überlegungen war es, einige Beiträge zweisprachig zu veröffentlichen, um eine internationale Leser\*innenschaft zu erreichen.

Wir danken den Interviewpartner\*innen und Autor\*innen, aber auch den Lektor\*innen und Übersetzer\*innen für ihren Beitrag zu diesem Magazin. Ein besonderer Dank geht an Tim Corbett, Adina Stern und Tobias Rischk für ihren engagierten Einsatz.

Das nächste LaG-Magazin dokumentiert den Fachworkshop „Frauen in Haft in der DDR“, der am 27. April 2026 in Berlin stattfand. Diese Ausgabe erscheint am 30. September.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre und einen schönen Sommer!

Ihre

**LaG-Redaktion**

# Liebe Leser\*innen,

historische Verantwortung zu übernehmen, beinhaltet in Deutschland auch, sich mit der nationalsozialistischen Zwangsarbeit zu beschäftigen. Während die Zahl der Zeitzeug\*innen abnimmt, wächst die Dringlichkeit, Wissen zu sichern, Erinnerung lebendig zu halten und daraus Orientierung für die Gegenwart zu gewinnen.

Diese Ausgabe des Magazins „Lernen aus der Geschichte“ leistet dazu einen wichtigen Beitrag. Sie präsentiert aktuelle Forschung, beleuchtet unbekanntere Aspekte und öffnet bewusst den Blick über nationale Grenzen hinaus. Denn NS-Zwangsarbeit war kein ausschließlich deutsches Phänomen, sondern ein gesamteuropäisches System, das Millionen Menschen betraf. Zugleich zeigen die Beiträge, dass sich der Komplex der NS-Zwangsarbeit nur dann umfassend erkennen lässt, wenn die Quellen aller Beteiligten einbezogen werden – von Zwangsarbeiter\*innen über Mitarbeitende und Unternehmensleitungen bis hin zur lokalen Bevölkerung und zu staatlichen Stellen.

Auch für die Hans und Berthold Finkelstein Stiftung ist die Auseinandersetzung mit NS-Zwangsarbeit ein zentrales und dauerhaftes Anliegen. Wir unterstützen verschiedene Formate, um dieses Thema weiter aufzuarbeiten. Gemeinsam mit der Bayer AG haben wir erste Schritte unternommen: Ein Erinnerungsort vor dem Unternehmenssitz ist ein sichtbares Zeichen und lädt dazu ein, sich vertiefend mit der eigenen Geschichte auseinanderzusetzen. Dieser Ort ist den ca. 16.000 Zwangsarbeiter\*innen der Betriebsgemeinschaft Niederrhein der I.G. Farben gewidmet. Zudem wollen wir die Forschung weiter vorantreiben – etwa durch eine geplante Studie zur Zwangsarbeit der Standorte am Niederrhein. Ziel ist es darüber hinaus, die gewonnenen Erkenntnisse mit lokalen Aktivitäten zu verbinden und so neue Formen der Erinnerung und Bildungsarbeit zu stärken.

Diese Ausgabe verdeutlicht: Die Auseinandersetzung mit NS-Zwangsarbeit ist kein abgeschlossenes Kapitel. Sie verlangt kontinuierliche Forschung, institutionelle Verantwortung und gesellschaftlichen Dialog. Magazine wie dieses schaffen dafür eine unverzichtbare Grundlage, indem sie Einblicke in die Forschung ermöglichen und neue Perspektiven für Erinnerung und Bildung eröffnen.

Ich danke der Redaktion sowie allen Autor\*innen für ihre wertvollen Beiträge und wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

**Annemarie Hühne-Ramm**

Geschäftsführerin

Hans und Berthold Finkelstein Stiftung

# Gesellschaftsverbrechen NS-Zwangsarbeit – im Gespräch mit Christine Glauning und Katja Makhotina

## Gesprächspartnerinnen



**Christine Glauning**, Historikerin, ist Leiterin des Dokumentationszentrums NS-Zwangsarbeit in Berlin-Schöneeweide.

**Katja Makhotina** ist Historikerin und vertritt zurzeit den Lehrstuhl für Geschichte Osteuropas an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.

**LaG:** Wie gut ist NS-Zwangsarbeit erforscht: Was sind aktuelle Themen in diesem Feld und wo sehen Sie Leerstellen und Wissenslücken?

**Christine Glauning:** In den letzten zwanzig Jahren ist eine große Zahl von ganz unterschiedlichen, häufig lokalgeschichtlichen Studien entstanden. Zwangsarbeit gehört mittlerweile zu den gut erforschten Bereichen der NS-Geschichte, aber es gibt noch etliche Leerstellen. Was fehlt, sind vergleichende Untersuchungen zu Querschnittsfragen, etwa den Machtverhältnissen und Handlungsspielräumen der Profiteur:innen in den Betrieben, aber auch zu Formen von Widerstand und Selbstbehauptung unter den Zwangsarbeiter:innen. Zwangsarbeit in den besetzten Gebieten ist ein wichtiges Thema, das können wir noch nicht einmal zahlenmäßig erfassen. Es gibt weitere Leerstellen wie die große Gruppe der zivilen Zwangsarbeiter:innen, die in der letzten Kriegsphase in die KZ überstellt wurden und dort zeitweise eine der größten Häftlingsgruppen bildeten, oder auch der sogenannte geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Jüdinnen und Juden. Wenn wir dann auf die Zeit nach 1945 schauen: Es fehlen Studien zu den sozialen,

psychischen und ökonomischen Langzeitfolgen für Überlebende und ihre Familien. Wie sind die Nachfahren von Profiteur:innen mit ihrer Familiengeschichte umgegangen? Große Unternehmen haben ihre Geschichte aufarbeiten lassen, aber es ist wenig erforscht, dass auch die meisten kleineren und mittleren Betriebe von Zwangsarbeit profitiert haben. Ich finde es zudem wichtig, Zwangsarbeit auch in der Verflechtung mit anderen Verbrechenkomplexen zu betrachten, etwa mit den Krankenmorden: Arbeitsunfähige Zwangsarbeiter:innen wurden im Rahmen der T4-Aktion getötet, zum Beispiel in Hadamar.

**Katja Makhotina:** Wenn wir davon ausgehen, dass es kaum einen Betrieb in Deutschland gab, in dem keine Zwangsarbeit geleistet wurde, dann ist das Ausmaß des Verbrechens klar - einfache Deutsche waren Profiteure oder haben sich daran beteiligt. Sowohl in der Forschung als auch in der öffentlichen Erinnerung ist NS-Zwangsarbeit jedoch nicht als Gesellschaftsverbrechen mit vielen Mitverantwortlichen präsent. Ich möchte ergänzend aus der Perspektive der osteuropäischen Geschichte zwei Aspekte ausführen. Zum einen gab es in den 1990er Jahren und später eine starke Hinwendung zur Oral History – Interviews mit den Erinnerungen von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern, die nach Deutschland verschleppt worden sind, wurden gesammelt. Es ging um ihre Deportation und um die harte Arbeit in Rüstungsbetrieben oder auf Bauernhöfen. Das wird ja in der deutschen Wahrnehmung sehr oft verharmlosend dargestellt: „Unsere Natascha hatte es so gut bei uns.“ Das ist realitätsfern. Mehr als 50 Prozent waren junge Frauen oder Mädchen. Der Organisation Memorial, später der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft gelang es, diese subjektiven Erfahrungen festzuhalten. Das sind Quellen von unschätzbarem Wert, aber sie haben ihre Grenzen. Betroffene, die nicht überlebten, haben uns kein Zeugnis hinterlassen: z. B. Frauen, die an Zwangsabtreibungen starben, oder die über 55.000 Neugeborenen, die in den „Ausländerkinder-Pflegestätten“ zu Tode ‚versorgt‘ wurden (siehe den [Beitrag Brüntrup](#) in diesem Magazin).

**»Wenn wir davon ausgehen, dass es kaum einen Betrieb in Deutschland gab, in dem keine Zwangsarbeit geleistet wurde, dann ist das Ausmaß des Verbrechens klar.«**

Der zweite Aspekt ist ein neuer Ansatz: Man geht davon aus, dass diese Erfahrung der Gewalt sich auf die nachfolgenden Generationen überträgt. In unserer heutigen postmigrantischen Gesellschaft leben Menschen mit Migrationshintergrund aus der Ukraine, aus Belarus, aus Polen, aus Russland, denen diese Erfahrung nach wie vor präsent ist. Zudem sollten wir fragen: Was sind heutige asymmetrische Verhältnisse zwischen deutscher Mehrheitsgesellschaft und Menschen mit Migrationshintergrund aus dem osteuropäischen Raum? Hat der koloniale Rassismus – und damit meine ich den Antislawismus – immer noch Bestand?

**Christine Glauning:** Ich würde gerne die Perspektive NS-Zwangsarbeit als Gesellschaftsverbrechen aufgreifen. Im Grunde hat die gesamte „Volksgemeinschaft“ profitiert – durch den massenhaften Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft war die Versorgungslage während des Krieges weitgehend gesichert und Zwangsarbeit trug so zur Stabilisierung der NS-Diktatur bei. Zudem waren alle Ministerien auf Reichsebene, alle kommunalen Verwaltungen und Sonderbehörden involviert in Zwangsarbeit – in Organisation, Überwachung, Sanktionierung. Zwangsarbeiter:innen waren unübersehbar und Teil des Alltags der deutschen Bevölkerung. Nach den Schätzungen des United States Holocaust Memorial Museums gab es hochgerechnet 42.500 Lager im deutschen Machtbereich. Diese Dimension ist immer noch wenig bekannt.

»Im Grunde hat die gesamte ‚Volksgemeinschaft‘ profitiert.«

**Katja Makhotina:** Wenn wir über Leerstellen sprechen, möchte ich die sogenannten Entbindungsbaracken erwähnen. Als durch Himmler 1943 erlassen wurde, dass die schwangeren Zwangsarbeiterinnen nicht mehr in die Herkunftsorte zurückgeführt werden, hieß es dann, dass sie abzutreiben haben, bis zum fünften Schwangerschaftsmonat. In den „Entbindungsbaracken“ starben Frauen aufgrund der menschenunwürdigen Verhältnisse an diesen Abtreibungen. Es gab in den Universitätskliniken spezielle Stationen, in denen Ärzte Abtreibungsversuche durchgeführt haben. Die Frauen aus dem östlichen Europa waren für sie Testmaterial. Diese Geschichte ist ein unrühmliches Blatt in der deutschen Medizingeschichte und bisher nicht geschrieben worden.



Offizielle Aufnahme von sowjetischen Zwangsarbeiterinnen in Erlangen, 22.06.1942 © Stadtarchiv Nürnberg

**Christine Glauning:** Danke, dass Sie gerade dieses Thema aufgreifen, weil ich in den letzten Jahren immer wieder darauf gestoßen bin. In einer Universitätsklinik in Graz/Österreich versuchte der ärztliche Leiter sein bekanntermaßen fehlendes fachliches Können nicht mehr an Leichen, sondern an sowjetischen Frauen, die wegen eines

Abbruchs in die Klinik gekommen waren, zu verbessern und verstümmelte sie dabei schwer. Zur spezifischen Situation der Frauen gehört auch der Sonderlagertyp der Bordellbaracken, in denen zivile Zwangsarbeiterinnen Sexarbeit verrichten mussten. Über KZ-Bordelle wurde bereits geforscht, aber über diejenigen für zivile Zwangsarbeiter wissen wir sehr wenig.

**LaG:** Wie ist das Wissen über NS-Zwangsarbeit strukturiert: Ist die Perspektive der Betroffenen ausreichend präsentiert? Und wissen wir andererseits noch zu wenig über die Täter:innen, die Profiteur:innen und Zuschauer:innen?

**Katja Makhotina:** Das hängt eng mit dem Begriff des Gesellschaftsverbrechens zusammen. Dass die eigenen Vorfahren mitbeteiligt waren an der NS-Gewalt, ist eine Erinnerung, die schmerzt, die ist ungemütlich. Die kritische Auseinandersetzung mit Täterschaft soll nicht nur im kollektiven Gedächtnis erfolgen, aber auf der individuellen Ebene ist eine Sperre dagegen. Also erforschen die HistorikerInnen die Orte der Gewalt und die Mitbeteiligung verschiedener Ämter. Aber wer liest ihre Bücher mit all den Fußnoten?

**»Dass die eigenen Vorfahren mitbeteiligt waren an der NS-Gewalt, ist eine Erinnerung, die schmerzt, die ist ungemütlich.«**

**Christine Glauning:** Bei der Erarbeitung unserer ersten Dauerausstellung „Alltag Zwangsarbeit 1938–1945“ haben wir uns gefragt: Wie gehen wir mit der Täter-Opfer-Dichotomie um? Es hat zu viele unterschiedliche Gruppen von Beteiligten gegeben und wir entschieden uns, von



Blick in die Dauerausstellung „Alltag Zwangsarbeit 1938–1945“ am Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit in Berlin-Schöneeweide, 16.08.2017 © Andreas Schoelzel

Akteur:innen zu sprechen, die unterschiedliche Verantwortungen und Handlungsspielräume hatten: ein Lagerleiter oder der Personalchef von Siemens; die Nachbarin, die Kontakt zu einem Zwangsarbeiter hatte; der Vorarbeiter aus einem kleineren Betrieb oder ein Musikethnologe, der in Lagern Tonaufnahmen von singenden Zwangsarbeiter:innen gemacht hat.

**LaG:** Frau Makhotina, Sie haben von einer deutschen „Politik des Vergessens“ gesprochen. Wie ist das lange Schweigen zu erklären? Wie wurde die Aufarbeitung von NS-Zwangsarbeit angestoßen, welcher Initiativen bedurfte die Erinnerungsarbeit?

**Katja Makhotina:** „Politik des Vergessens“ ist natürlich ein Begriff, den es aufzuschlüsseln gilt. Ich sehe hierfür zwei Gründe: Zum einen der Kalte Krieg und der antikommunistische Diskurs in Westdeutschland – der Feind war immer noch im Osten und wurde nicht unbedingt als Opfer der eigenen Gewalt angesehen. Zweitens war der Grad der eigenen Mitbeteiligung und Mitverantwortlichkeit so ungemain hoch. Bei den Verhandlungen zur deutschen Wiedervereinigung hat die Bundesregierung NS-Zwangsarbeit als normalen Kriegsschaden abgetan und wollte nicht dafür aufkommen. Sie argumentierte, die Sowjetunion habe ja 1953 auf Reparationen verzichtet. Zeitgleich zu diesen Verhandlungen schrieben tausende Menschen Briefe an die deutschen diplomatischen Vertretungen in ihren Ländern, in denen sie ihr Leid beschrieben, zugleich aber ihren Wunsch nach Versöhnung und Anerkennung ihres Leids äußerten. Viele Betroffene litten an Armut, waren alt und krank, sie schrieben in der Hoffnung, Unterstützung zu bekommen. Memorial sammelte die Briefe, aber diesem Anliegen wurde nicht stattgegeben. Es erfolgte 1992 lediglich eine Härtefallregelung, für die eine Milliarde DM zur Verfügung gestellt wurde.

Die KZ-Gedenkstätten wie Sachsenhausen, Neuengamme, Buchenwald ergriffen Erinnerungsinitiativen. Abseits davon gab es wenig Lust und Laune, sich des Themas anzunehmen, ausgenommen die neue Gedenkstättenbewegung „Grabe, wo du stehst“, die Ende der 1970er und in den 1980er Jahren entstand. LehrerInnen und PfarrerInnen setzten durch ihre Initiative ein machtkritisches Zeichen und distanzieren sich von der deutschen Politik. Sie suchten nach Überlebenden und schrieben ihnen Briefe. In den 1990er Jahren kamen die Betroffenen zum ersten Mal auf Einladung nach Deutschland.

**Christine Glauning:** Das Thema Zwangsarbeit war nach 1945 in den Nürnberger Prozessen ein Anklagepunkt und es gab Verurteilungen. Fritz Sauckel als Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz ist zum Tode verurteilt und hingerichtet worden. Aber danach verschwand das Thema komplett aus der deutschen Nachkriegsgeschichte und zwar auf allen Ebenen. Es erfolgte keine justizielle Ahndung vor deutschen Gerichten, Zwangsarbeit war kein Straftatbestand. Es sind nur ganz wenige Urteile wegen Kriegsendphasenverbrechen ergangen, also wegen Mordes, aber nicht wegen des Einsatzes von Zwangsarbeiter:innen. Nach dem

»Es erfolgte keine justizielle Ahndung vor deutschen Gerichten, Zwangsarbeit war kein Straftatbestand.«

Bundesentschädigungsgesetz von 1953 waren Zwangsarbeit und damit individuelle Entschädigung ausgeschlossen. Das Thema war vergessen und ausgeblendet. Die Überlebenden sind wieder in ihre Länder zurückgegangen oder wanderten aus, nur wenige blieben in Deutschland. Manche versuchten, Entschädigungsanträge zu stellen, aber die deutschen Behörden lehnten mit der Begründung ab, Zwangsarbeit sei kein NS-Unrecht, sondern „eine Maßnahme zur Beseitigung des kriegsbedingten Arbeitskräftemangels“ gewesen. Erst mit der Debatte um die Entschädigung in den 1990er Jahren (siehe den [Beitrag Bock](#) in diesem Magazin) gab es zum ersten Mal eine breitere Diskussion über Zwangsarbeit. Die Berliner Geschichtswerkstatt begann Ende der 1980er Jahre, Zwangsarbeit in Berlin aufzuarbeiten und suchte den Kontakt zu ehemaligen Zwangsarbeiter:innen in Polen, Tschechien und in der Ukraine. Fotos, Dokumente, Briefe wurden gesammelt, auch Interviews geführt. Da wurde hochprofessionelle Arbeit geleistet, unter schwierigen, weil ehrenamtlichen Bedingungen. Aber wie die Firmen mit ihrer Geschichte umgegangen



Fotografie der ehemaligen polnischen Zwangsarbeiterin Josefa K.: Gruppenbild von Landarbeitern auf dem Feld (Landgut Berlin-Buch, März 1943) © Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit / Sammlung Berliner Geschichtswerkstatt

sind und die spätere Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft und des Bundes, das sind Prozesse, die durch Druck von außen angestoßen worden sind.

**Katja Makhotina:** Die AgentInnen der Erinnerung der ersten Stunde beklagen oft, dass sie in ihren Orten als Nestbeschmutzer galten, ihnen wurden Hindernisse in

den Weg gelegt. Die Pläne für eine Gedenkstätte wurden in den städtischen Parlamenten nicht selten in den Wind geschlagen. Und bis heute protestieren die Nachfahren von Verantwortlichen, wenn diese auf Gedenksteinen namentlich genannt werden. Da kommt der Enkel des damaligen Bürgermeisters, der in der Nazizeit einen Hinrichtungsbefehl gegen polnische oder ukrainische Zwangsarbeiter gegeben hat, und sagt: „Streich das, ich möchte nicht, dass hier der Name meines Großvaters steht.“ Auch im Jahr 2026 gibt es noch Widerstand gegen diese Initiativen.

**Christine Glauning:** Es passiert auch heute noch, dass einzelnen Forscher:innen Steine in den Weg gelegt werden: Kommunale Archive werden nicht geöffnet oder nur Teile der Bestände zugänglich gemacht, mit der Behauptung, das sei sowieso alles im Krieg vernichtet worden.

**LaG:** Frau Glauning, ist das Wissen über NS-Zwangsarbeit mittlerweile öffentlich hinreichend präsent und in der Breite angekommen?

**Christine Glauning:** Eine wiederkehrende Beobachtung aus dem Alltag hier im Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit ist: Die Vorkenntnisse von Besucher:innen sind begrenzt, sie staunen immer noch über die qualitative und quantitative Dimension von Zwangsarbeit, dass alle Betriebe davon profitiert haben, auch über die Zahl der Lager und die der betroffenen Menschen. Es kommen auch viele Schulklassen zu uns,

»Es kommen auch viele Schulklassen zu uns, aber in den Lehrplänen ist das Thema Zwangsarbeit nur ungenügend verankert.«

aber in den Lehrplänen ist das Thema Zwangsarbeit nur ungenügend verankert. Es steht und fällt mit dem Engagement von Lehrer:innen, welchen außerschulischen Lernort sie besuchen, ob sie wie seit zwanzig Jahren in eine KZ-Gedenkstätte fahren oder vielleicht mal einen Ort der NS-Zwangsarbeit besuchen. Zwangsarbeit wird oft noch als Randthema wahrgenommen und in seiner Bedeutung für die NS-Gesellschaft nicht erfasst.

**LaG:** Frau Makhotina, wie wird das Thema in Osteuropa erinnert?

**Katja Makhotina:** Ich würde damit beginnen, dass der Krieg für Osteuropa heute durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine keine Vergangenheit, sondern Gegenwart ist. Wie kann man bewahren, was jetzt durch die Raketenangriffe von Zerstörung bedroht ist? Es sind viele Initiativen entstanden, um Archivdokumente zu Zwangsarbeit, aber auch zum Kriegsgeschehen und zur deutschen Besatzungspolitik, zu digitalisieren und zu retten. Das Gedächtnis an den Zweiten Weltkrieg wird heute in der Ukraine, aber auch in Russland und Belarus tagespolitisch genutzt, um bestimmte Opfer- oder Feindbilder zu zeichnen. In Russland und Belarus wird jetzt im neuen Diskurs der Selbstviktimisierung alles unter dem Begriff Genozid subsumiert. Das ist aber nicht völkerrechtlich gemeint, sondern ein emotionaler Kampfbegriff. Die Erinnerung an Zwangsarbeit steht unter dem Motto: „Wir wurden damals als Sklaven von Europa ausgebeutet. Der Westen ist unser ewiger Feind.“ Die Kluft zwischen der individuellen und der öffentlichen, politisch überformten Erinnerung ist nicht einmal in der sowjetischen Zeit so groß gewesen wie jetzt (siehe den [Beitrag Reznyk](#) in diesem Magazin).

**LaG:** Welche Herausforderungen ergeben sich für die Bildungsarbeit zum Thema NS-Zwangsarbeit?

**Christine Glauning:** Unsere Besucher:innen stellen zunehmend Fragen zu aktuellen Kriegen und Konflikten. Auch Bezüge zu den Themen Zwangsarbeit und Arbeitsausbeutung heute, Kontinuitäten von Rassismen und von Antisemitismus werden hergestellt. Die Herausforderung ist es, auf diese Fragen angemessene Antworten zu finden, ohne NS-Verbrechen zu relativieren oder zu verharmlosen. Die

Auseinandersetzung mit solchen Themen gelingt nicht im Rahmen einer Frontalführung, sondern braucht Zeit, Raum und geschultes Personal, zumal angesichts einer sehr heterogenen Besucherschaft.

**Katja Makhotina:** Auf der lokalen Ebene kommt es wiederholt vor, dass die Gräber der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus dem östlichen Europa als „Russengräber“ bezeichnet werden. Aber die Sowjetunion ist nicht gleich Russland und für die Menschen aus der Ukraine, die seit 2022 vor dem Krieg nach Deutschland geflüchtet sind, ist es sehr wichtig zu vermitteln – das sind auch Gräber von Menschen aus der Ukraine. Was bei den deutschen Großeltern noch „Russlandfeldzug“ hieß, war ein Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion – ein Vielvölkerstaat mit vielen Ethnien. Daher besteht die kollektive Verantwortung nicht nur gegenüber Russland, sondern auch gegenüber allen anderen fünfzehn ehemaligen Sowjetrepubliken. Man denke nur an 300.000 kasachische Kriegsgefangene. Eine solche Differenzierung entzieht sich der politischen Instrumentalisierung, indem man ganz konkret einzelne Biografien präsentiert. Es könnte sehr gut gelingen im Rahmen einer Wanderausstellung, die das Thema nicht nur in Berlin, Nürnberg oder Weimar, sondern an vielen Orten vermittelt.

# Forced Labour in the Third Reich: A Society-Wide Crime.

## A Conversation with Katja Makhotina and Christine Glauning

### Interviewees



**Katja Makhotina** is a historian who is currently Chair for the History of Eastern Europe at Friedrich Alexander University Erlangen-Nuremberg.

**Christine Glauning** is a historian and director of the Nazi Forced Labour Documentation Centre in Berlin Schöneweide.

*Übersetzung: Gegensatz Translation Collective*

**LaG:** How much research exists on forced labour during the Third Reich? What is currently being discussed in the field, and where are there still gaps in knowledge?

**Christine Glauning:** Over the last two decades, there have been a large number of quite varied studies, often dealing with local history. Forced labour is now considered one of the better-researched aspects of Nazi history, yet numerous gaps remain. There has been a lack of comparative studies into overarching issues, such as power relations and the latitude afforded to those within companies who profited from this labour, but also on the ways in which forced labourers resisted and asserted themselves.

**“Forced labour is now considered one of the better-researched aspects of Nazi history, yet numerous gaps remain.”**

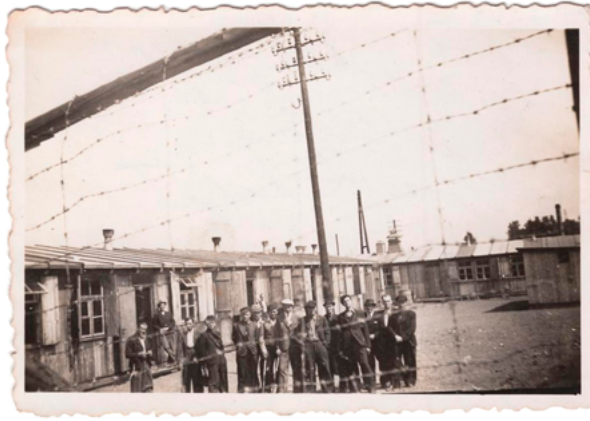
Forced labour in areas occupied by the Nazis is an important topic, and one where we’re still lacking precise data. There are still more gaps, such as research into the large groups of civilian forced labourers who were transferred to concentration camps in the final phase of the war and

who sometimes counted among the largest groups of inmates, or into the “Geschlossener Arbeitseinsatz” of German Jews (segregated labour deployment in the wider society, i.e. not inside concentration camps). As for the post-1945 period, we lack studies into the long-term social, psychological, and economic consequences for survivors and their families. How did the descendants of those who profited from forced labour deal with their family history? Large companies have allowed for research to be conducted into their involvement, but less attention has been given to how the majority of small and mid-sized companies also profited from forced labour. I also think it is important to consider how forced labour is tied up with other crimes, such as the murder of the sick and infirm: forced labourers who were unfit for work were killed as part of “Aktion T4” (a euthanasia programme), for example in Hadamar.

**Katja Makhotina:** If we take it as a given that there were hardly any companies in Germany that did not benefit from forced labour, then the scope of the crime is clear: everyday Germans either benefited from it, or actively participated in it. Nevertheless, in both academic research and in the public consciousness there’s no recognition that forced labour was a crime committed by society as a whole, with many complicit. I would also like to mention two aspects regarding Eastern Europe.

*“If we take it as a given that there were hardly any companies in Germany that did not benefit from forced labour, then the scope of the crime is clear.”*

Firstly, from the 1990s onwards there was a strong shift toward oral history – interviews were conducted with those who had been brought to Germany for forced labour. They discussed being transported and doing hard labour in arms factories or on farms. From a German perspective, this is often trivialised: “Natasha didn’t have it so bad here.” But that is far from the truth. More than 50 percent of those transported were young women or girls. Organisations such as Memorial, as well as Foundation Remembrance, Responsibility and Future, were able to preserve these testimonies. These sources are invaluable, but they have their limits. Those who perished left no testimony, including for example the women who died during forced abortions or the over 55,000 newborns killed while in the ‘care’ of “Ausländerkinder-Pflegestätten” (Nazi birthing centres for foreign workers).



A camp with barbed wire, Berlin, 1943 © Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit / Sammlung Berliner Geschichtswerkstatt

The second aspect is a new approach. People tend to assume that the experience of violence is passed onto subsequent generations. In contemporary Germany, which is a society shaped by immigration, there are those with links to Ukraine, Belarus, Poland, and Russia for whom this experience is still present. But we should also ask: What are the current asymmetrical relations between the

German majority population and people with Eastern European backgrounds? Is there still persistent colonial racism – by which I mean anti-Slavism?

**Christine Glauning:** I would like to explore the issue of forced labour in the Third Reich as a crime committed by society as a whole. Basically, the entire “Volksgemeinschaft” (national community) profited from it: thanks to the massive amounts of forced labour in agriculture, provisions were largely secure throughout the war, meaning that forced labour contributed to stabilising the Nazi dictatorship. Moreover, all imperial ministries, all municipal administrations and special departments were involved in forced labour – in organising, surveilling, and punishing forced labourers. Forced labourers were easy to spot, and were a part of everyday life for the German population. According to estimates from the United States Holocaust Memorial Museum, there were up to 42,500 camps and ghettos in the areas under Nazi control. The sheer extent of this system is still not very well known.

*“Basically, the entire ‘Volksgemeinschaft’ profited from it.”*

**Katja Makhotina:** If we are talking about gaps in research, I would also like to mention the so-called Entbindungsbaracken (birthing barracks). In 1943, Himmler decreed that pregnant forced labourers should no longer be returned to their home countries and would instead be forced to have abortions up until the fifth month of pregnancy. Women died in the birthing barracks due to the inhumane

conditions of these abortions. There were dedicated wards in university hospitals where doctors would carry out experimental abortions. For these doctors, women from Eastern Europe were essentially guinea pigs. We are yet to fully understand or come to terms with this ignominious chapter in German medical history.

**Christine Glauning:** I am glad you brought this up, because it is something I have encountered repeatedly in recent years. In a university hospital in Graz, Austria, the head doctor attempted to improve his notoriously meagre specialist skills by no longer working with corpses and instead experimenting on Soviet women who had been sent there for abortions. He severely mutilated them. If we are talking specifically about the situation for women, there was also the special kind of camp known as the “Bordellbaracken” (brothel barracks), in which civilian forced labourers were forced into sex work. There has already been research into concentration camp brothels, but we still know very little about those for civilian forced labourers.

**LaG:** Is there a particular structure to our knowledge of forced labour in the Third Reich? Have victims’ perspectives been adequately included? Meanwhile, are we still a little in the dark about the perpetrators, profiteers, and bystanders?

**Katja Makhotina:** This is linked to the idea that it was a crime committed by society as a whole. Being reminded that one’s forebears participated in the violence of the Nazi regime is painful and uncomfortable. Engaging critically with this historical misdeed should not be something that only takes place in collective memory, but individuals are reluctant to address it themselves. So historians research the sites of violence and the participation of various authorities, but who is actually reading their books with all those footnotes?

**“Being reminded that one’s forebears participated in the violence of the Nazi regime is painful and uncomfortable.”**

**Christine Glauning:** While putting together our first permanent exhibition at the Documentation Centre, *Forced Labour in the Daily Round 1938–1945*, we asked ourselves: how should we handle the perpetrator–victim dichotomy? There were too many groups of different participants, so we



The permanent exhibit *Forced Labour in the Daily Round 1938–1945* at Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit in Berlin-Schöneeweide, 16.08.2017  
© Andreas Schoelzel

decided to talk about the different people involved, who had differing responsibilities and who had differing degrees of latitude in their actions: a camp director, or the human resources manager at Siemens; the neighbour who had interactions with a forced labourer; the foreman at a small company; or the ethnomusicologist who made recordings of forced labourers singing in camps.

**LaG:** Katja Makhotina, you have spoken of a “politics of forgetting” in Germany. How can we explain the long silence? What brought about the modern reckoning with forced labour in the Third Reich, and what initiatives were needed in order to carry out remembrance work?

**Katja Makhotina:** The “politics of forgetting” is a concept that we need to break down. I think there are two reasons for it: first, the Cold War and anti-communist discourse in West Germany – the enemy was still in the East and was not necessarily seen as the victim of “our” violence. Second, the degree of individual participation and responsibility was so extraordinarily high. During the negotiations on German reunification, the West German government dismissed forced labour during the Third Reich as just another cost of war, and did not want to pay compensation for it. It argued that the Soviet Union had renounced any claim to reparations in 1953. Over the course of the negotiations, thousands of people wrote letters to the German diplomatic representatives in their own countries, describing their experiences as forced labourers and their desires for reconciliation, and asking for their suffering to be recognised. Many victims were living in poverty or were old and infirm – they wrote in the hope of receiving support. Memorial gathered these letters together, but the requests fell on deaf ears. There was only a hardship provision that was established in 1992, for which one billion German marks were allocated.

Concentration camp memorial sites such as Sachsenhausen, Neuengamme, and Buchenwald introduced memorial initiatives. Beyond that, there was little desire to address the issue, save for the memorial site movement “Grabe, wo du stehst” (Dig Where You Stand), which arose in the late 1970s and 1980s. Teachers and clergy, on their own initiative, distanced themselves from the official German policy, seeking out survivors and writing them letters. The 1990s saw the first instance of victims being invited to visit Germany.

**Christine Glauning:** Forced labour was among the charges at the postwar Nuremberg trials, for which there were convictions. Fritz Sauckel, the General Plenipotentiary for Labour Deployment, was sentenced to death and hanged. But after that, the issue completely disappeared from postwar German history at all levels. It was never prosecuted in the German courts, as forced labour was not a criminal offence. There were very few convictions for crimes committed in the final stages of the war – you could be prosecuted for murder, but not for the use of forced labour in itself. Forced labour was excluded from the 1953 Bundesentschädigungsgesetz (Federal Compensation Act), meaning that individual compensation was too. The issue was forgotten about and pushed

*“It was never prosecuted in the German courts, as forced labour was not a criminal offence.”*

to the sidelines. The survivors returned to their home countries or emigrated; only a few remained in Germany. Some attempted to claim damages, but the German authorities rejected them on the grounds that forced labour was not an injustice of the Nazi regime, but rather “a measure taken to overcome labour shortages caused by the war”. It was only with the debate over compensation in the 1990s that there came a broader discussion about forced labour. At the end of the 1980s, the Berliner Geschichtswerkstatt (Berlin History Workshop) began examining forced labour in Berlin and sought to make contact with people in Poland, the Czech Republic, and Ukraine who had been forced labourers. They collected photos, documents, and



Sowjet forced labourers and a child in a camp in Berlin-Spandau, 1943 © Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit / Sammlung Berliner Geschichtswerkstatt

letters, and conducted interviews. Despite less-than-ideal circumstances, as it was done on a voluntary basis, the work was highly professional. Nevertheless, the processes of companies dealing with their history, and the later efforts of the federal government and the Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft (German Economy Foundation Initiative), only came about as a result of external pressure.

**Katja Makhotina:** The pioneers of remembrance work into forced labour often complained that they were accused of being traitors to their community, literally fouling their own nests. Obstacles were placed in their way. Municipal legislatures often turned a deaf ear to initiatives for memorial sites. And even today, if perpetrators are personally named on memorial stones, their descendants protest. For example, the grandchild of a former Nazi mayor who had ordered Polish and Ukrainian forced labourers to be hanged comes and says: “Get rid of that. I don’t want my grandfather’s name here.” These initiatives are still encountering resistance, even in 2026.

**Christine Glauning:** Even today, obstacles are placed in the way of individual researchers: they are denied access to municipal archives, or only part of the collection is made available, with the excuse that everything was destroyed in the war.

**LaG:** How would you currently describe public awareness of forced labour during the Third Reich?

**Christine Glauning:** A recurrent observation from everyday life here at the Nazi Forced Labour Documentation Centre is that visitors have quite limited prior knowledge. They continue to be astonished at the qualitative and quantitative dimensions of forced labour, the fact that every company profited from it, and the number of both camps and victims. We have many school classes visit, but there is not enough focus on forced labour in the curriculum. It is up to individual teachers whether or not their pupils visit a concentration camp, as they have for the last twenty years, or whether they visit a forced labour site. Forced labour is often perceived as a marginal issue and its social significance during the Third Reich is not fully understood.

*“We have many school classes visit, but there isn’t enough focus on forced labour in the curriculum.”*

**LaG:** How is the issue remembered in Eastern Europe?

**Katja Makhotina:** I would start by saying that, in Eastern Europe today, the war isn't some historical artefact but is a highly contemporary issue, because of the Russian war of aggression against Ukraine. How can we preserve what is currently being threatened by missile attacks and destruction? Many initiatives have been created in order to digitise and preserve archival documents about forced labour as well as the events of the war and the German occupation. In Ukraine, as well as in Russia and Belarus, the memory of World War II is exploited daily to build narratives of victims and aggressors. In Russia and Belarus, a new discourse of self-victimisation has started to subsume everything under the term genocide. But it is not meant in the sense of international law, it is used as an emotional battle cry. The remembrance of forced labour is distorted by a simplistic discourse that says "We were exploited as Europe's slaves. The West is our eternal enemy." Even back in Soviet times, the gulf between individual memory and a remembrance culture shaped by politics was not as large as it is today.

**LaG:** When it comes to educating people about forced labour during the Third Reich, what are the challenges?

**Christine Glauning:** Our visitors increasingly ask questions about contemporary wars and conflicts. They also make connections between forced labour and exploitation today, as well as the continuities regarding forms of racism and antisemitism. The challenge is to find appropriate answers to these questions without relativising or trivialising the crimes of Nazism. You cannot effectively engage with topics like these via guided tours. It takes time, space, and trained staff, especially given the diversity of our visitors.

**Katja Makhotina:** At the local level, the graves of forced labourers from Eastern Europe are often described as "Russians' graves". But the Soviet Union is not Russia, and for people from Ukraine who, since 2022, have fled to Germany due to the war, it is very important to stress that there are also graves of people from Ukraine there. What our German grandparents called the "Russlandfeldzug" (Russian Campaign), was a war of annihilation against the Soviet Union, which was a multinational state comprising many ethnicities. This means that we bear collective

responsibility not only toward Russia but also toward all fifteen of the former Soviet republics. One need only think of the 300,000 prisoners of war from Kazakhstan. This kind of nuance can help us to move past the instrumentalisation of history for political purposes, as it presents details about specific, individual lives. This could work very well as a touring exhibition, presenting the issue not just in Berlin, Nuremberg, or Weimar but also further afield.

# Entscheidungen zur Mitwirkung: NS-Zwangсарbeit in deutschen Unternehmen

**Manfred Grieger**

Während des Zweiten Weltkriegs bildete die Zwangsarbeit von Millionen Menschen aus ganz Europa eine wichtige Ressource zur Fortsetzung des Krieges und war zugleich eine Beteiligungsleistung für die deutsche Kriegsgesellschaft. Die Wirtschaft erhielt ebenso wie staatliche und kommunale Stellen dringend benötigte Arbeitskräfte. Die Ausbeutung eines rassistisch diskriminierten Subproletariats ermöglichte den deutschen Kernbelegschaften einen kollektiven sozialen Aufstieg. Die ethnische Hierarchisierung der Arbeit, die die schweren, gefährlichen und schmutzigen Arbeiten ausländischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern zuwies, machte die ideologisch und propagandistisch behauptete Überlegenheit der Deutschen alltäglich erfahrbar. Deutsche Vorarbeiter standen über „ihren“ Ausländern; das wachsende Bewachungswesen bot auch Ungelernten, sofern sie Deutsche waren, als Aufseher oder Lagerleiter neue Beschäftigungs- und Aufstiegsmöglichkeiten. Schließlich nahmen sich Privatleute beispielsweise für sonntägliche Gartenarbeiten ausgehungerte „Ostarbeiter“ aus der Sowjetunion, die für ein Butterbrot ihre Arbeitsaufträge ausführten (Herbert 1999).

**»Die Ausbeutung eines rassistisch diskriminierten Subproletariats ermöglichte den deutschen Kernbelegschaften einen kollektiven sozialen Aufstieg.«**

Der nachfolgende Beitrag will die Rolle von deutschen Unternehmen im kriegswirtschaftlichen Zwangsarbeitssystem skizzieren und ihre Beteiligung an einem lange verdrängten NS-Massenverbrechen einordnen. Denn zwar organisierte der Staat das System der Zwangsarbeit in der deutschen Kriegswirtschaft; den Ort der Zwangsarbeit bildeten jedoch staatliche und private Baustellen, Gruben, Industrie-, Gewerbe- und Handwerksbetriebe, Haushalte sowie landwirtschaftliche Höfe. Insoweit waren die Wirtschaft und insbesondere Unternehmen essentieller Teil

des NS-Zwangsarbeitersystems und Nutznießer der Bereitstellung von weitestgehend rechtlosen Arbeitskräften. Vertreter der Wirtschaft nahmen auf die Ausgestaltung der Zwangsarbeitsverhältnisse Einfluss, da Eigentümerunternehmen und Manager als Teil der Selbstverwaltungsstrukturen der deutschen Kriegswirtschaft etwa in Gremien des Rüstungsministeriums durchaus Einfluss auf dessen Entscheidung nahmen. Zudem behielten Unternehmen im NS wie auch im Kriegswirtschaftssystem weitgehende Handlungsspielräume.

## **HANDLUNGSSPIELRÄUME – ENTSCHEIDUNGSGEWALTEN**

Der Rekrutierung von ausländischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern ging die betriebliche Entscheidung voraus, diese beim regional zuständigen Arbeitsamt anzufordern. Für dezentralisierte Konzerne bedeutete das, dass auch die jeweiligen Standortleitungen bzw. Personalabteilungen aktiv werden mussten. Zur Überlassung von Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen waren zudem gesonderte Verträge mit der Wehrmacht bzw. der SS abzuschließen. Unternehmen waren nicht gezwungen, auf unfreie Arbeiter zurückzugreifen, sondern nahmen das Angebot der NS-Regimes an – zur Ausweitung oder Fortsetzung des eigenen Geschäftsbetriebs.

*»Unternehmen waren nicht gezwungen, auf unfreie Arbeiter zurückzugreifen, sondern nahmen das Angebot der NS-Regimes an – zur Ausweitung oder Fortsetzung des eigenen Geschäftsbetriebs.«*

Insoweit ist auch der Zeitpunkt der ersten Rekrutierung bezeichnend. Die Zuckerfabriken der Süddeutschen Zucker-Aktiengesellschaft in Schlesien holten bereits Mitte September 1939, noch während der laufenden Kampfhandlungen, die ersten polnischen Kriegsgefangenen, um die durch die Einziehung deutscher Arbeiter gefährdete Zuckerkampagne zu sichern. So begann die Zwangsarbeit in der Landwirtschaft und den nachgelagerten Industrien wie der Zuckerindustrie (Grieger 2025). Die Möglichkeit, zwangsweise ausgehobene ausländische Arbeiter auszubeuten und auf deren Lebensbedürfnisse nicht besonders achten zu müssen, bildete eine Seite. Die Erfahrung, dass diese kasernierten und bewachten Arbeiter nicht ohne Erlaubnis den Arbeitsplatz verlassen konnten, bildete die



Buchcover „Die Süddeutsche Zucker-AG im Nationalsozialismus. Zuckererzeugung, Nazifizierung, Zwangsarbeit, Kontinuität“, Wallstein Verlag, Göttingen 2025

andere Seite eines betrieblichen Lern- und Gewöhnungsprozess.

Industrieunternehmen wie die Fried. Krupp AG standen der Rekrutierung von ausländischen Zwangsarbeitern zunächst reserviert gegenüber, weil sie auf die – mit einem erwarteten deutschen Sieg verbundene – rasche Rückkehr ihrer zur Wehrmacht eingezogenen deutschen Facharbeiter hofften. Den Übergang zur umfassenden Zwangsarbeiterrekrutierung vollzog der Krupp-Konzern im Herbst 1941, zunächst im Bergbau. In den Plänen für das neue Kruppsche Berthawerk in Schlesien wurde die quasi unbegrenzte Verfügbarkeit von polnischen und jüdischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern bereits als Standortvorteil betrachtet; damit rückte die Zwangsarbeit von rechtlosen Gruppen ins Zentrum der Unternehmenspolitik. Von dort war es nur

noch ein Schritt bis zur geplanten Ansiedlung eines von KZ-Häftlingen erbauten und betriebenen Krupp-Betriebs am Konzentrationslager Auschwitz I (Grieger 2026).

Das Volkswagenwerk hingegen, als nationalsozialistisches Unternehmen im Besitz der Deutschen Arbeitsfront, wollte ausländische Zwangsarbeiter und -arbeiterinnen zunächst fernhalten. Dem Betrieb im heutigen Wolfsburg fehlte aber als Folge seiner erst 1938/39 erfolgten Errichtung eine Stammebelegschaft, doch die großen Fabrikationsflächen sollten für die Rüstungsproduktion genutzt werden. Im Juni 1940 rekrutierte das Unternehmen erstmals polnische Zwangsarbeiterinnen. Sie wurden jedoch nicht am Fabrikstandort, sondern zunächst 10 km entfernt untergebracht, um die als NS-Musterstadt angelegte Stadt des KdF-Wagens bei Fallersleben nicht durch polnische Zwangsarbeiterinnen zu „kontaminieren“ (Mommsen/Grieger 1996).

Das nationalsozialistische Unternehmen übernahm im Oktober 1941 bei der Integration sowjetischer Kriegsgefangener in die Produktionsabläufe sowie bei der Etablierung eines Konzentrationslagers auf dem Werksgelände eine Pionierrolle. Sowohl bei der durch zusätzliche Nahrung vorgenommenen „Aufpäppelung“ der infolge der

Hungerpolitik der Wehrmacht vollkommen unterernährten Rotarmisten als auch bei der durch einen „Führer-Befehl“ abgesicherten Abstellung von KZ-Häftlingen für den Bau und Betrieb einer Leichtmetallgießerei spielte der VW-Hauptgeschäftsführer Ferdinand Porsche eine entscheidende Rolle. Wegen seiner Nähe zu Hitler erhielt er Einfluss auf die Zuteilung neuer Arbeitskräftekontingente. Bedenken oder gar moralische Skrupel bei der Ausbeutung von KZ-Häftlingen formulierte der Konstrukteur nicht, sondern trug persönlich dazu bei, dass der Ausländeranteil in der Belegschaft bis Mitte 1944 auf zwei Drittel anstieg – in den Produktionsabteilungen stellten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter sogar 90 %.

**»Bedenken oder gar moralische Skrupel bei der Ausbeutung von KZ-Häftlingen formulierte der Konstrukteur nicht.«**

Die Keksfabrik Bahlsen, das traditionsreiche Familienunternehmen in Hannover, setzte ab Ende Mai 1940 die ersten 135 Polinnen ein, nachdem deutsche Teilzeitkräfte in Rüstungsbetriebe versetzt worden waren. Die durchschnittlich knapp über 20 Jahre alten Frauen mussten ein stigmatisierendes „P“-Abzeichen auf der Kleidung tragen und in eigens errichteten Baracken auf einem 2 km entfernten Betriebsgrundstück wohnen. Die deutsche Lagerleiterin erhielt von der deutschen Belegschaft die Bezeichnung „Polenkönigin“, was die alltägliche ethnische Asymmetrie und Hierarchisierung ohne Anweisung von Behörden oder NSDAP-Stellen auf den Begriff brachte. Nach der Übernahme einer großen Keksfabrik in Kiew im Februar 1942, die das Familienunternehmen zum Teil der deutschen Besatzungsökonomie in der Ukraine machte, kamen vermehrt ukrainische Frauen nach Hannover. Werner Bahlsen, der traditionellen antipolnischen Stereotypen der angeblichen Faulheit, Undiszipliniertheit und geringer Leistungsfähigkeit anhing, setzte sich aus pragmatischen Gründen für eine bessere Versorgung der Ukraineerinnen ein. Er erreichte, dass sie mit der Straßenbahn zur Fabrik fahren durften, was ihre Kräfte für die Betriebsarbeit schonte. Bahlsen gehörte damit zu den Unternehmern, die funktionale Fürsorge praktizierten, ohne aber von der Meldung von „Arbeitsbummelanten“ bei der Gestapo oder dem Reichstreuhänder der Arbeit abzusehen. Die Arbeit in der Keksfabrik bot den Zwangsarbeiterinnen überdies den Vorteil, dass dort Nahrung in Form von Keksen quasi am Fließband an ihnen vorbeilief (Berghoff/Grieger 2024).

Ferdinand Porsche setzte sich ab Frühjahr 1944 persönlich bei Oswald Pohl, dem für das KZ-Wesen zuständigen Chef des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamts, für die erneute Zuweisung von KZ-Häftlingen, darunter Jüdinnen und Juden, für das Wolfsburger Hauptwerk und für unter Tage verlegte Betriebe u. a. in Lothringen ein. Das Führungspersonal des Volkswagenwerks beteiligte sich bis zuletzt an der Ausbeutung von KZ-Häftlingen. Auf Veranlassung von Anton Piëch, Schwiegersohn von Ferdinand Porsche und ab 1942 ebenfalls Hauptgeschäftsführer, betrieb das Volkswagenwerk für den gesamten Landkreis Gifhorn ein „Ausländer-Kinderpflegeheim“. Dort war das Unternehmen mitverantwortlich für den Tod von mindestens 365 Neugeborenen und Babys polnischer, russischer und ukrainischer Mütter. Diese verstarben im Zuständigkeitsbereich des Unternehmens (siehe auch den [Beitrag Brüntrup](#) in diesem Magazin) an Unterversorgung, Mangelerkrankungen und der im Interesse des betrieblichen Arbeitseinsatzes nur zehn Tage nach der Geburt vorgenommenen Trennung von ihren Müttern (Mommsen/Grieger 1996; Erinnerungsstätte Volkswagenwerk 2016; Brüntrup, 2024).

## **VERANTWORTUNG UND SPIELRÄUME MITTLERER FÜHRUNGSKRÄFTE UND VORARBEITER**

Im Krupp-Konzern, der Ende 1943 in den alleinigen Besitz von Alfried Krupp gelangt war, kümmerte sich dieser nicht persönlich um Verträge mit der SS zur Einrichtung eines Fabrikstandorts in Auschwitz. Aber er bewilligte die Investitionen für Häftlingslager und schritt nicht gegen die offene Brutalisierung der Arbeitsbeziehungen ein (Grieger 2026). Und er wusste Bescheid: Über die Übergabe von Zwangsarbeitern an die Gestapo oder deren Einweisung in betriebs-eigene Straflager wurde er regelmäßig in Rücksprachen mit dem Personalbereich informiert.

Durch die Verlagerung der Verantwortung auf dezentrale Standorte und unterstellte Abteilungen entfernten sich die betrieblichen Verhältnisse scheinbar aus dem Zuständigkeitsbereich der Unternehmensleitungen. Wie der NS-Staat den Unternehmen Handlungs- und Machträume eröffnete, übertrugen die Spitzenmanager deren Ausgestaltung an das lokale Management oder die middle-

ren Hierarchieebenen (siehe dazu auch das Interview mit Schneider-Braunberger in diesem Magazin). Die Unternehmenszentrale oder Standortleitung formulierte Produktionsziele, ohne den „Arbeitseinsatz“ von Ausländern im Detail zu regeln. So setzten manche Bergbaubetriebe durch den räumlich segregierten, besonders ausbeuterischen Arbeitseinsatz von sowjetischen Kriegsgefangenen (im NS-Jargon „Russenstreb“) auf eine ethnische Trennung der verschiedenen Ausländergruppen. In der direkten Produktion führte das zu unterschiedlichen Verhaltensweisen der deutschen Vorarbeiter und Bewacher, die die erwartete Arbeitsleistung je nach Charakter und ideologischer Prägung entweder mit Prügeln oder Zuspruch, also mit Repression oder funktionaler Fürsorge, durchzusetzen versuchten (Herbert 1999). In einem Berliner Wintershall-Betrieb übernahm beispielsweise der DAF-Betriebsobmann auch ohne gesonderte Aufforderung die physische Bestrafung von angeblich „bummelnden“ deutschen Juden (Grieger 2020).

**»In einem Berliner Wintershall-Betrieb übernahm beispielsweise der DAF-Betriebsobmann auch ohne gesonderte Aufforderung die physische Bestrafung von angeblich ‚bummelnden‘ deutschen Juden.«**

Mord oder ökonomische Ausbeutung bis aufs Blut gaben die Manager nachträglich als Fehlverhalten anderer aus. Dazu passte, dass die Strafverfolgung nach dem Krieg lange nur Direkttäter ins Visier nahm, die ausländische Zwangsarbeiter durch unmittelbare Gewaltanwendung getötet hatten, nicht aber die von der Konzernspitze im arbeitsteiligen Prozess auf dezentrale Strukturen verlagerte Gewalt. Trotz der im Vergleich zu anderen Betrieben besseren Überlebenschancen und obwohl in der Keksfabrik in Hannover keine KZ-Häftlinge gearbeitet hatten, bedeutete die Ausbeutung von rund 800 Ukrainerinnen und Polinnen eine Beteiligung am NS-Massenverbrechen Zwangsarbeit. Auch die weniger brutalen Formen von Herrschaft und Ausbeutung gehörten zum NS-Zwangsarbeitssystem.


**»Auch die weniger brutalen Formen von Herrschaft und Ausbeutung gehörten zum NS-Zwangsarbeitssystem.«**


Andere Unternehmer wie Porsche gingen persönlich auf die NS- und SS-Spitzen zu, um KZ-Häftlinge zu erhalten und machten sich direkt zu Profiteuren des Lagersystems. Unternehmensleiter wie Alfried Krupp übten durch die Delegation der Zuständigkeiten für die Rekrutierung und


die betriebliche Organisation der Zwangsarbeit „strukturelle Gewalt“ (Johan Galtung) aus. Sie nutzten die Handlungsräume der NS-Diktatur und eröffneten zugleich Machträume für die Direkttäter auf der Betriebsebene und an den Produktionslinien. Ferdinand Porsche soll in St. Valentin KZ-Häftlingen des dortigen Außenlagers von Mauthausen begegnet sein. Alfried Krupp räumte vor Gericht ein, in Markstädt KZ-Häftlinge und auch deren Unterkunftslager gesehen zu haben. Beide maßen dem Gesehenen aber keine Bedeutung bei, sondern das Leid von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern ließ beide kalt. Die bundesdeutsche Gesellschaft tat es ihnen lange nach.

## LITERATUR

-  Berghoff, Hartmut/Grieger, Manfred: Die Geschichte des Hauses Bahlsen. Keks – Krieg – Konsum 1911–1974, Göttingen 2024.
-  Brüntrup, Marcel: Zwischen Arbeitseinsatz und Rassenpolitik. Die Kinder osteuropäischer Zwangsarbeiterinnen und die Praxis der Zwangsabtreibungen im Nationalsozialismus, Göttingen 2024.
-  Grieger, Manfred: Betriebliche Sozialpolitik und Zwangsarbeit. Zwei Seiten der nationalsozialistischen „Betriebsgemeinschaft“ im Wintershall-Konzern, in: Grieger, Manfred/Karlsch, Rainer/Köhler, Ingo (Hrsg.): Expansion um jeden Preis. Studien zur Wintershall AG zwischen Krise und Krieg, 1929–1945, Frankfurt 2020, S. 167–233.
-  Grieger, Manfred: Die Süddeutsche Zucker-AG im Nationalsozialismus. Zuckererzeugung, Nazifizierung, Zwangsarbeit, Kontinuität, Göttingen 2025.
-  Grieger, Manfred: Alfried Krupp und die Zwangsarbeit. Kenntnisse und Entscheidungen des Unternehmers, 1939 bis 1945, in: Schneider-Braunberger, Andrea (Hrsg.): Alfried Krupp, Berlin 2026 (im Erscheinen).

 Herbert, Ulrich: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Bonn 1999.

 Historische Kommunikation der Volkswagen Aktiengesellschaft, Wolfsburg (Hrsg.): Erinnerungsstätte an die Zwangsarbeit auf dem Gelände des Volkswagenwerks, Wolfsburg 2016, URL: [https://uploads.vw-mms.de/system/production/documents/cws/001/721/file\\_de/549d56f2802456f319ba-3fea862a7a8f02eb892f/840\\_1\\_6074-Erinnerungsstaette\\_Katalog\\_Ausgabe\\_2016.pdf?1736413032](https://uploads.vw-mms.de/system/production/documents/cws/001/721/file_de/549d56f2802456f319ba-3fea862a7a8f02eb892f/840_1_6074-Erinnerungsstaette_Katalog_Ausgabe_2016.pdf?1736413032) [eingesehen am 01.06.2026].

 Mommsen, Hans/Grieger, Manfred: Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996.

## Autor



**Dr. Manfred Grieger**, Historiker, ist Honorar-Professor an der Georg-August-Universität Göttingen. Er hat zahlreiche Studien zur Unternehmens- und NS-Geschichte veröffentlicht, 2026 zusammen mit Hartmut Berghoff und Jörg Lesczenski die Publikation „Lufthansa: Die ersten 100 Jahre“.

# Die Aufarbeitung von NS-Zwangslarbeit durch deutsche Unternehmen – im Gespräch mit Andrea Schneider-Braunberger

## Gesprächspartnerin



**Dr. Andrea Schneider-Braunberger** promovierte an der Goethe-Universität Frankfurt und ist seit 1996 Geschäftsführerin der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte e. V. sowie Verfasserin mehrerer Studien zur Geschichte von Familienunternehmen in der Zeit des Nationalsozialismus.

**LaG:** Wie ist die Gesellschaft für Unternehmensgeschichte entstanden? Was ist ihr Selbstverständnis und wie arbeitet sie?

**Andrea Schneider-Braunberger:** Die Gesellschaft für Unternehmensgeschichte ist 1976 als Zusammenschluss zwischen Unternehmern und Wissenschaftlern gegründet worden. Ziel war, das Bild des Unternehmers in der Öffentlichkeit fundierter darzustellen und hierfür faktenbasiertes Wissen zu generieren. Die Unternehmer reagierten damals auf die (Kapitalismus)Kritik linker Kreise am Unternehmertum, die Wissenschaft auf die in der DDR entstehende sozialistische Betriebsgeschichte. Zudem gab es in Deutschland kein Fach Unternehmensgeschichte an den Universitäten, sie wurde – und wird – lediglich in der Wirtschafts- und Sozialgeschichte mitunterrichtet. Daher arbeiten wir auch mit Blick auf die Wissenschaft: Wir führen Konferenzen durch, veröffentlichen die *Zeitschrift für Unternehmensgeschichte* und tauschen uns auf der internationalen Ebene aus. Wenn sich dagegen ein Unternehmen für seine Geschichte interessiert oder ein eigenes Archiv aufbauen will, dann entwickeln wir ein Konzept dafür, um das

bestmöglich – nach wissenschaftlichen Standards – umzusetzen. In den 1980er Jahren führten wir die ersten Studien zum Thema Nationalsozialismus durch, zum regelrechten Boom in der unternehmensbezogenen NS-Forschung kam es dann in den 1990er Jahren.

»*Zum regelrechten Boom in der unternehmensbezogenen NS-Forschung kam es in den 1990er Jahren.*«

**LaG:** Wie beurteilen Sie den Stand der unternehmensgeschichtlichen Aufarbeitung von NS-Zwangsarbeit? Was ist gut aufgearbeitet und was noch unterbelichtet?

**Andrea Schneider-Braunberger:** Der Forschungsstand ist zur Groß- und Schwerindustrie im Verhältnis besser als der zu kleineren und Familienunternehmen. Das hängt mit den verfügbaren Quellen zusammen: Die großen Unternehmen betreiben häufiger eigene Archive und sind in staatlichen und kommunalen Archiven besser gegenüberliefert. Und natürlich stehen sie stärker im Fokus der Öffentlichkeit. Die handelnden Akteure in der NS-Zeit lassen sich nicht eindeutig als Täter einordnen, sie hatten Handlungsspielräume. Das differenziert herauszuarbeiten ist noch nicht bis zum letzten Punkt erfolgt, da gibt es noch viele Leerstellen. Zu NS-Zwangsarbeit ist der Kenntnisstand durch die vielen lokalen Initiativen und die Gedenkstättenarbeit gut, vor allem durch die dort erhobenen Erzählungen der Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen. Aber die systematische Gegenanalyse fehlt häufig: Was hat denn das Unternehmen eigentlich beschlossen, gemacht, angeordnet? Gingen Menschen aus den ökonomischen Umständen heraus dazu über mitzumachen? Sie haben fraglos aus Arbeitskräftemangel Zwangsarbeitende eingesetzt. Hierbei stehen rassistisch motivierte Gründe eher nicht im Vordergrund. Trotzdem sehen wir bei kleineren Familienunternehmen, dass die rassenideologisch motivierte unterschiedliche Behandlung von Zwangsarbeitergruppen verinnerlicht war. Ich habe das in meiner Studie zum Familienunternehmen Miele herausgearbeitet: Die westeuropäischen Zwangsarbeiter waren in den Nachbardörfern, in Hotels oder Gasthöfen verhältnismäßig gut untergebracht. Aber für die sogenannten Ostarbeiter wurden Baracken auf dem Werksgelände gebaut. Zur Unterbringung, Verpflegung und Versorgung von Zwangsarbeitern schuf der NS-Staat ja die Rahmenbedingungen. Nur in der *Umsetzung* hatten die Unternehmen Spielräume. Es gab

immer Handlungsoptionen und das finde ich wichtig nachvollziehbar zu machen: Es lag immer im Ermessen einzelner Personen, wie Zwangsarbeitende behandelt wurden.

**LaG:** 2019 äußerte die Familienerbin Verena Bahlsen, dass Zwangsarbeiter\*innen bei Bahlsen gut behandelt worden sind. Kommt Ihnen dieses Narrativ häufiger unter?

**»Es gab immer Handlungsoptionen und das finde ich wichtig nachvollziehbar zu machen: Es lag immer im Ermessen einzelner Personen, wie Zwangsarbeitende behandelt wurden.«**

**Andrea Schneider-Braunberger:** Auch da würde ich differenzieren: Einige große Konzerne, die bekanntermaßen in die Verbrechen an Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen verwickelt waren, haben heute ein deutlicheres Verständnis für dieses Unrecht. Die mittelständischen und Familienunternehmen haben häufiger andere Narrative. Da das Wissen zu NS-Zwangsarbeit dort oft nicht aufgearbeitet ist, rekurren sie auf familieninterne Narrative: „Wir waren ja eigentlich irgendwie ganz nett.“ Bei Miele versuchte die Werksleitung, ihre Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen besser zu behandeln als andere Unternehmen vor Ort, z. B. indem sie ihnen einen Arzt zur Verfügung stellte. In einem anderen Fall, den ich gerade bearbeite, konnte ich nachweisen, dass die Unternehmensinhaber ihre Vorarbeiter anwiesen, den russischen Zwangsarbeitern „ordentlich Druck zu machen“ und „notfalls auch mal draufzuhauen“. Auch in kleinen und mittelständischen Unternehmen kam es zu aktiven Misshandlungen und Tötungsdelikten. Ein

regelmäßig anzutreffendes Narrativ in Unternehmen lautet, man sei gezwungen gewesen, Zwangsarbeiter einzusetzen. Dabei wird verkannt, dass es diesen Druck nicht gab, sondern die Arbeitskräfte wurden aus ökonomischen Gründen angefordert.



Eine Ausstellungsvitrine im Haus Bahlsen thematisiert die Verstrickungen des Unternehmens mit dem NS-Zwangsarbeitssystem, 2024 © picture alliance/dpa | Julian Stratenschulte

**LaG:** Wieviele Unternehmen haben bisher ihre Geschichte von NS-Zwangsarbeit aufarbeiten lassen? Gibt es einen Trend zu mehr Aufträgen?

**Andrea Schneider-Braunberger:** Mit einem Kollegen zusammen habe ich vor drei Jahren versucht das zu quantifizieren: In einem Sample von 1.249 Unternehmen haben sich acht Prozent überhaupt spezifisch mit ihrer NS-Zeit, in Gestalt eines eigenständigen Buchs, befasst. Wir haben allerdings keine Aussagen über die Qualität der Studien getroffen. Ein großer Teil davon ist aus der Branche Banken und Versicherungswesen, die nicht so viele Zwangsarbeiter beschäftigt haben. Weitere zehn Prozent räumen dem NS in ihrer Gesamtgeschichte einen angemessenen Platz ein. Bei dem Großteil der Unternehmensgeschichten müssen wir von Ausblendung und Bagatellisierung der NS-Geschichte sprechen. Ich gehe davon aus, dass noch nicht einmal zwei Prozent der deutschen Unternehmen sich ernsthaft mit dem Thema NS auseinandergesetzt haben.

**»Bei dem Großteil der Unternehmensgeschichten müssen wir von Ausblendung und Bagatellisierung der NS-Geschichte sprechen.«**

In den 2000er Jahren begannen vereinzelt Familienunternehmen, ihre NS-Geschichte aufzuarbeiten. Zunehmend ist Schwung hineingekommen und die letzte kleine Welle betrifft die Unternehmensstiftungen, die heute auch einmal die Fragen stellen, was das Unternehmen des Stifters in der NS-Zeit gemacht hat oder wo das Geld herkommt. Es kommt vor, dass wir für Unternehmen, zu denen eine Gesamtstudie zur NS-Zeit vorliegt, noch einmal vertiefende Studien zur Beteiligung am System NS-Zwangsarbeit machen, zum Beispiel aktuell für die Lufthansa und für die Südzucker Group.

**LaG:** Was braucht es denn, damit ein Unternehmen sagt: Jetzt arbeiten wir die unbequemen Seiten unserer Geschichte auf und geben eine Studie in Auftrag?

**Andrea Schneider-Braunberger:** Klassischerweise entsteht eine gewisse öffentliche Aufmerksamkeit – ein Medium oder eine lokale Initiative beginnt zu fragen und zu forschen, und schreckt ein Unternehmen dadurch auf. Heute sehen wir zunehmend auch eine intrinsische Motivation, wenn in Familienunternehmen die jüngere Generation Fragen stellt. Dort findet im Rahmen der Aufarbeitung eine

Art Aushandlungsprozess statt, das Ergebnis ist eine Enttabuisierung – das Reden darüber wird möglich, selbst wenn es unangenehm ist. Aus der Bereitschaft zu erinnern und Verantwortung zu übernehmen entsteht eher Anerkennung, auch innerhalb der Unternehmen. Die Mitarbeitenden haben oft ein sehr hohes Interesse an diesem Thema. Und Menschen in Führungspositionen erkennen, dass das zu ihrer Verantwortung gehört. Aktuell haben die National Archives in Washington einen Teil der NSDAP-Kartei freigestellt und damit öffentlich wieder einen neuen Anstoß gegeben. Sie glauben gar nicht, wie viele Anrufe ich seitdem bekomme. Und in den Stiftungen von Unternehmen sind es oft die Empfänger von Zuwendungen oder Preisträger, die fragen, wo denn das Geld herkommt. Unsere Erfahrung zeigt, dass der reale langfristige Imageschaden nicht darin liegt, die Verstrickung des Unternehmens mit dem NS-Regime öffentlich aufzuarbeiten. Der Imageschaden entsteht dann, wenn öffentlich der Eindruck entsteht, dass das Unternehmen etwas vertuscht.

**LaG:** Was sind die zentralen Forschungsfragen, wenn Sie an eine Unternehmensgeschichte zum Thema NS-Zwangsarbeit herangehen?

**Andrea Schneider-Braunberger:** Zuerst einmal fragen wir, wie viele Menschen haben in einem Unternehmen gearbeitet. Warum müssen wir das wissen? Weil wir verstehen wollen: Machte das Unternehmen Gewinn vorwiegend mit Zwangsarbeitern oder eben mit seinen eigenen Arbeitskräften? Der zweite Fragenkomplex ist: Woher kamen diese Menschen und in welchem Verhältnis standen die Gruppen zueinander? Dann versuchen wir herauszufinden, wie die Zwangsarbeiter untergebracht wurden: Hatten die Unternehmen selbst Baracken auf dem Hof – ab einer bestimmten Größe war das häufiger der Fall – oder gab es Sammellager am Ort? Wie war die Bewachung organisiert, durch Mitarbeiter des Unternehmens selbst oder durch Externe? Wie wurden die Zwangsarbeiter versorgt? Und dann kommt die am schwierigsten zu beantwortende Frage nach dem Umgang mit den Zwangsarbeitenden. Denn dafür ist die Quellenlage auf Seiten der Unternehmen oft unzureichend. Aber manchmal haben wir Glück und interne Anweisungen sind überliefert, etwa dass der „Betriebsführer“ angeordnet hat: „Ihr dürft nicht mit den Russen reden“ oder „Wer dem noch mal Kartoffeln zusteckt, bekommt

diese oder jene Strafe.“ Und die letzte Kategorie an Fragen betrifft Erschießungs- oder Misshandlungsbefehle sowie Denunziationen. Wir recherchieren auch, wie der konkrete Arbeitsalltag ausgesehen und ob es viele Unfälle gegeben hat – wenn es die Akten hergeben. Wir werten zudem Überlieferungen von den Zwangsarbeitenden selbst aus der Nachkriegszeit, Briefkonvolute oder Zeitzeugeninterviews aus. Wenn ein Unternehmen KZ-Häftlinge als Zwangsarbeiter ausgeliehen hat, können wir zusätzlich Quellen aus den Gedenkstätten heranziehen.

Es geht ja immer um die Frage der Schuld und am Ende der Verantwortungskette steht natürlich der Unternehmer, der Eigentümer. In Konzernen besteht ein großer Abstand zu dem, was an den einzelnen Standorten passiert, es gibt viele Hierarchien. Die Kriegsverbrecherprozesse der Nachkriegszeit zielten jedoch immer auf die unterste Ebene, weil man der Menschen dort habhaft werden konnte. Die Überlebenden sagten aus, Person X hat uns misshandelt, und diese Menschen sind teilweise verurteilt worden. Die mittleren Hierarchieebenen waren bei den Prozessen jedoch kein Thema. In der im Herbst erscheinenden Studie über den Krupp-Konzern kann Manfred Grieger zeigen, dass Alfred Krupp diese, so sagt er, „Drecksarbeit“ – diese ‚unappetitliche‘ Angelegenheit mit den KZ-Häftlingen und Zwangsarbeitern bewusst wegdelegierte. Früher war es das Verteidigungsnarrativ der Konzernchefs, dass sie ja gar nicht gewusst hätten, was da vor Ort passierte. Das kann Grieger gut widerlegen (siehe den [Beitrag Grieger](#) in diesem Magazin).

**LaG:** Eine der jüngsten Studien aus Ihrem Haus war die zu den Waffeningenieuren Edmund Heckler und Theodor Koch bei den Rüstungsunternehmen HASAG in Leipzig und Mauser in Oberndorf. 1947 gründeten sie Heckler & Koch, ein seit den 1950er Jahren bis heute waffenproduzierendes Unternehmen. Was wissen wir anhand dieser Ingenieure über die Verantwortlichen in der zweiten und dritten Reihe?

**Andrea Schneider-Braunberger:** HASAG war der zweitgrößte deutsche Rüstungshersteller, in dessen übernommenen polnischen Munitionswerken ca. 14.000 KZ-Häftlinge ermordet wurden. Edmund Heckler befand sich bei der HASAG in der dritten Hierarchieebene und war daran nicht beteiligt, sondern für das HASAG-Zweigwerk Taucha I

zuständig. Heckler war für die in „seinem“ Werk eingesetzten Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen verantwortlich, darunter viele Polinnen. Die wenigen Quellen zeigen dabei keinerlei Hinweis, dass er Gewaltakte gegen diese anordnete oder befürwortete.

In der Forschung sind diese Hierarchieebenen bislang selten untersucht worden, vor allem weil es die Quellenlage oft nicht erlaubt. So ist es auch im Fall von Theodor Koch, er war Abteilungsleiter im Werkzeug- und Vorrichtungsbau der Mauser-Werke AG und auch hier gibt es kein Dokument, dass seine Haltung oder seine Anordnungen zeigen würde. Die Verbrechen der Unternehmen, für die sie arbeiteten, sind bekannt. Die Verantwortung der einzelnen Personen in der Zwischenebene für konkrete Taten ist jedoch kaum zu rekonstruieren, eine Gleichsetzung der einzelnen Person mit den Verbrechen wäre daher nicht wissenschaftlich seriös.



Buchcover „Waffeningenieur im Zwielight. Die Mauserwerke, die HASAG und die Gründungsgeschichte von Heckler & Koch“, Siedler Verlag, München 2024

Vielleicht zeigt das Beispiel Heckler, wie sich die mittlere Leitungsebene anpasste und mitmachte. Edmund Heckler geht nach seiner Ausbildung zum Ingenieur zu einem Maschinenbauunternehmen, das von einem überzeugten Nationalsozialisten, Paul Budin, geleitet wird und rasch zum zweitgrößten Rüstungsunternehmen aufsteigt. In dem Zuge macht auch Heckler Karriere und avanciert zum Betriebsleiter eines Werkes. Der Einsatz von Zwangsarbeitern im Unternehmen insgesamt und auch in dem von ihm verantworteten Werk war ihm sicherlich bekannt und wir müssen von seiner aktiven Rolle in diesem Prozess ausgehen. Auch vom Einsatz der KZ-Häftlinge weiß er und arrangiert sich damit. Aus heutiger Sicht hat er für die ihm unterstellten Arbeitskräfte die Verantwortung, in der Nachkriegsjustiz wurde er jedoch nicht angeklagt. Sein Name taucht in den umfangreichen Protokollen der Klageschriften gegen die HASAG nicht auf.

**LaG:** Welche Archive und Bestände nutzen Sie bei Ihrer Forschungsarbeit?

**Andrea Schneider-Braunberger:** Die wenigsten Unternehmen haben professionell eingerichtete Archive. Andere wissen gar nicht, was an alten Quellen vorhanden ist und wir suchen die systematisch in Kellern, Dachböden, Scheunen oder in den Fertigungshallen. Dieses Unternehmensmaterial ist von besonderer Bedeutung, weil es uns die Binnenperspektive ermöglicht. Dann gehen wir auf die kommunale Ebene – die Registergerichte, Katasterämter, die Stadtarchive, in denen die Gegenüberlieferung, die Interaktion mit den Unternehmen zu finden ist. Mit Blick auf Zwangsarbeit nutzen wir auch die Quellen der Krankenversicherung. In den Landesarchiven finden sich oft umfangreiche Entnazifizierungsakten. Wir recherchieren im Bundesarchiv und im Militärarchiv, wenn es um Rüstungsunternehmen und Unternehmen der Kriegswirtschaft geht. Das Arolsen Archive ist eine wichtige Quelle für uns, ebenso gehen wir international in Archive.

**LaG:** Wie werden die Studien der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte rezipiert? Welche Resonanzen haben Ihre Publikationen?

**Andrea Schneider-Braunberger:** Die Außenwirkung hängt vom Bekanntheitsgrad des Unternehmens ab. Ein kürzlich geführtes Hintergrundgespräch mit der Presse zur neuen Studie über die Lufthansa erschien selbst noch in den Lokalmedien. Im Falle eines kleineren Unternehmens wird eine Aufarbeitung durch uns vielleicht noch lokal in der Kommune wahrgenommen. Wichtiger ist das Wirken nach innen, das kann ich am Beispiel meiner eigenen Studien zu Miele und dem Bankhaus Metzler sagen: Bei Metzler hat sich fast jeder Mitarbeiter das Buch geholt, bei Miele lag das Buch in der Kommunikationsabteilung aus und war nach drei Stunden vergriffen. Vorbildlich sind große Konzerne wie Evonik, die die Erinnerungskultur in ihren Unternehmensalltag integriert haben. Wir bieten gemeinsam mit der Finkelstein Stiftung und der Stiftung EVZ einmal jährlich einen Workshop an, in dem sich Unternehmen informieren können: Wie kann die eigene Geschichte aufgearbeitet werden und was sind Best-Practice-Beispiele? Wir wissen aus der Forschung, dass die Aufmerksamkeit umso höher ist, je mehr der Lerngegenstand mich persönlich betrifft. Wenn es mein eigenes Unternehmen betrifft, dann bin ich anders damit verbunden und die Erinnerung hat länger Bestand.

# Die humanitären Zahlungen der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft

**Martin Bock**

Vor 25 Jahren, im Juni 2001, erhielten die ersten ehemaligen Zwangsarbeiter:innen über die sogenannten Partnerorganisationen der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (Stiftung EVZ) humanitäre Leistungen. Nur zehn Monate waren seit dem Abschluss der internationalen Verhandlungen und der Gründung der Stiftung EVZ vergangen. 55 Jahre hatte es jedoch seit dem Kriegsende gedauert, bis insbesondere die Opfer eines der größten Massenverbrechen des Zweiten Weltkriegs, rassistisch verfolgte Sklaven- und Zwangsarbeiter:innen, eine (finanzielle) Anerkennung für das erfahrene Unrecht erhielten. Und auch das nur, wenn sie im Jahr 1999 noch lebten.

**»55 Jahre hatte es seit dem Kriegsende gedauert, bis insbesondere die Opfer eines der größten Massenverbrechen des Zweiten Weltkriegs, rassistisch verfolgte Sklaven- und Zwangsarbeiter:innen, eine (finanzielle) Anerkennung für das erfahrene Unrecht erhielten.«**

Den politischen Anstoß gaben Sammelklagen in den USA gegen deutsche Unternehmen und der Regierungswechsel 1998: Die neu gewählte rot-grüne Koalition hatte die Entschädigung von Zwangsarbeiter:innen im Koalitionsvertrag verankert. Auf deutscher Seite stand neben der Bundesregierung die

Stiftungsinitiative der Deutschen Wirtschaft. Ihr Ziel war Rechtsfrieden, also die Rechtssicherheit gegenüber weiteren Sammelklagen.

Die internationalen Verhandler wollten für die noch lebenden Opfer möglichst hohe Beträge erreichen. Am Verhandlungstisch saßen Vertreter der USA, Israels, der



Unterzeichnung des Regierungsabkommens zur Gründung der Stiftung EVZ, 17. Juli 2000 © BArch, B 145 Bild 00046031/Christian Stutterheim

Tschechischen Republik, Polens, der Ukraine, von Belarus und Russland sowie die Jewish Claims Conference (JCC) und Opferanwälte. Nicht am Tisch saß die Republik Jugoslawien aufgrund der dortigen Kriege. Dadurch fehlte es serbischen ehemaligen Zwangsarbeiter:innen sowie Sinti:zze und Rom:nja auf dem Balkan an einer Vertretung bei den Verhandlungen. Auch die International Organization for Migration (IOM), die später die Auszahlungen an alle nichtjüdischen Opfer außerhalb der genannten Länder übernehmen sollte, war nicht vertreten.

Die Interessen der verschiedenen Opfervertreter und der Ländervertreter waren nicht immer identisch. Die Verhandlungen zogen sich über dreizehn Runden hin, rund 120 Personen waren beteiligt. Besonders umstritten war die Höhe des Stiftungskapitals.

Die Opferanwälte forderten bis zu 30 Milliarden D-Mark, die Industrie bot im August 1999 gerade einmal 1,7 Milliarden. Am 17. Dezember 1999 einigten sich die Parteien auf zehn Milliarden D-Mark – je zur Hälfte von Staat und Wirtschaft aufgebracht.

*»Die Interessen der verschiedenen Opfervertreter und der Ländervertreter waren nicht immer identisch.«*

Beschlossen wurden nicht nur Leistungen an ehemalige Zwangsarbeiter:innen. Hinzu kamen Auszahlungsprogramme für Vermögensschäden in Folge von Enteignungen unter Beteiligung deutscher Firmen, für Versicherungsschäden aus nicht ausgezahlten Lebensversicherungen sowie für sogenannte Sonstige Personenschäden. Dazu zählten insbesondere Opfer medizinischer Versuche und Kinder, die im Zuge der Zwangsarbeit ihrer Eltern in Heimen untergebracht waren. Die deutsche Seite wollte auch in solchen Fällen vor Sammelklagen geschützt sein.

## **DIE STIFTUNG EVZ UND IHRE INTERNATIONALEN PARTNERORGANISATIONEN**

Als die Stiftung EVZ ihre Arbeit aufnahm, bestand ihre formale Aufgabe darin, den Auszahlungsprozess insgesamt zu steuern und zu kontrollieren. Sie erhielt Listen mit verschiedenen Anträgen von den nationalen Partnerstiftungen, prüfte stichprobenartig und überwies die Gelder in Tranchen. Außerdem erarbeitete und koordinierte die Stiftung historische Recherchen und Fallkonstellationen. So



Beratung von Antragstellenden bei der polnischen Partnerorganisation in Warschau, 10.04.2008  
 © Stiftung „Polnisch-Deutsche Aussöhnung“ Warschau

wollte sie sicherstellen, dass verschiedene Partnerorganisationen vergleichbar entschieden. Die Partnerorganisationen in Polen, Tschechien, Belarus, Russland, der Ukraine sowie die JCC für alle jüdischen Anspruchsberechtigten weltweit und die IOM für den „Rest der Welt“ waren für die praktische Umsetzung zuständig. Sie nahmen Anträge entgegen, organisierten Aufklärungskampagnen sowie Archivrecherchen und zahlten die Leistungen aus. Aus heutiger Sicht ist bemerkenswert, dass Opfer in den baltischen Staaten ihre Ansprüche bei den Stiftungen in Belarus (für Estland) und Russland (für Litauen und Lettland) geltend machen mussten. Diese dezentrale Struktur war sowohl pragmatisch als auch politisch motiviert: Die nationalen Stiftungen verfügten über Datenbanken, lokales Wissen und bestehende Netzwerke zu Opferorganisationen.

Die Ziele beider Seiten unterschieden sich erheblich. Für die Stiftung EVZ stand neben der formalen Pflicht, öffentliche Mittel zu kontrollieren, die Koordinierung der Auszahlungen mit den Partnerorganisationen im Vordergrund. Gerade zu Beginn stand sie dabei unter kritischer Beobachtung von zivilgesellschaftlichen und Opfer-Initiativen. In der Presse hieß es, die Einigung käme zu spät. Kritisiert wurde auch, dass sich viele Unternehmen weigerten, in den Stiftungsfonds einzuzahlen. Zudem gab es Befürchtungen, dass aufgrund strenger Nachweisanforderungen manche Personen, denen eigentlich Leistungen zustünden, keine erhalten würden.

Für die Partnerorganisationen in Russland, Belarus und der Ukraine kam eine besondere Schwierigkeit hinzu. Als staatliche Institutionen sollten sie Entschädigungen wegen Zwangsarbeit im nationalsozialistischen Deutschland an Menschen auszahlen, die in der Sowjetunion jahrzehntelang nicht als Opfer anerkannt worden waren. Stattdessen hatte man sie unter Kollaborationsverdacht gestellt, stig-

matisiert und diskriminiert. Deshalb erreichten die Stiftung gerade aus diesen Ländern zu Beginn des Auszahlungsprozesses zahlreiche Briefe von Betroffenen, die den staatlichen Stiftungen dort misstrauten. Für diese Menschen war die Anerkennung als NS-Opfer und damit die Zurückweisung des Kollaborationsvorwurfs mindestens so wichtig wie das Geld.

*»Die Zusammenarbeit zwischen EVZ und Partnerstiftungen war anfangs von Misstrauen geprägt. Die deutschen Prüfteams fürchteten Korruption; die andere Seite zweifelte an der deutschen Zahlungsmoral und gelegentlich an der historischen Kompetenz.«*

Auch die Zusammenarbeit zwischen EVZ und Partnerstiftungen war anfangs von Misstrauen geprägt. Die deutschen Prüfteams fürchteten Korruption; die andere Seite zweifelte an der deutschen Zahlungsmoral und gelegentlich an der historischen Kompetenz. Vertrauen entstand erst nach Monaten mühsamer Arbeit. Mit der Zeit wurden aus angespannten Prüfsituationen kollegiale Beziehungen. Was dabei verband, war der Wunsch und Anspruch, den antragstellenden Opfern und ihren Schicksalen gerecht zu werden und in ihrem Sinne zu entscheiden.

### **RELATIVE GERECHTIGKEIT: GRENZEN DES STIFTUNGSGESETZES**

Anspruchsberechtigt nach dem Stiftungsgesetz waren zwei Personengruppen: in einem KZ, Ghetto oder einer vergleichbaren Haftstätte Inhaftierte (Kategorie 1) und diejenigen, die über eine Grenze von 1937 deportiert worden waren und unter Haftbedingungen Zwangsarbeit in der Industrie oder im öffentlichen Sektor geleistet hatten (Kategorie 2). Zwangsarbeiter:innen in der Landwirtschaft und in anderen Bereichen, etwa in Privathaushalten, blieben zunächst unberücksichtigt. Die Partnerorganisationen konnten aber im Rahmen der ihnen zugewiesenen Mittel eine „Öffnungsklausel“ einführen und dann ehemaligen landwirtschaftlichen Zwangsarbeiter:innen eine (geringere) Leistung zahlen.

Sinti:zze und Rom:nja konnten keine Haft im Ghetto – nach Kategorie 1 – geltend machen, weil die Lager nicht als Ghettos anerkannt waren. Das galt auch dann, wenn die Haftorte vor ihrer Internierung für jüdische Inhaftierte

als Ghettos genutzt worden waren. Deshalb erhielten sie im Durchschnitt geringere Beträge. Die Anerkennung des Leids von Sinti:zze und Rom:nja, das sie in Ghettos erlebten, erfolgte erst im Rahmen der sog. Ghetto-Rente nach dem Ende der Auszahlungen durch die Stiftung EVZ.

Kriegsgefangene waren von Leistungen ausgeschlossen, auch wenn sie Zwangsarbeit leisten mussten. Der Hintergrund war die Haager Landkriegsordnung von 1907, die Arbeit von Kriegsgefangenen unter Auflagen zumindest für Mannschaftsdienstgrade gestattete. Auch die sowjetischen Kriegsgefangenen blieben ausgeschlossen. Das galt, obwohl die sonstigen Schutzbestimmungen der Haager Landkriegsordnung für sie nicht angewendet wurden und obwohl die 5,7 Millionen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion unter bewusst vernichtenden Bedingungen arbeiteten – 3,3 Millionen von ihnen starben. Ein Entschädigungsfonds von zehn Millionen Euro für diese Opfergruppe wurde erst 2015 eingerichtet. Man ging von 4.000 Berechtigten aus, die je 2.500 Euro erhalten sollten. Am Ende erhielten ca. 1.200 Personen diese Leistung.

**»Auch die sowjetischen Kriegsgefangenen blieben ausgeschlossen.«**

Italienische Militärinternierte wurden durch ein völkerrechtliches Gutachten von 2001 als Kriegsgefangene eingestuft und damit von Zahlungen ausgeschlossen, obwohl über 100.000 von ihnen Anträge gestellt hatten. Wie bei ehemaligen Zwangsarbeiter:innen aus der Sowjetunion die Anerkennung als Verfolgte von großer Bedeutung war, wirkte auch hier die fehlende Anerkennung zurücksetzend. Sie führte zu mehreren internationalen juristischen Auseinandersetzungen und belastet das deutsch-italienische Verhältnis bis heute.

Dass Opfergruppen wie Kriegsgefangene von einer humanitären Leistung ausgeschlossen waren, wurde in den Verhandlungen und im Stiftungsgesetz festgelegt. Diese Verhandlungen standen jedoch im Zusammenhang mit früheren nationalen und internationalen Entschädigungsverfahren. Dazu zählten bilaterale Verträge der Bundesrepublik Deutschland in den 1950er und 1960er Jahren, vor allem mit westeuropäischen Staaten und Israel, die sogenannten Globalabkommen, und das Bundesentschädigungsgesetz (BEG) von 1953. An deren Bestimmungen orientierte man sich. Da das BEG etwa die Ghetto-Haft von

Sinti:zze und Rom:nja nicht anerkannte, durfte es auch im Rahmen der Auszahlungen wegen Zwangsarbeit keine solche Anerkennung geben. Die Grenzen der Anerkennungsfähigkeit in jedem Einzelfall zu ermitteln, war für die Partnerorganisationen und für die Stiftung EVZ eine der größten Herausforderungen.

## **AUSWIRKUNGEN AUF DIE ERINNERUNGSKULTUR**

Der Auszahlungsprozess hat den Blick auf NS-Zwangsarbeit und den Umgang mit ihr maßgeblich verändert. Das gilt schon für die zivilgesellschaftlichen Initiativen und die Sammelklagen, die ihm vorangingen. Aus vielen dieser Initiativen entstanden Gedenkorte und Gedenkstätten. Durch die mit den Auszahlungen verbundenen Recherchen wurden zahlreiche Archivmaterialien erschlossen und zugänglich gemacht. Genannt seien hier nur die Website „Zwangsarbeit im NS-Staat“ sowie das Online-Archiv „Zwangsarbeit 1939–1945“. In diesem Zusammenhang entstanden zahlreiche Forschungsvorhaben und Publikationen. Informelle Netzwerke wie die Mailingliste NS-Zwangsarbeit bestehen bis heute – auch dank des ehrenamtlichen Engagements der Initiator:innen.

Die Gründung der Stiftung EVZ löste zudem eine Welle unternehmensinterner Aufarbeitung aus. Allerdings hat bis heute nur ein vergleichsweise kleiner Teil deutscher Unternehmen die Erforschung ihrer NS-Geschichte in Auftrag gegeben (siehe den Beitrag Schneider-Braunberger in diesem Magazin).

Ein praktisches Resultat der Auszahlungen ist die sogenannte Residentenliste. Um mögliche Besitzer:innen nicht ausgezahlter Lebensversicherungen zu ermitteln, erstellte man eine Liste der im Deutschen Reich zwischen 1933 und 1945 gemeldeten jüdischen Einwohner:innen. Sie umfasst mehr als 800.000 Personeneinträge. Das Bundesarchiv erhält zu dieser Liste jedes Jahr eine vierstellige Zahl von Anfragen mit dem Ziel der „Wiedergutmachungseinbürgerung“.

In den Nachfolgestaaten der Sowjetunion wirkten sich die Auszahlungen deutlich auf die Erinnerungen im Familienkontext und auf die nationale Erinnerungskultur aus. In vielen Fällen teilten Betroffene ihr Schicksal erstmals ihrem

Umfeld, einer staatlichen Stiftung und sogar ihrer eigenen Familie mit. Auch Familiengeschichten mussten deshalb neu geschrieben werden.

## EIN HEUTE KAUM VORSTELLBARER KONSENS

Die Verhandlungen fanden in den 1990er Jahren statt, in einer Zeit globaler demokratischer Aufbruchsstimmung. Die Blockbildung des Kalten Krieges schien überwunden. Die gesellschaftliche und politische Konstellation war einmalig. Internationaler Druck insbesondere aus den USA durch die Sammelklagen, ein Sondergesandter für Holocaust-Fragen, ein breiter parteiübergreifender Konsens in Deutschland, eine Regierung, die das Thema auf ihre Agenda gesetzt hatte, und ein zivilgesellschaftlicher Diskurs, der die Opfer sichtbar gemacht hatte – all das kam zusammen. Ein vergleichbares Projekt ist heute kaum vorstellbar. Das gilt nicht nur deshalb, weil nur wenige der Zwangsarbeiter:innen heute noch leben. Zunehmender Nationalismus, Skepsis gegenüber multilateralen Prozessen und ein erstarkender Geschichtsrevisionismus hätten einen solchen Konsens erheblich erschwert. Wahrscheinlich würde man die damaligen Verhandlungsparteien nicht einmal mehr an einen Tisch bekommen. Rückblickend lässt sich sagen: Es war der letzte mögliche Zeitpunkt, den noch lebenden Opfern nationalsozialistischer Zwangsarbeit eine finanzielle und symbolische Anerkennung zu ermöglichen.

## MEDIUM



Daniel Christensen (Host): Wert & Würde. Über den langen Weg der Anerkennung von Zwangsarbeit als NS-Verbrechen, ein Audio-Podcast der Stiftung EVZ, 2025, URL: <https://www.25-jahre.stiftung-evz.de/formate-des-jubilaums/wert-wuerde> [eingesehen am 18.06.2026].

### Autor



**Martin Bock** arbeitet seit 2002 bei der Stiftung EVZ. Während der Auszahlungen leitete er mehrere Prüfteams und koordinierte den Abschluss des Auszahlungsprozesses. Heute ist er Referent des Vorstands.

# Catastrophic History. Memory, Racial Slavery, and Repair

**Anthony Bogues**

In 1965, the African American writer James Baldwin noted that “the great force of history comes from the fact that we carry it with us ... history is literally present in all that we do” (Baldwin 1998: 723). Baldwin was writing against a dominant current in which there was deep denial that anti-black racism in US society was embedded within the social system of historical racial slavery. The view at that time was that racism had not been a foundational element in the formation of the American republic, but was rather a residue of the nineteenth-century Southern system of segregation (Jim Crow). The US racial order that was generated by racial slavery was not eliminated by the American Revolution in 1776 or the American Civil War in the mid-nineteenth century. The latter only emancipated enslaved blacks but did not formally end institutional anti-black racism, while the revolution granted political equality only to white men. Women did not receive the vote until 1920, followed by Indigenous people in 1924. African Americans were not granted full voting rights until 1965. This means that America has only been a full voting democracy for 61 years.

*“The US racial order that was generated by racial slavery was not eliminated by the American Revolution in 1776 or the American Civil War in the mid-nineteenth century.”*

Historically, US anti-black racism emerged alongside the social system of racial slavery and the general European colonial project. It was an authoritarian social system. The African American thinker and writer W. E. B. Du Bois called it a system in which human beings were placed under the “arbitrary will” of another. The system operated through laws and customs. It was one in which the enslaved Africans were not considered human, were disposable bodies, and never part of civic society nor the body politic. They were the constitutive outside population, yet paradoxically also the fulcrum of the economic wealth of the American republic. As late as 1857, the American Supreme Court ruled in the famous Dred Scott case that African Americans,

even if they were legally free, could not become citizens. At the heart of this decision was the idea that the African American was not fully human. As I have consequently argued elsewhere, the history of racial slavery in the United States and the Americas generally is one of historical catastrophe (Bogues 2010: 38–65). This means that the enslaved was “property in person” and not just a thing. Such a system could only be maintained by forms of regularized violence which became the everyday experience of the enslaved. This was a fact predicated upon the slave laws of the period. Because this system was one in which the black enslaved was a *slave in perpetuity*, determined by race, this form of chattel slavery was both distinctive and at the same time central to the making of the modern world.

**“The history of racial slavery in the United States and the Americas generally is one of historical catastrophe.”**



Exhibit on Slavery - American Civil War Museum, Richmond, Virginia (USA), 08.05.2019 © Adam Jones from Kelowna, BC, Canada, Exhibit on Slavery - American Civil War Museum - Richmond - Virginia - USA (47807814571), CC BY-SA 2.0

It was also catastrophic in that structural ways of life marked by violence were created. The political theorist Bedour Alagraa notes that the various plantation societies in the so-called New World were locations in which what she calls the “cruel mathematics” of slavery created a normalized repetitive state (Alagraa 2021). In other words, racial slavery created a racial American state. The nineteenth century sub-

sequently unfolded under the ideological rubrics of first the 1823 Monroe Doctrine, which prohibited further European colonialization in the Americas, and then the concept of *Manifest Destiny* applied from 1845 onward, which justified the Western expansion of the United States. As a result, this racial state became an imperial racial one. This is the frame in which we grapple with the everyday contours of enslaved black life, the enforced work regimes they had to perform, and how this system is remembered today and the contemporary struggles around memory versus nostalgia.

## EVERYDAY LABOR

Enforced slave labor consisted mostly, but not only, of backbreaking agricultural work. The economic engine of the system of racial slavery was the plantation. As a model of economic production, plantations can be described as large-scale operations primarily based on agriculture. During the early colonial period at the beginning of the sixteenth century, plantations in the Portuguese colony of São Tomé were the largest in the world producing sugar. These plantations became the model for the American mainland, with Brazil receiving its first major plantation by 1530. There were different crops grown on these plantations: tobacco, cotton, rice, and sugar cane. The enslaved labor regime consisted of “gangs” doing all the necessary work of clearing land, planting, caring for, and then reaping these crops. In this work regime, there was no gendered division of labor, as both men and women and oftentimes children performed this work. They also cared for livestock and built the infrastructure of the plantations. The social organization and character of this plantation work created a context in which some writers have named the enslaved as the proletariat of their time. Studies have shown that oftentimes the various companies involved in procuring the African enslaved targeted skilled Africans for these tasks. So, for example, the growing of rice required knowledge of appropriate techniques and, thus, many slave-trading companies focused on capturing slaves from what became known as the “rice coast“ of Africa, from Senegal to Sierra Leone. The historical records show that of the various African nations, Mende and Wolof had sophisticated knowledge of rice-growing techniques which were required for the rice plantations in North America. All of the above belie the unskilled character conventionally attributed to enslaved labor.

*“The social organization and character of this plantation work created a context in which some writers have named the enslaved as the proletariat of their time.”*

Plantations were not just venues for forced agricultural labor. Many were also home to factories. It was the enslaved who worked in these factories and, when mills began to emerge on the United States economic landscape, again it was the enslaved who did the labor. The same is true of textile factories and ironworks. Enslaved men were also sailors and worked in the whaling industry. Before

emancipation, the figures suggest that over 25 percent of the workers in the whaling industry were blacks, many of them enslaved. In the port cities, black enslaved mariners were critical to the ships transporting cash crops, serving as navigators and pilots (Rediker 2025: 10). Their presence also created conditions for the enslaved to escape by sea and rivers. They also built the plantation homes of the master elite class and, in some cases, decorated them with pottery. For example, Edgefield District in South Carolina became known for pottery produced by the enslaved.

Many enslaved people were also engaged in domestic work on the plantation, cooking, cleaning, and especially caregiving to the children of the planter class. An examination of the wills of many planters showed that enslaved women were left to the planters' children so that the child could be cared for. Additionally, no discussion about the work of the enslaved would be complete without reference to the sexual exploitation of enslaved women. As news about the possible abolition of the transatlantic slave trade gathered steam in the early 1800s, many planters began to create "breeding grounds." These were plantations which specialized in the biological reproduction of the enslaved. By 1808 these plantations became an integral part of the system of racial slavery, maintaining the economic riches of the cotton plantation system, which is often called the "Cotton Kingdom." One consequence of this was that states like Virginia and Maryland operated as export zones of enslaved people to other states like Louisiana and Mississippi. This economic network created a social system that reproduced itself through sexual violence. All these regimes made violence the central form of power holding the system together.

This was the historical character of the social system that created the enormous wealth of the United States. The process of capital accumulation in the United States was rooted in racial slavery. This system did not allow for forms of full representative democracy. In what is perhaps the most important historical text in the writing of American history, *Black Reconstruction*, Du Bois notes that black men and women became "a central thread in the history of United States, at once a challenge to its democracy and always an important part of its economic history and social

development” (W.E.B Du Bois 1936: 7). The question remains: How have Americans thought about this historical fact?

## MEMORY VERSUS NOSTALGIA

There has always been a mainstream current which denies the formative influence of racial slavery on American society and how it remains embedded within structural forms of anti-black racism. In American popular culture, this denial is often seen in the genres of the Western movies or historical epics and the idea of the “Lost Cause.” This current within US cinema began with *The Birth of a Nation* (1915) and continued in popular examples like *Gone With the Wind* (1939) and *The Outlaw Josey Wales* (1976). The central idea of the “Lost Cause” is that during the American Civil War, the cause of the Southern states (called the Confederacy) was not about slavery, but about “the rights of states,” i.e. about individual states’ autonomy vis-à-vis the federal government. This denial was challenged in 2020 during the COVID pandemic with the activism of the Black Lives Matter Movement.

*“There has always been a mainstream current which denies the formative influence of racial slavery on American society and how it remains embedded within structural forms of anti-black racism.”*



Robert E. Lee Monument as it stands after the Floyd Protests 2020, 01.07.2020 © Mk17b, Defaced-lee-statue-2020, CC BY-SA 4.0

It not only protested against the police brutality regularly visited upon the African American community, but challenged the symbolic landscape of monuments which make up the schematics of an American public history and its representations of racial slavery. Over 160 monuments and symbols of racial slavery were subsequently removed. These included central confederate monuments of major figures like Robert E. Lee, General of the Confederate Army, and Jefferson Davis, who was the political leader of the Confederacy. Of note as well was the removal of figures like Christopher Columbus because of a general sentiment that, although he was not a slave trader himself, the Columbian voyages in the late fifteenth century inaugurated the European colonial project in the Americas. Surveys

done at the time also showed that a significant number of white Americans felt that the history of slavery should be taught in the high school curriculum. However, the survey also made it clear that the majority of white Americans did not feel that slavery had any impact upon contemporary American society. For them, there was no connective tissue between the past and the present. For many others, though, the protests and actions of the Black Lives Matter Movement seemed to be a moment of reckoning, one in which the history of racial slavery might be confronted. This was not to be the case.

**“The 2024 re-election of President Donald Trump began a series of reversals, including a drive to restore major Confederate monuments.”**

The 2024 re-election of President Donald Trump began a series of reversals, including a drive to restore major Confederate monuments. The administration declared that anti-black racism no longer existed in American society and that major museums like the *Smithsonian* should reduce their focus on “negative aspects of American history” and be more “celebratory”, focusing on America’s “exceptionalism”. All this continues to be part of the current regime’s policy on history, which in their terms is about “Restoring Truth and Sanity.” The regime now directs all federal agencies to prioritize “uplifting narratives” about American history. The administration has also established an advisory group called the “1776 Commission” to promote a “pro-American curriculum”. History is now at the center of the contest about the political direction of America.

Recalling Baldwin and his observation about how history is always present, we might add that once its presence is of a catastrophic character, then issues about democracy are not settled because not only is the historical catastrophe haunting but, unless confronted, it will continue to shape the ways of life and politics of a society.



Stonewall Jackson and Robert E. Lee Monument pedestal after its monument had been taken down, 17.08.2017 © Vera de Kok, [Stonewall Jackson and Robert E. Lee Monument, Baltimore Aug 2017, CC BY-SA 3.0](#)

## BIBLIOGRAPHY

-  Alagraa, Bedour: The Interminable Catastrophe, in: Offshoot Journal 2021, URL: <https://offshootjournal.org/the-interminable-catastrophe/>, [12.05.2026].
-  Baldwin, James: Collected Essays, The Library of America 1998.
-  Bogues, Anthony: Empire of Liberty: Power Desire and Freedom, Dartmouth Press, 2010.
-  Du Bois, W. E. B.: Black Reconstruction in America: An Essay toward a History of the Part which Black Folk Played in the Attempt to Reconstruct Democracy in America, 1860-1880, Atheneum 1936.
-  Rediker, Marcus: Freedom Ship: The Uncharted History of Escaping Slavery by Sea, Viking 2025.

### Author



**Anthony Bogues** is the Asa Messer Professor of Humanities and Africana Studies, and the Inaugural Director of the Ruth Simmons Center for the Study of Slavery and Justice at Brown University, Rhode Island, USA.

# Racial Slavery – die Geschichte einer Katastrophe, ihre Erinnerung und Wiedergutmachung

**Anthony Bogues**

Übersetzung: Adina Stern

Im Jahr 1965 bemerkte der afroamerikanische Autor James Baldwin, dass „die große Kraft der Geschichte daher rührt, dass wir sie mit uns tragen [...] Geschichte ist buchstäblich in allem gegenwärtig, was wir tun.“ (Baldwin 1998: 723). Baldwin schrieb gegen eine damals vorherrschende Sichtweise an, die hartnäckig leugnete, wie tief antischwarzer Rassismus in den Vereinigten Staaten in das gesellschaftliche System der historischen rassistischen Sklaverei eingebettet war. Laut dieser Auffassung war Rassismus nicht grundlegend bei der Entstehung der US-amerikanischen Republik, sondern vielmehr ein Überbleibsel des Segregationssystems der Südstaaten des 19. Jahrhunderts (*Jim Crow*).

Die durch die Sklaverei hervorgebrachte rassistische Ordnung der Vereinigten Staaten wurde weder durch die Amerikanische Revolution von 1776 noch durch den Amerikanischen Bürgerkrieg in der Mitte des 19. Jahrhunderts beseitigt. Der Bürgerkrieg führte lediglich zur Befreiung der versklavten Schwarzen, beendete jedoch nicht formell den institutionellen antischwarzen Rassismus. Die Revolution wiederum gewährte ausschließlich weißen Männern politische Gleichheit, während Frauen das Wahlrecht erst 1920 erhielten und indigene Menschen erst im Jahr 1924. Afroamerikaner\*innen wurden vollständige Wahlrechte sogar erst 1965 zugestanden. Das bedeutet, dass die Vereinigten Staaten erst seit 61 Jahren eine vollwertige Wahldemokratie sind.

**»Die durch die Sklaverei hervorgebrachte rassistische Ordnung der Vereinigten Staaten wurde weder durch die Amerikanische Revolution von 1776 noch durch den Amerikanischen Bürgerkrieg in der Mitte des 19. Jahrhunderts beseitigt.«**

Historisch entstand der antischwarze Rassismus in den USA parallel zum gesellschaftlichen System der rassistischen

Sklaverei und zum europäischen Kolonialprojekt insgesamt. Es handelte sich um ein autoritäres Gesellschaftssystem. Der afroamerikanische Denker und Autor W. E. B. Du Bois bezeichnete es als ein System, in dem Menschen dem „willkürlichen Willen“ anderer unterworfen waren. Dieses System funktionierte durch Gesetze und gesellschaftliche Praktiken. In ihm galten die versklavten Afrikaner\*innen nicht als Menschen; sie wurden als austauschbare Körper betrachtet und waren weder Teil der Zivilgesellschaft noch des politischen Gemeinwesens. Sie bildeten die konstitutive Außenseiterbevölkerung und waren zugleich paradoxerweise das Fundament des wirtschaftlichen Reichtums der US-amerikanischen Republik. Noch im Jahr 1857 entschied der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten im berühmten Fall *Dred Scott*, dass Afroamerikaner\*innen selbst dann keine Staatsbürger\*innen werden konnten, wenn sie rechtlich frei waren. Im Zentrum dieser Entscheidung stand die Vorstellung, dass Schwarze Menschen nicht vollständig menschlich seien. Wie ich bereits an anderer Stelle dargestellt habe, ist die Geschichte der rassistischen Sklaverei in den Vereinigten Staaten und in den Amerikas insgesamt eine Geschichte historischer Katastrophen (Bogues 2010: 38–65). Das bedeutet, dass die versklavte Person „Eigentum in Person“ war und nicht bloß ein Gegenstand. Ein solches System konnte nur durch institutionalisierte und reguläre Gewalt aufrechterhalten werden, die zum Alltag der Versklavten gehörte. Diese Realität beruhte auf den Sklavengesetzen jener Zeit. Da es sich um ein System handelte, in dem Schwarze Menschen aufgrund rassistischer Zuschreibung *auf Lebenszeit versklavt* wurden, war diese Form der sogenannten Eigentumssklaverei sowohl einzigartig als auch zugleich zentral für die Entstehung der modernen Welt.

»Die Geschichte der rassistischen Sklaverei in den Vereinigten Staaten und in den Amerikas insgesamt ist eine Geschichte historischer Katastrophen.«

Sie war insofern katastrophal, als sie strukturell von Gewalt geprägte *Lebensweisen* hervorbrachte. Die Politikwissenschaftlerin Bedour Alagraa weist darauf hin, dass die verschiedenen Plantagensellschaften der sogenannten Neuen Welt Orte waren, an denen das, was sie die „grausame Mathematik“ der Sklaverei nennt, einen normalisierten Zustand ständiger Wiederholung erzeugte (Alagraa 2021). Mit anderen Worten: Die rassistische Sklaverei brachte einen rassistischen amerikanischen Staat hervor.



Ausstellung zum Thema Sklaverei im American Civil War Museum in Richmond (Virginia), 08.05.2019 © Adam Jones from Kelowna, BC, Canada, Exhibit on Slavery - American Civil War Museum - Richmond - Virginia - USA (47807814571), CC BY-SA 2.0

Das 19. Jahrhundert entwickelte sich anschließend zunächst unter den ideologischen Vorzeichen der Monroe-Doktrin von 1823, die eine weitere europäische Kolonisierung des amerikanischen Kontinents untersagte. Ab 1845 wurde das Konzept des *Manifest Destiny* zur Rechtfertigung der westlichen Expansion der Vereinigten Staaten herangezogen. Infolgedessen wurde aus diesem rassistischen

Staat ein rassistischer imperialer Staat. Vor diesem Hintergrund betrachten wir die alltäglichen Lebensrealitäten versklavter Schwarzer Menschen, die ihnen aufgezwungenen Arbeitsregime sowie die Frage, wie dieses System heute erinnert wird und welche gegenwärtigen Kämpfe zwischen Erinnerung und Nostalgie daraus entstehen.

## ALLTÄGLICHE ARBEIT

Die erzwungene Arbeit der Versklavten bestand überwiegend, jedoch nicht ausschließlich, aus schwerster landwirtschaftlicher Arbeit. Der wirtschaftliche Motor des Systems der rassistischen Sklaverei war die Plantage. Als Produktionsmodell lassen sich Plantagen als groß angelegte, überwiegend landwirtschaftlich ausgerichtete Betriebe beschreiben. Während der frühen Kolonialzeit zu Beginn des 16. Jahrhunderts befanden sich die weltweit größten Zuckerplantagen in der portugiesischen Kolonie São Tomé. Diese Plantagen wurden zum Vorbild für das amerikanische Festland; bereits um 1530 entstand in Brasilien die erste große Plantage. Auf diesen Plantagen wurden unterschiedliche Pflanzen angebaut: Tabak, Baumwolle, Reis und Zuckerrohr. Das Arbeitsregime der Versklavten bestand aus sog. Arbeitskolonnen („gangs“), die sämtliche anfallenden Tätigkeiten verrichteten: Land roden, Felder bestellen, die Kulturen pflegen und schließlich die Ernte einbringen. Innerhalb dieses Systems gab es keine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung – Männer und

Frauen, häufig auch Kinder, verrichteten dieselben Arbeiten. Darüber hinaus versorgten sie Nutztiere und errichteten die Infrastruktur der Plantagen.

Die soziale Organisation und der Charakter dieser Plantagenarbeit führten dazu, dass manche Autor\*innen die Versklavten als das Proletariat ihrer Zeit bezeichneten. Studien haben gezeigt, dass die Unternehmen, die am Handel mit versklavten Afrikaner\*innen beteiligt waren, häufig gezielt Menschen mit bestimmten Fähigkeiten auswählten. So erforderte beispielsweise der Reisanbau ganz spezifische Kenntnisse und Techniken. Deshalb konzentrierten sich viele Sklavenhandelsgesellschaften darauf, Menschen von der „Reisküste“ Afrikas – dem Gebiet zwischen Senegal und Sierra Leone – zu deportieren. Historische Quellen zeigen, dass insbesondere Angehörige der Mende- und Wolof-Gesellschaften über hochentwickelte Kenntnisse des Reisanbaus verfügten, die für die Reisplantagen Nordamerikas benötigt wurden. All dies widerlegt die weit verbreitete Annahme, die Arbeit der Versklavten sei unqualifiziert gewesen.

**»Studien haben gezeigt, dass die Unternehmen, die am Handel mit versklavten Afrikaner\*innen beteiligt waren, häufig gezielt Menschen mit bestimmten Fähigkeiten auswählten.«**

Plantagen waren nicht nur Orte erzwungener landwirtschaftlicher Arbeit; viele beherbergten auch Fabriken, in denen die Versklavten arbeiteten. Als sich Mühlen zunehmend in der Wirtschaftslandschaft der Vereinigten Staaten etablierten, waren es wiederum Versklavte, die in ihnen die Arbeit verrichteten. Dasselbe gilt für Textilfabriken und Eisenhütten. Versklavte Männer arbeiteten zudem als Seeleute und in der Walfangindustrie. Die vorliegenden Erhebungen deuten darauf hin, dass vor der Emanzipation mehr als 25 Prozent der Beschäftigten im Walfang Schwarze waren, viele von ihnen versklavt. In den Hafenstädten waren versklavte Schwarze als Seeleute von zentraler Bedeutung für Schiffe, die Exportgüter transportierten, und auf denen sie als Navigatoren und Lotsen dienten (Rediker 2025: 10). Das schuf zugleich Möglichkeiten für Versklavte, über das Meer oder Flüsse zu fliehen. Darüber hinaus errichteten sie die Wohnhäuser der Sklavenhalterelite und stellten in manchen Fällen auch die Keramikwaren zu ihrer Ausstattung her. So wurde beispielsweise der Edgefield District in South Carolina für die von Versklavten hergestellte Keramik bekannt.

Viele Versklavte waren außerdem in der Hausarbeit auf den Plantagen tätig. Sie kochten, reinigten die Häuser und übernahmen vor allem die Betreuung der Kinder der Sklavenhalterfamilien. Analysen zahlreicher Testamente von Plantagenbesitzern zeigen, dass versklavte Frauen häufig deren Kindern vererbt wurden, damit diese weiterhin versorgt werden konnten.

Eine Darstellung der Arbeit Versklavter wäre allerdings unvollständig, würde sie die sexuelle Ausbeutung versklavter Frauen ausklammern. Als sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts die Nachrichten über die mögliche Abschaffung des transatlantischen Sklavenhandels verdichteten, begannen viele Plantagenbesitzer „breeding grounds“ einzurichten. Dabei handelte es sich um Plantagen, die auf die biologische Reproduktion versklavter Menschen spezialisiert waren. Im Jahr 1808 waren diese Plantagen zu einem integralen Bestandteil des Systems der Sklaverei geworden und trugen zur Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Reichtums des Baumwollplantagensystems bei, häufig als „Cotton Kingdom“ bezeichnet. Eine Folge dessen war, dass Bundesstaaten wie Virginia und Maryland zu Exportregionen für versklavte Menschen wurden, die in andere Staaten wie Louisiana oder Mississippi verkauft wurden. Dieses ökonomische Netzwerk schuf ein soziales System, das sich durch sexuelle Gewalt selbst reproduzierte. All diese Regime machten Gewalt zur zentralen Herrschaftsform, die das System zusammenhielt.

Dies war der historische Charakter jenes Gesellschaftssystems, das den enormen Reichtum der Vereinigten Staaten hervorbrachte. Der Prozess der Kapitalanhäufung in den USA war tief in der Sklaverei verwurzelt. Ein solches System ließ keine voll entwickelte repräsentative Demokratie zu. In „Black Reconstruction“, dem vielleicht bedeutendsten Werk der amerikanischen Geschichtsschreibung, schreibt W. E. B. Du Bois, dass Schwarze Männer und Frauen zu einem „zentralen Motiv in der Geschichte der Vereinigten Staaten wurden – zugleich eine Herausforderung für ihre Demokratie und stets ein wesentlicher Bestandteil ihrer Wirtschafts- und Sozialgeschichte“ (Du Bois 1936: 7). Die Frage bleibt jedoch: Wie haben die Amerikaner\*innen über diese historische Tatsache nachgedacht?

## ERINNERUNG VERSUS NOSTALGIE

Ein dominanter Teil der Gesellschaft leugnet nach wie vor den prägenden Einfluss der rassistischen Sklaverei auf die amerikanische Gesellschaft und bestreitet, dass sie bis heute in strukturellen Formen des antischwarzen Rassismus fortwirkt. In der US-amerikanischen Populärkultur zeigt sich diese Leugnung häufig in Westernfilmen oder historischen Epen in Gestalt der Idee der „Lost Cause“. Diese Strömung des US-amerikanischen Kinos begann mit dem Film „The Birth of a Nation“ (1915) und setzte sich in populären Werken wie „Gone With the Wind“ (1939) und „The Outlaw Josey Wales“ (1976) fort. Der Kerngedanke der „Lost Cause“ besteht darin, dass es im Amerikanischen Bürgerkrieg bei der „Sache“ der Südstaaten – der sogenannten Konföderation – nicht um die Verteidigung der Sklaverei gegangen sei, sondern um die „Rechte der Einzelstaaten“, also um deren Autonomie gegenüber der Bundesregierung. Diese Form der Geschichtsleugnung wurde im Jahr 2020 während der COVID-19-Pandemie durch den Aktivismus der *Black Lives Matter*-Bewegung angefochten. Die Bewegung protestierte nicht nur gegen die Polizeigewalt, der die afroamerikanische Community regelmäßig ausgesetzt ist. Sie stellte auch die symbolische Landschaft von Denkmälern infrage, die das öffentliche Geschichtsbild der Vereinigten Staaten und dessen Darstellungen von rassistischer Sklaverei prägen. In der Folge wurden mehr als 160 Denkmäler und Symbole entfernt, die mit der Geschichte der Sklaverei verbunden waren. Dazu gehörten bedeutende Denkmäler für zentrale Figuren der Konföderation wie Robert E. Lee, Oberbefehlshaber der Südstaatenarmee, und Jefferson Davis, den politischen Führer der Konföderation. Bemerkenswert war zudem die Entfernung von Denkmälern für Christoph Kolumbus. Zwar war Kolumbus selbst kein Sklavenhändler, doch wurde weithin die Auffassung vertreten, dass seine Reisen am Ende des 15. Jahrhunderts den europäischen Kolonialismus auf dem amerikanischen Kontinent einleiteten.

**»Ein dominanter Teil der Gesellschaft leugnet nach wie vor den prägenden Einfluss der rassistischen Sklaverei auf die amerikanische Gesellschaft und bestreitet, dass sie bis heute in strukturellen Formen des anti-schwarzen Rassismus fortwirkt.«**



Das Denkmal für General Robert E. Lee als Projektionsfläche für Protest nach dem Tod George Floyds im Sommer 2020 in Richmond (Virginia) © Mk17b, Defaced-lee-statue-2020, CC BY-SA 4.0

Umfragen zeigten zudem, dass eine beträchtliche Zahl weißer Amerikaner\*innen der Meinung war, die Geschichte der Sklaverei solle Bestandteil des Unterrichts an weiterführenden Schulen sein. Zugleich machten dieselben Erhebungen aber auch deutlich, dass die Mehrheit der weißen Bevölkerung keinen Zusammenhang zwischen der Geschichte der Sklaverei und der gegenwärtigen amerikanischen Gesellschaft sah. Für sie existierte keine Verbindungslinie zwischen Vergangenheit und Gegenwart. Für viele andere hingegen erschienen die Proteste und Aktionen der *Black Lives Matter*-Bewegung als ein Moment der Abrechnung mit der Vergangenheit – eine Gelegenheit, sich der Geschichte der rassistischen Sklaverei tatsächlich zu stellen. Dazu kam es jedoch nicht.

Die Wiederwahl von Präsident Donald Trump im Jahr 2024 leitete eine Reihe von Kehrtwenden ein, darunter Bestrebungen zur Wiedererrichtung bedeutender Denkmäler der Konföderation. Die Regierung erklärte, antischwarzer Rassismus existiere in der amerikanischen Gesellschaft nicht mehr und forderte große Museen wie die *Smithsonian Institution* dazu auf, den Fokus auf die „negativen Aspekte der amerikanischen Geschichte“ zu reduzieren. Stattdessen sollten sie einen „feierlicheren“ Zugang wählen, um die „Einzigartigkeit“ der Vereinigten Staaten hervorzuheben. All dies ist Teil der gegenwärtigen Geschichtspolitik des Regimes, die unter dem Motto „Restoring Truth and Sanity“ („Wahrheit und Vernunft wiederherstellen“) steht. Bundesbehörden werden inzwischen angewiesen, in ihrer Darstellung der amerikanischen Geschichte vorrangig „ermutigende“ oder „aufbauende Narrative“ zu vermitteln. Darüber hinaus hat die Regierung ein Beratungsgremium mit der Bezeichnung „1776 Commission“ eingerichtet, das die Entwicklung eines „pro-amerikanischen Lehrplans“ fördern soll. Somit steht heute die Deutung der Geschichte im Zentrum der Auseinandersetzung um die politische Zukunft der Vereinigten Staaten.

**»Die Wiederwahl von Präsident Donald Trump im Jahr 2024 leitete eine Reihe von Kehrtwenden ein, darunter Bestrebungen zur Wiedererrichtung bedeutender Denkmäler der Konföderation.«**



Eine Protestnotiz auf dem Sockel des Stonewall Jackson und Robert E. Lee-Denkmal in Baltimore (Maryland), nachdem es abgebaut wurde, 2017  
© Vera de Kok, Stonewall Jackson and Robert E. Lee Monument, Baltimore Aug 2017, CC BY-SA 3.0

Bezogen auf Baldwins Beobachtung, dass Geschichte stets gegenwärtig ist, ließe sich ergänzen, dass Fragen der Demokratie nicht als abgeschlossen betrachtet werden können, wenn diese Gegenwart den Charakter einer historischen Katastrophe hat. Denn historische Katastrophen suchen die Gegenwart weiterhin heim. Solange sie nicht kritisch aufgearbeitet werden, prägen sie fortwährend die Lebensformen, gesellschaftlichen Strukturen und politischen Ordnungen einer Gesellschaft.

## LITERATUR

-  Alagraa, Bedour: The Interminable Catastrophe, in: Offshoot Journal 2021, URL: <https://offshootjournal.org/the-interminable-catastrophe/>, [eingesehen am 12.05.2026].
-  Baldwin, James: Collected Essays, The Library of America 1998.
-  Bogues, Anthony: Empire of Liberty: Power Desire and Freedom, Dartmouth Press, 2010.
-  Du Bois, W. E. B.: Black Reconstruction in America: An Essay toward a History of the Part which Black Folk Played in the Attempt to Reconstruct Democracy in America, 1860-1880, Atheneum 1936.
-  Rediker, Marcus: Freedom Ship: The Uncharted History of Escaping Slavery by Sea, Viking 2025.

## Autor



**B. Anthony Bogues** ist Asa Messer-Professor für Geisteswissenschaften und Africana Studies an der Brown University (Rhode Island, USA) und Gründungsdirektor des Ruth J. Simmons Center for the Study of Slavery and Justice.

# The Memory of Soviet Forced Labour: Origins and Transformation

**Daria Reznik**

Halyna Herasymchuk was eighteen when she was deported to the so-called Steplag (*Stepnoy Camp Directorate*) in Kazakhstan, one of the largest Gulag camps for political prisoners. Like all inmates, she was subjected to hard forced labour. She recalled being “fortunate” as she was assigned comparatively “lighter” work - logging. By contrast, other women had to work in a nearby quarry, transporting stones in mine carts, leaving many “crippled and barely alive” (Herasymchuk interview, 2022).

Steplag relied on prisoner labour for mining and construction, where harsh conditions and poor living standards caused widespread diseases such as tuberculosis and silicosis. Herasymchuk remained in the camp until 1956, when she was released following Nikita Khrushchev’s “secret speech” denouncing Stalin’s cult of personality. Khrushchev’s speech did not address one of the Soviet system’s fundamental features – forced labour. While often associated with the Gulag, it encompassed a broader range of practices, including labour camps, special settlements, and forms of “socially useful work.” Carceral labour was deeply embedded in Soviet society, with sub-camps located near most major cities. This coexistence, along with the mass repressions from the 1930s to 1950s, ensured that forced labour

**“Khrushchev’s speech did not address one of the Soviet system’s fundamental features – forced labour.”**



Special settlers deployed for logging in the Tomsk region, 1950s. © Private archive of Vira Tsvyk (Borovets)/ Archive After Silence

remained firmly embedded in public memory long after the Soviet Union's collapse.

This article analyses how and by whom the memory of forced labour in the Soviet Union was constructed, how it was (not) represented within the memorial landscape, and how this memory has been transformed since 1991, with particular attention paid to memory spaces in Russia and Ukraine.

### **LABOUR IN THE SOVIET UNION: FROM GLORIFICATION TO COERCION**

“He who does not work, neither shall he eat” is one of the well-known aphorisms appropriated by the Soviet Union. Vladimir Lenin began using it in 1917 and it was enshrined in all three Soviet constitutions (1918, 1936, 1977), which defined labour as a fundamental duty. Lenin framed labour as essential to the “construction of communism.” Lenin, together with other prominent party figures (such as Trotsky and Bukharin), developed the concept of forced labour, which initially targeted the former bourgeoisie. A major challenge for the Soviet leadership was the territory of the so-called Far East (far from Moscow), which lacked the infrastructure essential for industrialisation. At first, the government encouraged voluntary resettlement for socially useful labour, but this approach quickly proved ineffective, as not many people were willing to work there (Polyan 2001: 61).

*“ ‘He who does not work, neither shall he eat’ is one of the well-known aphorisms appropriated by the Soviet Union.”*

In the late 1920s, Nikolay Janson proposed a more “active” use of convict labour, particularly in logging and the development of *tselina* (virgin lands). This idea was implemented with the forced labour of deported “kulaks” (peasants who owned property or land), who became one of the primary targets.

In 1930, the Main Administration of Camps (Gulag) was established to oversee the camp and settlement system. Deportations and forced labour were extended to so-called “politically unreliable elements” from 1933 and, after the Second World War, to deportees from “unreliable” nations,



House of Special Settlers, Khor village in the Khabarovsk region, 1950s. © Private archive of Natalia Boyko (Pokhodzhai)/Archive After Silence

such as Germans, Poles, Jews, Ukrainians, Crimean Tatars, Lithuanians, Latvians, etc.

Overall, between 1920 and 1952, approximately six million people were subjected to internal deportations in the Soviet Union. This figure includes both Gulag prisoners, who were held in prisons and had a harsher system of imprisonment,

and so-called special settlers, who were forcibly relocated to remote settlements, guarded by the NKVD (*Narodnyy komissariat vnutrennikh del*, secret police, intelligence, and law enforcement agency). The forced settlers had relatively “easier” living conditions, often living in barracks with entire families, while Gulag prisoners were completely isolated. While both categories were subjected to compulsory labour, not all deportees were mobilised for labour, as the elderly, children, and the infirm were excluded. The extensive practice of deportations served as the primary source of forced labour. Because of this, even if repressive policies and forced labour were generally treated as separate phenomena in memorial culture, they often coexist in the memory of Stalinism.

## THE CONSTRUCTION OF MEMORY

A widespread misconception about memory in the Soviet Union holds that memory practices did not exist as such, since they were “prohibited” (Grinchenko 2012: 424). However, after 1953, when the official policy of repression and carceral labour began to decrease, memories of the lived experience developed in different contexts.

In the 1950s–1960s, former prisoners became key agents of memory while facing bureaucratic barriers, discrimination, and social stigma. To rebuild their lives, many

*“A widespread misconception about memory in the Soviet Union holds that memory practices did not exist as such, since they were ‘prohibited.’”*

tried to conceal their past from families and communities, even though they remained under constant KGB checks. Khrushchev's 1956 speech created limited opportunities for public discussion of repression. In 1962, Aleksandr Solzhenitsyn published "One Day in the Life of Ivan Denisovich", sparking debate about whether prisoners were truly "enemies of the people" and whether forced labour could reform them (Dobson 2005). However, such discussions remained tightly controlled; the text was censored, later removed from libraries. Solzhenitsyn's "The Gulag Archipelago" was published only abroad in 1973–1975. Although public debate remained limited between 1960 and 1985, it laid the groundwork for broader engagement during perestroika and glasnost. A key milestone was the establishment of the nongovernmental organisation Memorial in 1987, which later expanded across the former Soviet republics. The first attempts at bottom-up memorialization emerged already in the late 1980s, with museums initiated by local professionals and historians with no government involvement (Staf 2023). Earlier Soviet exhibitions had glorified projects such as, for example, the White Sea Canal while ignoring the issue of forced labour and the number of victims involved in its construction (Makhotina 2010: 94).

*"A key milestone was the establishment of the nongovernmental organisation Memorial in 1987, which later expanded across the former Soviet republics."*

These early attempts show that memorialization was not entirely absent in the Soviet Union and raised issues that would be essential to broader debates on memory in the independent post-Soviet republics. As for former victims of forced labour, their silenced experiences became a necessary part of the transformation of memory that occurred after 1991.

## **DOES MEMORY FOLLOW DIFFERENT PATHS?**

Following the collapse of the Soviet Union and the gradual rethinking of Stalinism, some might have imagined that post-Soviet society would gradually reach a stage of widespread memorialization and public discourse around the topic of repression. This process was further facilitated by the gradual opening of archives, which enabled the dissemination of scholarship on the Gulag and its practices.

One of the earliest publications based on newly accessible NKVD archives was a 1992 article by Oleg Khlevniuk, who argued that despite the systematic use of Gulag labour in the Soviet economy, it remained inefficient and often unprofitable. Interpretations of the camp system were shaped by former victims' testimonies and Memorial's work, which included legal support, publishing testimonies, and establishing memorial sites. Sandarmokh, a memorial site established in Russia in 1997 on Memorial's initiative, became a site of "memory clashes" due to the politicisation of the Gulag and Stalinist repression, while Russian authorities avoided assigning responsibility for the executions. On the one hand, by appropriating the legacy of the Soviet Union, Russia was trying to balance between acknowledging repressions and glorifying Soviet history (particularly the victory over Nazism) while further downplaying Soviet responsibility. On the other hand, former Soviet republics and different ethnic groups were trying to bring justice to the victims and give them a voice. Since the early 2000s, these memory trajectories have diverged further, with Russia and Ukraine offering particularly illustrative examples.

In a 2017 [interview](#) with the American filmmaker Oliver Stone, Vladimir Putin stated that the "excessive demonization" of Stalin is "one means of attacking the Soviet Union and Russia." Putin acknowledged that the numerous victims of Stalinism "must be taken into account", but continued that "Stalin was an effective manager".

Surveys show that public attitudes toward Stalin were largely neutral between 2008 and 2014, but have become increasingly positive since 2015, regardless of the respondents' age. This shift reflects a broader state policy that, particularly since 2014, has adopted an anti-Western, neo-imperial ideological framework (Garner, Kuzio 2025: 25–26). In memorial practices, this trend is visible in the gradual reorientation of institutions.

***“Surveys show that public attitudes toward Stalin were largely neutral between 2008 and 2014, but have become increasingly positive since 2015, regardless of the respondents' age.”***

A notable example is the closure of the Gulag History Museum in 2024, with plans to replace it with a "Museum of the Genocide of the Soviet People", emphasising Nazi crimes. Previously debated issues, such as forced labour and the plurality of historical narratives, are increasingly reframed through the ideology of "defence of Russia", obscuring difficult aspects of the past. These trends have

intensified since the war against Ukraine begun in 2014 and especially after the full-scale invasion in 2022.

By contrast, in contemporary Ukraine one can observe a “festival of historical politics” (Kasianov 2022: 390) marked by high societal sensitivity towards the past and the often-conflicted nature of memorialisation decisions. After 2014, and particularly following 2022, Ukrainian society has increasingly equated the Soviet Union with contemporary Russia. Decolonisation processes aim to de-Russify historical narratives, framing Soviet repression as part of a broader Russian imperial policy. This perspective is actively promoted at the state level by the Ukrainian Institute of National Memory and was reinforced by the 2015 decommunisation laws and the opening of KGB archives. A notable example is the 2024/25 exhibition “Communism = Rashizm”, which integrates the histories of victims of Soviet repression with those of the ongoing Russian-Ukrainian war. “Rashizm” is a neologism which describes the political ideology and policies of the modern Russian state.

*“Under wartime conditions, interest in national history within the country grew significantly, with the aim of bringing more Ukrainian histories to the table.”*

Under wartime conditions, interest in national history within the country grew significantly, with the aim of bringing more Ukrainian histories to the table. A big role is played here by nongovernmental organisations and local actors. One notable example is the NGO After Silence, founded in L’viv in 2021 by young researchers interested in the harsh history of Ukraine in the twentieth century. The organisation is dealing with individual experiences, meeting with witness-

es and digitising family archives. Acting independently of the state, the NGO promotes the decolonisation of Ukrainian history from Russian narratives.

Thus, we see how an essentially identical process takes place both on the part of the state (represented by the Ukrainian








The head of the NGO After Silence, Andrii Usach (on the right), meets with witnesses © Archive After Silence




Institute of National Memory) and local initiatives. The history of forced labour and repressions here plays the role of an additional argument in favour of the fight against Russia, because an “equal” sign is placed between it and the Soviet Union.

Unlike Russia, where Putin has promoted a unified model of memory by reshaping and silencing historical narratives, Ukraine, since 2014, has experienced a “festival of historical politics” shaped by war. The history of repression in the Soviet Union, including forced labour and Stalinism, has undergone a significant transformation, evolving from processes of un-silencing to forms of historical instrumentalisation in modern narratives. It appears that constructing a single, unified narrative of remembrance for all former Soviet republics, particularly Russia and Ukraine, is neither feasible nor desirable. However, this affords us a multiplicity of narratives and will hopefully shape the field for the better in peacetime.

*“Unlike Russia, where Putin has promoted a unified model of memory by reshaping and silencing historical narratives, Ukraine, since 2014, has experienced a ‘festival of historical politics’ shaped by war.”*

## BIBLIOGRAPHY

-  Dobson, Miriam: Contesting the Paradigms of De-Stalinization: Readers’ Responses to One Day in the Life of Ivan Denisovich, in: *Slavic Review*, 64 (2005) 3, pp. 580–600.
-  Etkind, Alexander: *Russia against Modernity*, Cambridge 2023.
-  Garner, Ian/Kuzio, Taras (eds.): *Russia and Modern Fascism: New Perspectives on the Kremlin’s War against Ukraine*, Stuttgart 2025.
-  Grinchenko, Gelinada: The Ostarbeiter of Nazi Germany in Soviet and Post-Soviet Ukrainian Historical Memory, in: *Canadian Slavonic Papers*, 54 (September–December 2012), 3–4, pp. 401–426.
-  Kasianov, Georgiy: *Memory Crash: Politics of History in and around Ukraine, 1980s–2010s*, Budapest 2022.

-  Makhotina, Ekaterina: Vom “Heldenepos” zum “Opferort” und zurück: Gedächtnisorte des Weißmeerkanaals im heutigen Russland – eine Lokalstudie im Medvež’egorsker Rayon, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, 58 (2010) 1, pp. 70–99, URL: <http://www.jstor.org/stable/41052382> [accessed 15.04.2026].
-  Polyan, Pavel: Ne po svoey vole...: Istoriya i geografiya prinuditel'nykh migratsiy v SSSR [Against Their Will...: The History and Geography of Forced Migrations in the Soviet Union], Moscow 2001.
-  Staf, Vladislav: Local Initiatives: A Historical Analysis of the Creation of Memorial Museums of the Gulag in (Post-)Soviet Russia, in: Problems of Post-Communism, 70 (2023) 5, pp. 471–478. URL: <https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/10758216.2023.2166846> [accessed 15.04.2026].

## Author



**Daria Rezyk** is an affiliated researcher of the Leibniz Institute for the History and Culture of Eastern Europe, a doctoral student at the University of Leipzig, and a member of the public organisation After Silence (Ukraine). Research interests: Soviet deportations 1944–1953; forced labour in the Soviet Union and Nazi Germany; the politics of memory; oral history.

# Sowjetische Zwangsarbeit erinnern: Ursprünge und Wandel

**Daria Rezyk**

Übersetzung: Anna Labentz

Halyna Herasymtschuk war 18, als sie ins sogenannte Steplag („Steppenlager“) in Kasachstan deportiert wurde, eines der größten Lager für politische Häftlinge im Gulagsystem. Wie alle Insass:innen musste sie schwere Zwangsarbeit leisten. Sie sagte später, sie habe „Glück“ gehabt, weil man sie zum Holzfällen eingeteilt hatte. Das sei vergleichsweise „leichte“ Arbeit gewesen. Andere Frauen mussten im nahegelegenen Steinbruch arbeiten, wo sie Steine in Förderwagen schleppten – eine Schinderei, die viele „verkrüppelt und kaum am Leben“ zurückließ (Interview mit Herasymtschuk 2022).



Sondersiedlerinnen, die zum Holzfällen in die Region Tomsk gebracht wurden, 1950er Jahre © Privatarchiv von Wira Zwyk (Borowez), Archiv NGO After Silence

Das Steplag beruhte auf Häftlingsarbeit im Bergbau und der Bauindustrie. Die Bedingungen waren hart, der Lebensstandard unzureichend. Das führte zur Verbreitung von Krankheiten wie Tuberkulose und Silikose. Herasymtschuk blieb bis 1956 im Lager. Dann wurde sie infolge von Nikita Chruschtschows „Geheimrede“, in der er den Personenkult um Stalin

anprangerte, entlassen. Eines der fundamentalen Merkmale des sowjetischen Systems sprach Chruschtschow jedoch nicht an: die Zwangsarbeit. Oft mit dem Gulag assoziiert, umfasste sie ein breiteres Spektrum an Praktiken, darunter Arbeitslager, spezielle Siedlungen und Formen „gesellschaftlich nützlicher Arbeit“.

**»Eines der fundamentalen Merkmale des sowjetischen Systems sprach Chruschtschow jedoch nicht an: die Zwangsarbeit.«**

Gefängnisarbeit war tief in die sowjetische Gesellschaft eingebettet. So existierten nahe der meisten großen Städte Unterlager. Dieses Nebeneinander prägte zusammen mit den massenhaften Repressionen von den 1930er bis in die 1950er Jahre das kollektive Gedächtnis – man erinnerte sich an die Zwangsarbeit noch lange nach dem Zerfall der Sowjetunion.

In diesem Artikel gehe ich der Frage nach, wie und von wem die Erinnerung an die Zwangsarbeit in der Sowjetunion konstruiert wurde, wie sie in der Gedächtnislandschaft (nicht) repräsentiert ist und wie sich dieses Gedächtnis seit 1991 verändert hat. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei den Erinnerungsräumen in Russland und in der Ukraine.

## **ARBEIT IN DER SOWJETUNION: VON DER VERHERRLICHUNG ZUM ZWANG**

„Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ ist ein bekannter Aphorismus, den Lenin in der Sowjetunion aufgriff. Er fand Eingang in alle drei sowjetischen Verfassungen, die von 1918, von 1936 und die von 1977. Arbeit war damit als grundlegende Pflicht definiert. Für den „Aufbau des Kommunismus“ war Lenin zufolge die Arbeit essenziell. Gemeinsam mit anderen prominenten Parteikadern wie Trotzki und Bucharin entwickelte er ein Konzept der Zwangsarbeit, das sich zunächst gegen die ehemalige Bourgeoisie richtete. Das Gebiet des sogenannten Fernen Ostens (sprich: fern von Moskau) stellte eine größere Herausforderung dar, da es dort an der für die Industrialisierung notwendigen Infrastruktur mangelte. Anfangs ermutigte die Regierung die Bevölkerung zur freiwilligen Umsiedlung zwecks gesellschaftlich nützlicher Arbeit, doch erwies sich dieser Ansatz schnell als ineffektiv. Nur wenige Menschen waren gewillt, dort zu arbeiten (Polyan 2001: 61). In den späten 1920er Jahren schlug Nikolai Janson vor, die Zwangsarbeit aktiver zu nutzen, vor allem beim Holzfällen und bei der Urbarmachung der sog. *tselina* („Neuland“). Umgesetzt wurde diese Idee mit der Zwangsarbeit deportierter „Kulaken“ – wohlhabender Bauern. Sie wurden zu einer der wichtigsten Zielgruppen.

*»Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen‘ ist ein bekannter Aphorismus, den Lenin in der Sowjetunion aufgriff.«*

1930 wurde die „Hauptverwaltung der Besserungsarbeitslager und -kolonien“ (Gulag) gegründet, um das Lager- und Siedlungssystem zu überwachen. Ab 1933 wurden die Deportationen und Zwangsarbeit auf sogenannte „politisch unzuverlässige Elemente“ ausgeweitet, und nach dem Zweiten Weltkrieg auf Deportierte aus „unzuverlässigen“ Nationen – etwa Deutsche, Pol:innen, Jüdinnen und Juden, Ukrainer:innen, Krimtatar:innen, Litauer:innen, Lett:innen und andere.



Ein Haus der „Sondersiedler:innen“ in der Siedlung Chor in der Region Chabarowsk, 1950er Jahre  
© Privatarchiv von Natalia Bojko (Pochodzaj),  
Archiv After Silence

Zwischen 1920 und 1952 wurden in der Sowjetunion insgesamt ungefähr sechs Millionen Menschen Opfer interner Deportationen. Diese Zahl umfasst sowohl Gulag-Häftlinge als auch sogenannte Sondersiedler:innen. Die Gulag-Häftlinge hielt man in Lagern und Gefängnissen gefangen, sie unterlagen einem härteren Haftsystem. Die „Sondersiedler:innen“

zwang man, in entlegene Siedlungen umzuziehen, wo der NKWD sie überwachte. Der NKWD war das Volkskommissariat für innere Angelegenheiten, also Geheimpolizei, Nachrichtendienst und Strafverfolgungsbehörde. Die Zwangsumgesiedelten lebten unter vergleichsweise „einfacheren“ Bedingungen. Sie wohnten oft mit ihren gesamten Familien in Baracken, während die Gulag-Häftlinge völlig isoliert lebten. Grundsätzlich mussten sowohl Gulag-Häftlinge als auch Zwangsumgesiedelte Zwangsarbeit leisten. Es traf jedoch nicht alle – ausgenommen waren etwa ältere Menschen, Kinder und Kranke. Die umfangreiche Deportationspraxis ermöglichte die Zwangsarbeit. Infolgedessen – selbst wenn repressive Politiken und Zwangsarbeit separate historische Phänomene sind – existieren sie in der Erinnerung an den Stalinismus oft nebeneinander.

## DIE KONSTRUKTION VON GEDÄCHTNIS

Ein weit verbreitetes Missverständnis bezüglich des kollektiven Gedächtnisses in der Sowjetunion geht davon aus, dass Erinnerungspraktiken als solche nicht existierten, sondern „verboten“ waren (Grinchenko 2012: 424).

Nach 1953, als die offizielle Repressionspolitik und Zwangsarbeit zurückgingen, entwickelte sich jedoch die Erinnerung an die gelebte Erfahrung in unterschiedlichen Kontexten.

In den 1950er und 1960er Jahren wurden ehemalige Häftlinge zu zentralen Akteuren des Gedenkens, zugleich waren sie bürokratischen Barrieren, Diskriminierung und sozialer Stigmatisierung ausgesetzt. Um ihr Leben wieder aufzubauen, versuchten viele, ihre Vergangenheit vor ihren Familien und ihrem sozialen Umfeld zu verbergen, zugleich wurden sie unablässig vom KGB kontrolliert. Chruschtschows „Geheimrede“ von 1956 schuf einen begrenzten Möglichkeitsraum, die Repressionen öffentlich zu diskutieren. 1962 veröffentlichte Aleksander Solschenizyn „Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch“ und stieß damit eine Debatte über die Frage an, ob Häftlinge wirklich „Volksfeinde“ gewesen seien und ob Zwangsarbeit sie hätte reformieren können (Dobson 2005). Solche Diskussionen standen jedoch unter strenger Kontrolle; so wurde auch der Text zensiert und später aus den Bibliotheken entfernt. 1973–1975 erschien Solschenizyns „Archipel Gulag“ ausschließlich im Ausland. Obwohl die öffentliche Debatte zwischen 1960 und 1985 begrenzt blieb, legte sie den Grundstein für eine breitere Auseinandersetzung mit dem Thema während Perestrojka und Glasnost. Ein Meilenstein war in diesem Zusammenhang die Gründung der Nichtregierungsorganisation Memorial im Jahr 1987, die später in die ehemaligen Sowjetrepubliken expandierte. Erste Versuche einer Erinnerungskultur von unten gab es bereits in den späten 1980er Jahren, als lokale Expert:innen und Historiker:innen Museen initiierten – ohne Regierungsbeteiligung (Staf 2023). Frühere sowjetische Ausstellungen verherrlichten Projekte wie etwa den

*»Ein weit verbreitetes Missverständnis bezüglich des kollektiven Gedächtnisses in der Sowjetunion geht davon aus, dass Erinnerungspraktiken als solche nicht existierten, sondern ‚verboten‘ waren.«*

*»Ein Meilenstein war in diesem Zusammenhang die Gründung der Nichtregierungsorganisation Memorial im Jahr 1987, die später in die ehemaligen Sowjetrepubliken expandierte.«*

Weißmeer-Ostsee-Kanal, ohne die Zwangsarbeit und die hohe Zahl der Opfer, die sein Bau gefordert hatte, zu erwähnen (Makhotina 2010: 94).

Diese frühen Versuche zeigen, dass es in der Sowjetunion sehr wohl eine Erinnerungskultur gab – deren Themen erwiesen sich schließlich als essenziell für breitere Debatten zum kollektiven Gedächtnis in den unabhängigen postsowjetischen Republiken. Was die ehemaligen Opfer von Zwangsarbeit betrifft, so wurden ihre verschwiegenen Erfahrungen zu einem notwendigen Bestandteil der nach 1991 einsetzenden Transformation der Erinnerung.

### **NIMMT DIE ERINNERUNG UNTERSCHIEDLICHE WEGE?**

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der schrittweisen Neubewertung des Stalinismus stellten sich manche vor, dass die postsowjetische Gesellschaft allmählich eine breit rezipierte Erinnerungskultur und einen öffentlichen Diskurs über die Repressionen etablieren würde. Dieser Prozess wurde durch eine sukzessive Öffnung der Archive vorangetrieben, was die Verbreitung von Wissen zum Gulagsystem und dessen Praktiken ermöglichte.

Eine der ersten Publikationen auf Basis der nun zugänglichen NKWD-Archive war ein 1992 erschienener Artikel von Oleg Chlewniuk, der darlegte, dass die Zwangsarbeit im Gulag trotz ihres systematischen Einsatzes zugunsten der sowjetischen Wirtschaft ineffizient und oft auch unrentabel blieb. Die Interpretationen des Lagersystems waren von Zeugenberichten ehemaliger Opfer und der Arbeit von Memorial geprägt, das Rechtshilfe anbot, Zeitzeugnisse veröffentlichte und Gedenkstätten errichtete. Sandarmoch, eine 1997 in Russland auf Initiative von Memorial errichtete Gedenkstätte, wurde aufgrund der Politisierung des Gulag und der stalinistischen Repressionen zu einem Ort der „Erinnerungskonflikte“. Zugleich vermieden die russischen Autoritäten, Verantwortung für die Hinrichtungen zu übernehmen. Indem Russland das Erbe der Sowjetunion antrat, versuchte es, eine Balance zwischen der Anerkennung der Repressionen und der

*»Die Interpretationen des Lagersystems waren von Zeugenberichten ehemaliger Opfer und der Arbeit von Memorial geprägt, das Rechtshilfe anbot, Zeitzeugnisse veröffentlichte und Gedenkstätten errichtete.«*

Verherrlichung der sowjetischen Geschichte zu finden – insbesondere des Sieges über den Nationalsozialismus –, wobei es die sowjetische Verantwortung noch weiter herunterspielte. Ehemalige Sowjetrepubliken und verschiedene ethnische Gruppen mühten sich derweil ab, den Opfern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und ihnen eine Stimme zu geben. Seit den frühen 2000er Jahren divergierten diese Entwicklungslinien des Gedenkens immer mehr. Dabei stellen Russland und die Ukraine besonders illustrative Beispiele dar.

In einem Interview mit dem US-amerikanischen Filmmacher Oliver Stone von 2017 behauptete Wladimir Putin, dass die „exzessive Dämonisierung“ Stalins „ein Mittel sei, die Sowjetunion und Russland anzugreifen“. Zwar erkannte Putin an, dass die zahlreichen Opfer des Stalinismus „in Betracht gezogen werden müssten“, fügte aber hinzu, dass „Stalin ein effektiver Manager“ gewesen sei.

Umfragen zeigen, dass die Meinungen zu Stalin zwischen 2008 und 2014 größtenteils neutral waren, sich seit 2015 aber deutlich zum Positiven gewandelt haben – und das unabhängig vom Alter der Befragten. Dieser Wandel geht zurück auf eine breit angelegte Staatspolitik, die vor allem nach 2014 eine antiwestliche, neoimperiale Logik annahm (Garner/Kuzio 2025: 25–26). Dieser Trend wird in der schrittweisen Umorientierung von Institutionen und deren Gedenkpraktiken sichtbar. Ein bemerkenswertes Beispiel ist die Schließung des Staatlichen Museums der Geschichte des Gulag im Jahr 2024, das durch ein Museum des Genozids am sowjetischen Volk ersetzt werden soll, mit einem Fokus auf die Verbrechen der Nationalsozialisten. Bislang diskutierte Themen wie Zwangsarbeit und die Pluralität historischer Narrative werden durch die Ideologie der „Verteidigung Russlands“ zunehmend neu ausgerichtet beziehungsweise verdeckt. Diese Trends haben sich seit dem 2014 begonnenen Krieg gegen die Ukraine, insbesondere nach der vollumfänglichen Invasion Russlands in die Ukraine 2022 verstärkt.

**»Umfragen zeigen, dass die Meinungen zu Stalin zwischen 2008 und 2014 größtenteils neutral waren, sich seit 2015 aber deutlich zum Positiven gewandelt haben – und das unabhängig vom Alter der Befragten.«**

Dagegen lässt sich in der heutigen Ukraine ein „Fest der Geschichtspolitik“ (Kasianov 2022: 390) beobachten, geprägt durch hohe Sensibilität für die Vergangenheit und

oft widersprüchliche Entscheidungen bezüglich des Gedenkens. Nach 2014 und insbesondere seit 2022 setzt die ukrainische Gesellschaft die Sowjetunion zunehmend mit dem heutigen Russland gleich. Dekolonialisierungsprozesse zielen darauf ab, historische Narrative zu „entrussifizieren“, indem sie die sowjetische Repression als Teil einer allgemeineren imperialen russischen Politik darstellen. Auf Staatsebene wird diese Perspektive vom Ukrainischen Institut für Nationales Gedenken aktiv vorangetrieben und durch die Entkommunisierungsgesetze sowie die Öffnung der KGB-Archive verstärkt. Ein bemerkenswertes Beispiel ist die Ausstellung „Communism = Rashizm“ (dt.: „Kommunismus = Raschismus“) von 2024/25, in der die Geschichten der Opfer sowjetischer Repression mit denen des andauernden Krieges Russlands gegen die Ukraine verknüpft werden. „Raschismus“ ist ein Neologismus (zusammengesetzt aus „Russia“ und „Faschismus“), der die Ideologie und die politischen Maßnahmen des modernen russischen Staates beschreibt.

**» Unter Kriegsbedingungen nahm das Interesse an der nationalen Geschichte in der Ukraine erheblich zu – mit dem Ziel, ukrainische Geschichte in den Fokus zu rücken.«**

Unter Kriegsbedingungen nahm das Interesse an der nationalen Geschichte in der Ukraine erheblich zu – mit dem Ziel, ukrainische Geschichte in den Fokus zu rücken.

In diesem Kontext spielen Nichtregierungsorganisationen und lokale Akteure eine große Rolle. Ein bemerkenswertes Beispiel ist die NGO After Silence, gegründet 2021 in Lwiw von jungen Forscher:innen, die sich mit der brutalen Geschichte der Ukraine im 20. Jahrhundert beschäftigen. Die Organisation setzt sich mit individuellen Erfahrungen

auseinander, indem sie Zeug:innen trifft und Familienarchive digitalisiert. Als vom Staat unabhängiger Akteur treibt die NGO die Dekolonialisierung ukrainischer Geschichte von russischen Narrativen voran.

Damit wird deutlich, dass ein im Kern gleichartiger Prozess seitens des Staates (vertreten durch




Der Leiter der NGO After Silence, Andrii Usatsch (re.), mit Zeitzeuginnen, 9.07.2022 © Archiv After Silence


das Ukrainische Institut für Nationales Gedenken) und seitens lokaler Initiativen stattfindet. Die Geschichte der Zwangsarbeit und der Repressionen fungiert hier als zusätzliches Argument im Kampf gegen Russland, das mit der Sowjetunion gleichgesetzt wird. Während Putin in Russland ein einheitliches Gedächtnismodell etablierte, indem er historische Narrative umgestaltete oder mundtot machte, ist die Ukraine seit 2014 Schauplatz einer vom Krieg geprägten Vervielfältigung der Geschichtspolitik. Die Geschichte der Repression in der Sowjetunion, einschließlich der Zwangsarbeit und des Stalinismus, hat sich erheblich verändert: von der Validierung individueller Erfahrungen hin zur Instrumentalisierung der Vergangenheit in aktuellen politischen Narrativen. Es scheint, als sei die Konstruktion eines einzelnen, einheitlichen Gedenknarrativs für alle ehemaligen sowjetischen Republiken – insbesondere Russland und die Ukraine – weder machbar noch wünschenswert. Dies stattet uns wiederum mit einer Vielfalt an Narrativen aus und wird die Erinnerungskultur in Friedenszeiten hoffentlich zum Besseren prägen.

**»Während Putin in Russland ein einheitliches Gedächtnismodell etablierte, indem er historische Narrative umgestaltete oder mundtot machte, ist die Ukraine seit 2014 Schauplatz einer vom Krieg geprägten Vervielfältigung der Geschichtspolitik.«**


## LITERATUR

-  Dobson, Miriam: Contesting the Paradigms of De-Stalinization. Readers' Responses to One Day in the Life of Ivan Denisovich, in: Slavic Review, 64 (2005), H. 3, S. 580–600.
-  Etkind, Alexander: Russia against Modernity, Cambridge 2023.
-  Garner, Ian/Kuzio, Taras (Hrsg.): Russia and Modern Fascism. New Perspectives on the Kremlin's War against Ukraine, Stuttgart 2025.
-  Grinchenko, Gelinada: The Ostarbeiter of Nazi Germany in Soviet and Post-Soviet Ukrainian Historical Memory, in: Canadian Slavonic Papers, 54 (2012), H. 3–4, S. 401–426.

 Kasianov, Georgiy: Memory Crash. Politics of History in and around Ukraine, 1980s–2010s, Budapest 2022.

 Makhotina, Ekaterina: Vom „Heldenepos“ zum „Opferort“ und zurück. Gedächtnisorte des Weißmeerkanaals im heutigen Russland – eine Lokalstudie im Medvež’egorsker Rayon, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, 58 (2010), H. 1, S. 70–99, URL: <http://www.jstor.org/stable/41052382> [eingesehen am 15.4.2026].

 Polyan, Pavel: Against Their Will: The History and Geography of Forced Migrations in the USSR, Budapest 2004.

 Staf, Vladislav: Local Initiatives. A Historical Analysis of the Creation of Memorial Museums of the Gulag in (Post)Soviet Russia, in: Problems of Post-Communism, 70 (2023), H. 5, S. 471–478. URL: <https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/10758216.2023.2166846> [eingesehen am 15.04.2026].

## Autorin



**Daria Rezyk** ist assoziierte Wissenschaftlerin am Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa, Doktorandin an der Universität Leipzig sowie Mitglied der ukrainischen NGO After Silence. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören die sowjetischen Deportationen von 1944 bis 1953, Zwangsarbeit in der Sowjetunion und NS-Deutschland, Erinnerungspolitik und Oral History.

# „Ausländerkinder-Pflegestätten“. Säuglingsheime als Sterbeorte im Nationalsozialismus

**Marcel Brüntrup**

In den letzten Jahren des Nationalsozialismus entstanden im Deutschen Reich hunderte spezielle Heime für die Kinder osteuropäischer Zwangsarbeiterinnen. Die Behörden bezeichneten diese Einrichtungen im NS-Jargon meist als „Ausländerkinder-Pflegestätten“, daneben kursierten Namen wie „fremdvölkische Kinderheime“ oder „Polenkinderverwahranstalten“. Für zehntausende Säuglinge und Kleinkinder wurden diese Orte durch Hunger, Krankheit und systematische Vernachlässigung jedoch zu Sterbestätten. Dies war das gewollte Ergebnis einer menschenfeindlichen Politik, die sowohl auf die restlose Ausbeutung der ausländischen Arbeiterinnen für die deutsche Kriegswirtschaft als auch auf die Umformung der deutschen Gesellschaft nach rassistischen Vorstellungen abzielte.

**»Für zehntausende Säuglinge und Kleinkinder wurden diese Orte durch Hunger, Krankheit und systematische Vernachlässigung zu Sterbestätten.«**

## **SCHWANGER IM ARBEITSEINSATZ**

Auf dem Höhepunkt des „Ausländereinsatzes“ im August 1944 arbeiteten fast sechs Millionen zivile Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in der deutschen Kriegswirtschaft (Herbert 1999: 315f.). Die meisten stammten aus Polen und der Sowjetunion und standen in der NS-Rassenhierarchie weit unten, was sich in besonders harten Arbeits- und Lebensbedingungen niederschlug. Über ein Drittel der Arbeitskräfte waren Frauen, darunter viele junge, oft noch minderjährige, von denen eine zunehmende Zahl im Laufe ihres Einsatzes schwanger wurde. Das NS-Regime sah das als Problem: Zum einen störten schwangerschaftsbedingte Ausfälle die kriegswirtschaftliche Produktion. Vor allem aber waren Geburten von Kindern, die als slawisch und damit als minderwertig galten, im Reichsgebiet

inakzeptabel. Obwohl die tatsächliche Zahl der Geburten weit hinter den alarmistischen Warnungen der Rassenideologen zurückblieb, befeuerten sie die Angst vor einer vermeintlich drohenden „Unterwanderung“ des deutschen Volkes.

*»Obwohl die tatsächliche Zahl der Geburten weit hinter den alarmistischen Warnungen der Rassenideologen zurückblieb, befeuerten sie die Angst vor einer vermeintlich drohenden ‚Unterwanderung‘ des deutschen Volkes.«*

Neben der strikten Reglementierung sexueller Kontakte zwischen Deutschen und Ausländerinnen sollten „unerwünschte“ Schwangerschaften durch Untersuchungen vor der Deportation, Heiratsverbote und die Ausgabe von Verhütungsmitteln in den Lagern verhindert werden. Arbeiterinnen, die dennoch schwanger wurden, schickten die Arbeitsämter bis Ende 1942 vor der Entbindung in ihre Heimat zurück. Schwangerschaften waren in dieser Zeit für bis zu zwei Drittel aller Rückführungen verantwortlich. Arbeitsverwaltung und Rassenideologen misstrauten den Frauen gleichermaßen: Die einen befürchteten, Arbeiterinnen würden absichtlich schwanger werden, um sich dem Arbeitseinsatz zu entziehen; die anderen sprachen von einem „Geburtenkampf“ gegen das deutsche Volk.

## **WENDEPUNKT 1942/43**

Den entscheidenden Wandel brachte der massenhafte Einsatz sowjetischer Arbeitskräfte – davon mehr als die Hälfte Frauen – in der kriegswichtigen Rüstungsindustrie. Durch die Rückführung schwangerer Arbeiterinnen gingen über Monate angelernte Fachkräfte verloren, die sich aufgrund des enormen Arbeitskräftebedarfs kaum ersetzen ließen. Der „Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz“ Fritz Sauckel setzte den Rücktransport schwangerer Ausländerinnen daher zur Jahreswende 1942/43 aus. Die betroffenen Frauen mussten von nun an bis kurz vor der Geburt weiterarbeiten. Sie entbanden in gesonderten Einrichtungen und kehrten kurz danach an ihre Arbeitsplätze zurück. Ihre Neugeborenen kamen nach wenigen Tagen in improvisierte Säuglingsheime, für die Heinrich Himmler die bewusst verharmlosende Bezeichnung „Ausländerkinder-Pflegestätte“ vorschlug. Dieser Kompromiss zwischen Kriegswirtschaft und Rassenideologie zielte darauf ab, die

Arbeitskraft der Frauen zu erhalten und gleichzeitig sicherzustellen, dass ihre Kinder strikt von Deutschen getrennt und mit dem absoluten Minimum versorgt wurden.

### **„AUSLÄNDERKINDER-PFLEGESTÄTTEN“**

Für die Einrichtung dieser Heime waren vor allem die Betriebe selbst verantwortlich. Da es aber weder einheitliche Richtlinien noch ausreichende Mittel gab, ließen die Arbeitgeber zugige Baracken, verfallene Gebäude oder ungenutzte Ställe notdürftig herrichten und mit dem Nötigsten ausstatten. Als Pflegerinnen setzten sie polnische oder sowjetische Zwangsarbeiterinnen ein, die selten über geeignete Qualifikationen verfügten. Da gestillte Säuglinge nach Ansicht Sauckels weniger Pflege und Ressourcen beanspruchten, verpflichtete er die Betriebe, den Müttern Stillpausen zu gewähren. In der Praxis konnten oder durften viele Mütter ihre Kinder jedoch nicht regelmäßig besuchen und mussten frühzeitig abstillen. In Kombination mit unzureichenden Nahrungsmittelzuteilungen führte dies vielerorts zu katastrophalen Zuständen.

Im „Fremdvölkischen Kinderheim“ in Spital am Pyhrn, das die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) im März 1943 im Reichsgau Oberdonau eingerichtet hatte, waren bei einer Inspektion wenige Monate später sämtliche Säuglinge massiv unterernährt (Hauch 2001: 1292–1303). Die Kinder erhielten täglich lediglich einen halben Liter Vollmilch und eineinhalb Stück Zucker. Der Oberbefehlshaber der NSV, Erich Hilgenfeldt, berichtete Himmler 1943, die Verantwortlichen vor Ort seien sich offenbar nicht einig, ob die Kinder sterben oder aufgezogen werden sollten. Hilgenfeldts Vorschlag zeugt von eiskaltem Pragmatismus: „Entweder man will nicht, dass die Kinder am Leben bleiben – dann soll man sie nicht langsam verhungern lassen [...]; es gibt dann Formen, dies ohne Quälerei und schmerzlos zu machen. Oder aber man beabsichtigt, die Kinder aufzuziehen, um sie später als Arbeitskräfte verwenden zu können“ (BArch, NS 19/3596). Mit Blick auf den Arbeitskräftemangel ließ Himmler zwar schließlich die offiziellen Ernährungssätze erhöhen, doch tatsächlich verbesserte sich die Lage in den „Pflegestätten“ kaum.

Wie in den meisten dieser Einrichtungen führten auch im „Ausländerkinderpflegeheim“ des Volkswagenwerks unzureichende Ernährung, Hygiene und Pflege seit der Eröffnung im Frühjahr 1943 immer wieder zu Krankheiten und Todesfällen (Brüntrup 2019; Siegfried 1988: 235–255). Als die Arbeiterinnen sich schließlich weigerten, ihre Kinder abzugeben, verlegte die Werksleitung das Heim kurzerhand in das zwölf Kilometer entfernte Dorf Rühren. Das Problem war damit ausgelagert, doch das Sterben ging weiter. Obwohl dort ab Sommer 1944 eine hochansteckende Durchfallerkrankung grassierte, ließ die Werksleitung Neugeborene weiterhin routinemäßig nach Rühren bringen, wo sie oft innerhalb weniger Tage erkrankten und starben. Bis April 1945 verloren mindestens 327 Kinder auf diese Weise ihr Leben. Die Eltern erfuhren teilweise erst durch die Zahlungsaufforderung für die Beerdigungskosten vom Tod ihres Kindes. Versuche von Müttern, ihre Kinder zu schützen und heimlich aus dem Heim zu befreien, waren mit erheblichem Risiko verbunden und geschahen nur vereinzelt.

## **ZWANGSABTREIBUNG UND „RASSISCHE AUSLESE“**

Parallel zur Einrichtung dieser „Pflegestätten“ versuchte das Regime, Geburten „rassisch unerwünschter“ Kinder von vornherein zu verhindern. Ab Frühjahr 1943 genehmigte Reichsgesundheitsführer Leonardo Conti Abtreibungen zunächst für „Ostarbeiterinnen“, also Frauen aus den besetzten sowjetischen Gebieten, im Juni dann auch für Polinnen. Formal brauchte es zwar die Zustimmung der Frauen, von Freiwilligkeit kann angesichts des massiven Drucks durch Arbeitgeber\*innen, Ärzte und Gestapo jedoch keine Rede sein.

*»Parallel zur Einrichtung dieser ‚Pflegestätten‘ versuchte das Regime, Geburten ‚rassisch unerwünschter‘ Kinder von vornherein zu verhindern.«*

Doch nicht alle ausländischen Kinder galten als unerwünscht. Wie Himmler im Juli 1943 festlegte, sollten Kinder, die „Träger zum Teil deutschen und stammesgleichen Blutes“ seien, nicht den „Pflegestätten“ zugewiesen, sondern „dem Deutschtum erhalten“ werden (BArch, NS 47/61). War der Vater „deutschen oder germanischen Volkstums“ oder machte die Mutter einen „rassisch guten“ Eindruck, führte ein SS-Eignungsprüfer eine sogenannte Rassenuntersuchung durch. Als „gutrassig“ eingestufte Kinder kamen in

NSV-Heime oder deutsche Pflegefamilien und wurden als Deutsche erzogen, nötigenfalls auch gegen den Willen der Eltern. Hatte der Prüfer an dem Kind „kein Interesse“ – so die häufig verwendete Formel für ein negatives Urteil –, erhob er keinen Einwand gegen eine Abtreibung.

Die Eingriffe fanden meist dort statt, wo auch entbunden wurde: in Lagerrevieren oder eigens eingerichteten Entbindungsheimen, durchgeführt von zwangsverpflichteten ausländischen Ärzten. Die regionalen Ärztekammern erlaubten Eingriffe in der Regel bis zur 20. Schwangerschaftswoche, doch wurde diese Grenze, insbesondere in den Durchgangs- und Krankensammellagern, nicht selten weit überschritten (Sämann 2018: 143, 202).

Das größte bekannte Entbindungs- und Abtreibungslager befand sich in Waltrop-Holthausen in Westfalen, betrieben vom Arbeitsamt Recklinghausen in Kooperation mit örtlichen Gemüsebauern. Arbeitgeber aus der gesamten Region schickten ihre schwangeren Arbeiterinnen zur Entbindung oder zur Abtreibung nach Waltrop. Bis Kriegsende registrierten die Behörden fast 1.300 Geburten, die Zahl der Abtreibungen schätzt die Historikerin Gisela Schwarze auf bis zu 700. Laut Friedhofsakten verloren zudem fast 300 Neugeborene in diesem Lager ihr Leben (Schwarze 1997: 147).

## **BEFREIUNG UND JURISTISCHE AUFARBEITUNG**

Nach dem Krieg konnte der Großteil der überlebenden Kinder mit ihren Eltern wiedervereint werden. Die Alliierten leiteten in mehreren Fällen Ermittlungen zu einzelnen „Pflegestätten“ ein, die jedoch häufig ergebnislos blieben, auch weil der systematische Charakter des Tötens durch Vernachlässigung und Hunger erst spät erkannt wurde. Im achten und zehnten Nürnberger Nachfolgeprozess galt die Misshandlung schwangerer Zwangsarbeiterinnen und ihrer Kinder als eigenständiger Anklagepunkt. Auch drei britische Kriegsverbrecherprozesse befassten sich mit den Heimen in Rühren, Velpke und Lefitz in Niedersachsen. Dabei lag der Schwerpunkt jedoch auf individueller Schuld, während die Verantwortung von Vorgesetzten,

*»Die Alliierten leiteten in mehreren Fällen Ermittlungen zu einzelnen ‚Pflegestätten‘ ein, die jedoch häufig ergebnislos blieben, auch weil der systematische Charakter des Tötens durch Vernachlässigung und Hunger erst spät erkannt wurde.«*

Behörden und der zugrunde liegenden Ideologie weitgehend ausgeblendet blieb. Die Angeklagten erhielten meist milde Haftstrafen oder wurden freigesprochen. Nur in Einzelfällen kam es zu Todesurteilen, etwa gegen den leitenden Betriebsarzt des VW-Kinderheims, Hans Körbel, sowie den NSDAP-Kreisleiter in Helmstedt, Heinrich Gerike – zwei der wenigen höherrangigen Verantwortlichen, die juristisch zur Rechenschaft gezogen wurden.

Wie begrenzt die juristische Aufarbeitung war, zeigt ein Blick auf das Ausmaß des Verbrechens, soweit es die lückenhafte Quellenlage überhaupt erlaubt. Die Sterberaten in den bekannten „Ausländerkinder-Pflegestätten“ reichten von etwa 20 bis zu über 90 Prozent. Reichsweit starben schätzungsweise mindestens 50.000 Kinder in solchen Einrichtungen, vermutlich waren es deutlich mehr. Die Quellenlage zu den Zwangsabtreibungen ist noch unsicherer; die Zahl der Eingriffe dürfte bei 40.000 bis 60.000 liegen. Auch die Gesamtzahl der Einrichtungen lässt sich kaum bestimmen. Nahezu jedes größere Zwangsarbeiterlager verfügte über eigene Kinderbaracken, hinzu kamen unzählige improvisierte Einrichtungen im ländlichen Raum. Die Behandlung schwangerer Zwangsarbeiterinnen und ihrer Kinder war damit – wie die Zwangsarbeit insgesamt – ein gesamtgesellschaftliches Massenphänomen.

**»Die Behandlung schwangerer Zwangsarbeiterinnen und ihrer Kinder war – wie die Zwangsarbeit insgesamt – ein gesamtgesellschaftliches Massenphänomen.«**

## **FORSCHUNG UND ERINNERUNG**

Trotz intensiver Forschung zur NS-Zwangsarbeit seit den 1980er und 1990er Jahren blieb das Thema lange eher randständig. Den Anfang machte Bernhild Vögels Studie zum Braunschweiger Entbindungsheim (1989). In den 1990er Jahren folgten Regionalstudien von Raimond Reiter (1993) und Gisela Schwarze (1997) sowie eine Vielzahl weiterer lokaler und regionaler Untersuchungen. Erst 2024 erschien eine umfassende Gesamtdarstellung (Brüntrup 2024).

Dass dieses Verbrechen so lange im Dunkeln blieb, hat mehrere Gründe. Kurz vor Kriegsende vernichteten deutsche Behörden zahlreiche Dokumente, der Rest ist über Archive im gesamten ehemaligen Reich verstreut. Die

betroffenen Frauen kehrten in Länder zurück, in denen ihre Geschichte kaum Gehör fand: Schwangerschaft während der Zwangsarbeit war in Polen und der Sowjetunion tabuisiert und ging nicht selten mit dem Verdacht der Kollaboration einher. Viele schwiegen deshalb ihr Leben lang. Auf der Täterseite war die Verantwortung breit gestreut – über Betriebe, Arbeitsverwaltung, kommunale Behörden, NSDAP-Strukturen, Gesundheitswesen, Wohlfahrtsorganisationen und Polizei hinweg –, sodass eine eindeutige Zurechnung schwierig blieb. Die „Ausländerkinder-Pflegestätten“ hinterließen selten klar abgegrenzte Erinnerungsorte: Sie waren allgegenwärtig und zugleich kaum als zusammenhängendes System erkennbar. Wo Erinnerung vorhanden ist, etwa auf den Friedhöfen in Rügen und Velpke oder am ehemaligen Kinderheim in Spital am Pyhrn, bleibt sie lokal begrenzt. Eine übergreifende öffentliche Erinnerung an dieses Geschehen hat sich bis heute kaum herausgebildet.

## QUELLEN



Schreiben des Oberbefehlsleiters Hilgenfeldt an den Reichsführer SS Heinrich Himmler betr. „Versorgung der Kinder von ausländischen Arbeitskräften“, 11. August 1943, BArch, NS 19/3596.



Erlass des Reichsführers SS Heinrich Himmler betr. „Behandlung schwangerer ausländischer Arbeiterinnen und der im Reich von ausländischen Arbeiterinnen geborenen Kinder“, i.V. Kaltenbrunner, 27. Juli 1943, BArch, NS 47/61.


## LITERATUR





Brüntrup, Marcel: Verbrechen und Erinnerung. Das „Ausländerkinderpflegeheim“ des Volkswagenwerks, Göttingen 2019.





Brüntrup, Marcel: Zwischen Arbeitseinsatz und Rassenpolitik. Die Kinder osteuropäischer Zwangsarbeiterinnen und die Praxis der Zwangsabtreibungen im Nationalsozialismus, Göttingen 2024.

 Hauch, Gabriella: Ostarbeiterinnen. Vergessene Frauen und ihre Kinder, in: Mayrhofer, Fritz/Schuster, Walter (Hrsg.): Nationalsozialismus in Linz, Linz 2001, S. 1271–1310.


 Herbert, Ulrich: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Bonn 1999.

 Reiter, Raimond: Tötungsstätten für ausländische Kinder im Zweiten Weltkrieg. Zum Spannungsverhältnis von kriegswirtschaftlichem Arbeitseinsatz und nationalsozialistischer Rassenpolitik in Niedersachsen, Hannover 1993.

 Sämann, Christine: Das Durchgangslager in Bietigheim. Zwangsarbeit im Nationalsozialismus – Bedeutung und Funktionen des Durchgangslagers für „ausländische Arbeitskräfte“ in Bietigheim mit seinen Krankensammellagern in Pleidelsheim und Großsachsenheim, Bietigheim-Bissingen 2018.

 Schwarze, Gisela: Kinder, die nicht zählten. Ostarbeiterinnen und ihre Kinder im Zweiten Weltkrieg, Essen 1997.

 Siegfried, Klaus-Jörg: Das Leben der Zwangsarbeiter im Volkswagenwerk 1939–1945, Frankfurt/Main 1988.

 Vögel, Bernhild: „Entbindungsheim für Ostarbeiterinnen“. Braunschweig, Broitzemer Straße 200, Hamburg 1989.

## Autor



**Dr. Marcel Brüntrup** lebt und arbeitet in Münster. Er forscht zu NS-Zwangsarbeit und Geschlechtergeschichte. In seiner 2024 veröffentlichten Dissertation untersucht er die Entstehung der nationalsozialistischen „Ausländerkinder-Pflegestätten“ sowie die damit verbundenen bevölkerungs- und rassenpolitischen Maßnahmen.

# „...noch viel Aufarbeitung nötig“. NS-Zwangsarbeit in der Industriestadt Krefeld – im Gespräch mit Fabian Schmitz und Christoph Becker

## Gesprächspartner



**Fabian Schmitz** ist Historiker und Archivar der NS-Dokumentationsstelle Krefeld in der Villa Merländer.

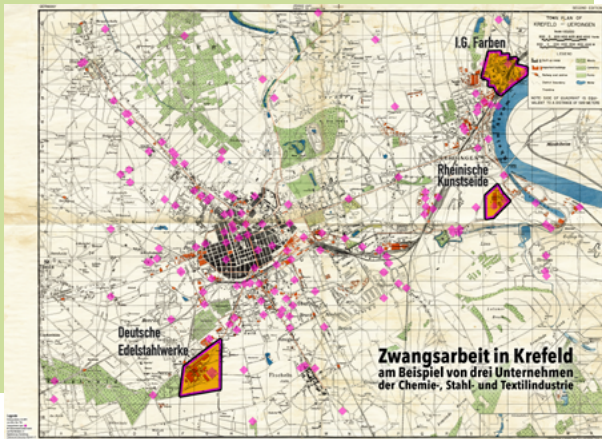
**Christoph Becker** ist Leiter des Industriedenkmals „Historisches Klärwerk“ Krefeld Uerdingen und im Vorstand des Rheinischen Industriekultur e.V. Köln.

**LaG:** Krefeld war während des Nationalsozialismus ein wichtiger Industriestandort. Wie stellt sich NS-Zwangsarbeit in Krefeld dar?

**Christoph Becker:** Krefeld war und ist eine Industriestadt. Industriekomplexe wie die Textilproduktion oder die Chemieindustrie spielten während des NS eine große Rolle. Aus dieser Zeit sind in Krefeld Industriedenkmäler oder ungenutzte Gebäude erhalten geblieben. Dazwischen gab es viele kleine Betriebe und natürlich Landwirtschaft. Die NS-Dokumentationsstelle in Krefeld hat eine Karte zu den Orten der Stadt herausgegeben, an denen Zwangsarbeit stattfand. Das verteilte sich im Grunde genommen über die ganze Stadt. In unserer Sonderausstellung im Jahr 2024 zur Industriegeschichte und Zwangsarbeit, an deren Erarbeitung ich als Industriedenkmalspezialist beteiligt war, fokussieren wir die Betriebe, die Zwangsarbeiter\*innen in großem Umfang eingesetzt haben. Dort arbeiteten aber auch viele Krefelder\*innen, die Betriebe waren dominant im je-

**»Industriekomplexe wie die Textilproduktion oder die Chemieindustrie spielten während des NS eine große Rolle.«**

weiligen Stadtteil und die Produktion wurde im Krieg mit Zwangsarbeit aufrechterhalten.



Karte zu NS-Zwangsarbeit in Krefeld am Beispiel von drei Unternehmen der Chemie-, Stahl- und Textilindustrie. Die Rauten bezeichnen die Standorte von Zwangsarbeiterlagern © Archiv des Vereins zum Erhalt des historischen Klärwerks Krefeld in Uerdingen am Rhein e. V.

**Fabian Schmitz:** Im damaligen Landkreis Kempen-Krefeld gab es viel Landwirtschaft, das hat den Zwangsarbeitereinsatz auch geprägt. In den Familien, auf den Bauernhöfen wurden 1939 nach dem Überfall auf Polen viele polnische Kriegsgefangene eingesetzt. In den Fällen, die ich untersucht habe, waren das vor allem solche, die in das Kriegsgefangenenlager Stalag VI J in Krefeld-Fichtenhain kamen und dann, entgegen den Bestim-

mungen der Genfer Konvention über die Behandlung von Kriegsgefangenen 1929, in sog. Zivilarbeiter umdeklariert wurden. Dagegen entstanden in den drei großen Krefelder Betrieben, etwa den Deutschen Edelstahlwerken oder bei I.G. Farben strukturell durchgeplante Lagerkomplexe mit Tausenden Zwangsarbeitern. Wir haben Stolpersteine für zwei polnische Zwangsarbeiter verlegt, die in einer Krefelder Wohnung in einem Mehrfamilienhaus untergebracht waren und aufgrund dieser Konstellation auch Kontakt zu anderen Hausbewohner\*innen hatten. Später wurden sie von der Gestapo verfolgt, weil ihnen sexuelle Kontakte zu deutschen Frauen dort vorgeworfen wurden.

**Christoph Becker:** Die Deutsche Edelstahlwerke hatte ein sehr großes Zwangsarbeiterlager auf dem Werksgelände, so groß wie ein Dorf. Wir wissen nicht genau, wie viele Menschen dort untergebracht waren. Eines der wenigen Fotos davon haben die US-Truppen gemacht, als sie Krefeld auf dem Weg nach Berlin einnahmen. Das Foto ermöglicht uns, das Lager auf dem Werksgelände genau zu verorten, es zeigt neben den eindeutig identifizierbaren Industriekomplexen im Hintergrund das

**»Die Deutsche Edelstahlwerke hatte ein sehr großes Zwangsarbeiterlager auf dem Werksgelände, so groß wie ein Dorf.«**

Zwangsarbeiterlager. Es war mit Stacheldraht umzäunt und wie ein Konzentrationslager aufgebaut.

**LaG:** Aus welchen Ländern wurden die Zwangsarbeitenden nach Krefeld deportiert und wie waren ihre Lebensbedingungen? In Ihrer Ausstellung heißt es, dass 400 von ihnen zu Tode kamen.

**Fabian Schmitz:** Durch unsere westliche Lage in Deutschland kamen vor allem Menschen aus Westeuropa. Das merkt man noch heute an den Anfragen von Nachkommen in unserem Archiv, die wissen, dass ihr Vater oder Opa in Krefeld Zwangsarbeit geleistet hat, und wollen nachforschen. Dann kamen Zwangsarbeitergruppen je nach Kriegsverlauf: anfangs vor allem polnische Zwangsarbeiter aus den Kriegsgefangenenlagern, nach den Westfeldzügen 1940 viele aus Frankreich und den Beneluxstaaten und dann mit dem Krieg gegen die Sowjetunion viele sogenannte Ostarbeiter\*innen. Auch als jüdisch verfolgte Krefelder\*innen wurden zur Arbeit gezwungen, falls sie den Deportationen in die Konzentrations- und Vernichtungslager entgangen waren.

Die Lebensbedingungen unterschieden sich deutlich je nach Herkunft. Die Behörden ordneten die verschiedenen Bevölkerungsgruppen hierarchisch ein: Menschen aus den skandinavischen Staaten oder den Beneluxländern galten als den Deutschen „blutsähnlicher“, sie sollten perspektivisch dem Reich zugehören und deswegen auch möglichst gut behandelt werden. Dagegen war der Kontakt zu jüdischen Menschen oder jenen aus den slawischen Ländern so strikt wie möglich zu unterbinden. Sexueller Kontakt zu deutschen Frauen führte für Männer aus den letztgenannten Gruppen dann sehr schnell zu Todesstrafen.

**Christoph Becker:** Zwangsarbeiter\*innen aus der Sowjetunion waren beispielsweise in den I.G. Farben-Werken in Krefeld Uerdingen in einer alten Ziegelei unmittelbar an der Grenze zum Werksgelände untergebracht. Dort war der Kontakt zur Bevölkerung praktisch ausgeschlossen.

**Fabian Schmitz:** Was die Todesopfer angeht: Es gab auf dem Stadtgebiet drei sogenannte Arbeitserziehungslager, die wie Konzentrationslager funktionierten. Dorthin kamen Menschen, denen man Arbeitsvertragsbruch vorwarf,

darunter fielen das unerlaubte Entfernen vom Arbeitsplatz ebenso wie die sogenannte Bummelei. Viele Zwangsarbeiter\*innen kamen durch den Bombenkrieg um, sie mussten die Bunker zwar mit aufbauen, aber durften bei den Angriffen nicht dort hinein. Und wir wissen von einigen Kindern von Zwangsarbeiterinnen, die hier zur Welt gekommen sind und nach kurzer Zeit aufgrund von gezielter Vernachlässigung durch NS-Behörden starben (siehe den Beitrag Brüntrup in diesem Magazin).

**»Viele Zwangsarbeiter\*innen kamen durch den Bombenkrieg um, sie mussten die Bunker zwar mit aufbauen, aber durften bei den Angriffen nicht dort hinein.«**

**LaG:** Das NS-Dokumentationszentrum in der Villa Merländer existiert seit 1991. Das Thema NS-Zwangsarbeit wurde vor kurzem ein Schwerpunkt der Dauerausstellung. Wie kam es dazu das Thema ausführlicher in den Blick zu nehmen?

**Fabian Schmitz:** Mit dem Thema Zwangsarbeit haben wir uns von Beginn an beschäftigt. Bereits 1994 haben wir dazu eine Sonderausstellung und eine Publikation der Aurel Billstein Geschichtswerkstatt gezeigt. Die schon erwähnte

Karte zur Krefelder Topografie von Zwangsarbeit ist bereits länger Teil der Dauerausstellung. In den letzten zwei Jahren bekamen wir jedoch sehr viele Anfragen aus dem Ausland zu dem Thema, und das Interesse hält weiter an. Zusammen mit dem Verein zum Erhalt des historischen Klärwerks in Krefeld Uerdingen haben wir die Sonderausstellung „Ausbeutung und

Zwangsarbeit in Krefeld 1933–1945 und deren heutige Spuren“ kuratiert. In ihr konnten wir private Fotos von einem ehemaligen niederländischen Zwangsarbeiter, eingesetzt in den Deutschen Edelstahlwerken, zeigen. Das kam nur zustande, weil der Journalist Tim Overdiek aus den Niederlanden uns angeschrieben und gefragt hat: "Mein Vater hat Zwangsarbeit in Krefeld geleistet, was wisst ihr dazu?" Und so sind wir mit ihm ins Gespräch gekommen und er hat



Paul Overdiek (ganz re.) in einer Gruppe niederländischer Zwangsarbeiter, Krefeld 1944 © Privatbesitz Familie Overdiek

uns sehr wertvolle Fotos zur Verfügung gestellt, die sein Vater im Zwangsarbeitslager gemacht hat.

Das Thema lässt sich auch indirekt an die Geschichte der Villa Merländer, des Sitzes der NS-Dokumentationsstelle, anbinden. Der Erbauer Richard Merländer war Krefelder Kaufmann und Seidenfabrikant. Er wurde als Jude verfolgt, enteignet und 1942 in Treblinka ermordet. Die Shoah nahm und nimmt einen zentralen Platz in unserer Erinnerungsarbeit ein. Andere Opfergruppen wie die Sinti\*zze und Rom\*nja, politische Gegner\*innen oder eben Zwangsarbeiter\*innen wurden dabei aber ebenfalls mitberücksichtigt. Die Textilindustrie, in der Merländer eine namhafte Rolle spielte, prägte Krefelds Wirtschaft und Selbstbild enorm. Hier war uns wichtig, in unserer neuen Dauerausstellung prominent zu zeigen, dass diese Industrie so wie alle anderen Wirtschaftsbereiche während des Krieges nur durch Zwangsarbeit am Leben erhalten werden konnte.

*»Es war uns wichtig, in unserer neuen Dauerausstellung prominent zu zeigen, dass diese Industrie so wie alle anderen Wirtschaftsbereiche während des Krieges nur durch Zwangsarbeit am Leben erhalten werden konnte.«*

**LaG:** Welche Initiativen kamen denn aus der Krefelder Stadtgesellschaft, das Thema aufzuarbeiten?

**Christoph Becker:** Aus Krefeld-Uerdingen kam Fritz ter Meer, der technische Direktor der I.G. Farben in Frankfurt am Main, er war also für den gesamten Konzern zuständig. Er hat das Zwangsarbeitslager Auschwitz III Monowitz mitinitiiert und verantwortet, welches den synthetischen Kautschuk Buna produzieren sollte. In den Nürnberger Nachfolge-Prozessen ist er vor Gericht gestellt und verurteilt worden. Nach der Haft zurück in Krefeld wurde er der erste Aufsichtsratsvorsitzende der neu gegründeten Bayer AG in der Nachkriegszeit. Fritz ter Meer hat aus seiner Position heraus eine Legende inszeniert, die viele andere mitangeklagte Industrielle übernahmen – dass sie nicht dafür verantwortlich waren, sondern eigentlich nur irgendwie produzieren wollten. Über die NS-Verstrickungen von bekannten Krefelder Unternehmern wird in der Stadt zu wenig geredet. Da besteht Nachholbedarf, mir

*»Über die NS-Verstrickungen von bekannten Krefelder Unternehmern wird in der Stadt zu wenig geredet. Da besteht Nachholbedarf.«*

persönlich wird jetzt erst klar, dass wir noch viel mehr aufarbeiten müssen.

**Fabian Schmitz:** Das würde ich auf jeden Fall unterschreiben, gerade was die Rolle der Unternehmer angeht. In Gesprächen mit Familien, deren Unternehmen Zwangsarbeiter\*innen beschäftigten, fallen Aussagen wie: „Die Unternehmer hatten keine Wahl und bekamen die Zwangsarbeiter einfach zugewiesen. Und wenn sie welche im eigenen Betrieb hatten, dann haben sie die gut behandelt.“ Das mag es auch gegeben haben, vor allem im Fall der westeuropäischen Zwangsarbeiter\*innen. Aber es besteht die Gefahr der Verallgemeinerung. Viele Krefelder\*innen sind auch nicht mehr persönlich betroffen davon. Aber von den Unternehmen selbst kommt nicht sehr viel Interesse, etwa indem sie auf uns zu gehen mit dem Wunsch, diese Vergangenheit aufarbeiten. Es ist kein Widerstand gegen die Aufarbeitung zu bemerken, aber auch kein offensives Herangehen.

**LaG:** Welche Rolle spielte die Geschichte der Krefelder Familie Finkelstein bei der Aufarbeitung von NS-Zwangsarbeit?

**Fabian Schmitz:** Der Chemiker Dr. Hans Finkelstein übernahm im I.G. Farben-Werk in Uerdingen eine leitende Funktion in der Forschung. Am zentralen Uerdinger Platz „Am Röttgen“ steht eine Reihe von imposanten Häusern, die der Konzern für die Führungsriege erbaut hatte, dort lebte die Familie. Der aus Österreich stammende Finkelstein konvertierte 1895 zum evangelischen Glauben und heiratete 1912 die Christin Annemarie Bruns. Unter den Nationalsozialisten wurde er jedoch verfolgt, weil er als jüdisch, die Kinder des Ehepaars als „Mischlinge“ galten. Hans Finkelstein konnte seine Position bis Ende 1938 halten. Angesichts seiner Entlassung und der Pogrome im November nahm er sich am 30. Dezember das Leben. Sein Sohn Berthold hat dann als Zwangsarbeiter bei I.G. Farben gearbeitet. In der Nachkriegszeit setzte sich Berthold Finkelstein unter anderem als Gründer des Gustav-Stresemann-Instituts für die Versöhnung und die europäische Einigung ein. Er gab der NS-Dokumentationsstelle bereits 1992 ein Interview über die Familiengeschichte. Später ist die Finkelstein-Stiftung auf uns zugegangen und hat die stetige Kooperation zwischen beiden Einrichtungen angeregt. Die Familie wird in

unserer neuen Dauerausstellung vorgestellt und vor ihrem ehemaligen Wohnhaus erinnern Stolpersteine an ihre Verfolgung.

**LaG:** Welche Bildungsangebote zu NS-Zwangsarbeit gibt es in der Villa Merländer und wie werden diese angenommen?



Aufnahme aus der Ausstellung „Ausbeutung und Zwangsarbeit in Krefeld 1933-1945 und deren heutige Spuren“, Historisches Klärwerk Krefeld, 2024 © Archiv des Vereins zum Erhalt des historischen Klärwerks Krefeld in Uerdingen am Rhein e. V.

**Fabian Schmitz:** Wir haben über ein Dutzend Partnerschulen hier in Krefeld, die das ganze Jahr über unsere Bildungsangebote wahrnehmen. Schulklassen begleiten uns bei den Stolpersteinverlegungen. Auf Grundlage der neuen Dauerausstellung erarbeiten wir aktuell Material für Workshops zum Thema Zwangsarbeit. Begleitend zur vorhergehenden Ausstellung über Zwangsarbeit im Historischen Klär-

werk, einem Industriedenkmal und Museum, haben wir eine Radtour zu Orten in Krefeld angeboten, die einen Bezug zu Zwangsarbeit haben. Zudem ist Tim Overdiek nach Krefeld gekommen und hat sein Buch „Zwijgende vaders“ über die Zwangsarbeit seines Vaters Paul in den Deutschen Edelstahlwerken öffentlich präsentiert.

**LaG:** Wie ist das Feedback auf die Aufarbeitung von NS-Zwangsarbeit aus der Krefelder Stadtgesellschaft?

**Christoph Becker:** Vor Kurzem habe ich einen Vortrag zur Industriearchitektur in Krefeld gehalten und da spielte NS-Zwangsarbeit auch eine Rolle. Wir haben in Krefeld zwei Bauhausvillen und ein Gebäude, das Mies van der Rohe gebaut hat. Bauhaus wird ja als Zeichen der Moderne gefeiert, allerdings kann das nicht eindimensional gesehen werden. Die Unternehmer, die diese Villen haben bauen lassen, waren gleichzeitig auch Werksgründer und die Eigentümer der Unternehmen, die Zwangsarbeiter einsetzten. Da gab es auch Widerspruch von einzelnen Zuhörern,

es sei ja alles schon aufgearbeitet. Dann musste ich klar machen, dass dem nicht so ist.

**Fabian Schmitz:** In den 1990er Jahren gab es gewisse Widerstände in der Stadtgesellschaft, heute dagegen erfahre ich eher wohlwollendes Interesse an unserer Arbeit. Die schon erwähnte Karte mit den Orten von Zwangsarbeit in Krefeld soll perspektivisch vollständig digital verfügbar sein. Jeder und jede kann dann die einzelnen Punkte anklicken und bekommt detaillierte Informationen zu den einzelnen Betrieben und konkrete Biografien ausgespielt. Ich bin auf die Reaktionen gespannt, wenn die Leute dann vielleicht merken, hier bestehen Verbindungen zwischen Krefelder NS-Zwangsarbeit und der eigenen Familie.

*»Ich bin auf die Reaktionen gespannt, wenn die Leute dann vielleicht merken, hier bestehen Verbindungen zwischen Krefelder NS-Zwangsarbeit und der eigenen Familie.«*

# Verbotene Liebe – die Ausstellung „trotzdem da!“

**Tobias Rischk**



Ingelore Prochnow mit ihren Adoptiveltern, Februar 1949. Im Alter von fünf Jahren kam Ingelore als Pflegekind zu dem kinderlosen Ehepaar Strate, das sie später adoptierte. © unbekannt/Privatbesitz Prochnow

Ingelore Prochnow ist 1944 im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück geboren, weil ihre Mutter eine sogenannte verbotene Beziehung mit einem polnischen Zwangsarbeiter eingegangen war. In einer langen schmerzhaften Suche nach ihrer Herkunft rekonstruierte Prochnow die Umstände ihrer Geburt. Sie fragte sich, wie man als Baby in einem KZ überleben konnte. „Du hattest hier in Ravensbrück viele Mütter“, war die Antwort einer ehemaligen Insassin bei einer Gedenkveranstaltung in der Gedenkstätte Ravensbrück. Ingelore Prochnow tritt als Zeitzeugin auf und ihre Biografie ist Teil der Wanderausstellung „trotzdem da!“.

Die Ausstellung betont zentrale Aspekte, die das Thema Zwangsarbeit mit der NS-Gesellschaft verbinden: Zwangsarbeit gehörte zum Alltag der nationalsozialistischen Kriegsgesellschaft und wurde von Menschen verrichtet. Und wo Menschen auf Menschen treffen, entstehen Begegnung, Kontakt und manchmal auch Liebe. Da der rassenwahnsinnige, totalitäre NS-Staat jedoch bestimmen wollte, in welche Menschen sich „arische“ Deutsche zu verlieben hatten, gab es „verbotene“ und „unerwünschte“ Beziehungen, aus denen auch Kinder entstanden. Diese Kinder waren eben *trotz* der faschistischen Ideologie der Nationalsozialisten da. Vom bewegenden Schicksal einiger dieser Kinder berichtet die Ausstellung.

## **DIE AUSSTELLUNG „TROTZDEM DA!“**

Die Ausstellung ist Teil eines zweijährigen Forschungsprojekts der Gedenkstätte Lager Sandbostel zu den Kindern aus Beziehungen zwischen Deutschen und Zwangsarbeiter:innen oder Kriegsgefangenen. Für das Projekt konnten

zwanzig Kinder ausfindig gemacht und interviewt werden. Neun von ihnen werden in der Ausstellung ausführlich portraitiert. Jede:r Betroffene hat eine eigene Station. Sie besteht aus einführenden Texten, Faksimiles von Dokumenten, Bildern und einem Videointerview. Mit der Station



Blick in die Ausstellung „trotzdem da!“ © Stiftung Lager Sandbostel / Gedenkstätte Lager Sandbostel

„Das unbekannte Kind“ macht die Ausstellung die eigenen Herausforderungen und Leerstellen des Projekts sichtbar. Man erhält kompakte Informationen über die Lebensgeschichte der Betroffenen, die familiäre Konstellation, meist war die Mutter deutsch, und den historischen Kontext bezüglich des Verbots der elterlichen Verbindung.

Die Auswahl der Biografien ist so kuratiert, dass sie ein breites Spektrum „verbotener“ beziehungsweise „unerwünschter“ Beziehungen zeigen, gleichwohl mit dem Fokus auf die Kinder, die aus dieser Verbindung geboren wurden. In der perfiden nationalsozialistischen Rassenlogik machte es einen Unterschied, ob der Vater ein polnischer oder ein niederländischer Zwangsarbeiter war. Die biografischen Stationen sind säulenartig angeordnet, man wandelt durch die Leben der Betroffenen. Die gesamte Komplexität menschlich-intimer Beziehungen im Kontext der NS-Zwangsarbeit vermag die Ausstellung nicht abzubilden. Doch die kluge Auswahl der Biografien lädt zur weitergehenden Beschäftigung ein. Diese wird durch eine zusätzliche Station mit Informationen zum historischen Kontext ermöglicht. Sie zeigt in chronologisch-didaktischer Weise, warum diese Beziehungen im NS „verboten“ oder „unerwünscht“ waren, welche Konsequenzen das hatte und welche Traumata und Stigmatisierungen damit einhergingen, die bis weit in die Nachkriegsgesellschaften reichten. Auch die geschichtswissenschaftliche und erinnerungskulturelle Aufarbeitung dieses Themas findet Erwähnung an dieser Station.

**» Die Auswahl der Biografien ist so kuratiert, dass sie ein breites Spektrum ‚verbotener‘ beziehungsweise ‚unerwünschter‘ Beziehungen zeigen, gleichwohl mit dem Fokus auf die Kinder, die aus dieser Verbindung geboren wurden.«**

Für die Wanderausstellung stehen die Stationen bereits bis Ende 2027 fest. Der Online-Auftritt der Ausstellung funktioniert wie eine virtuelle Variante, sodass man sich auch ortsunabhängig mit dem Thema beschäftigen kann.

## **ERFAHRUNGEN UND CHANCEN DER HISTORISCH-POLITISCHEN BILDUNG**

Der biografische Ansatz der Ausstellung bietet einen niedrigschwelligen Zugang zum Thema „verbotene“ Beziehungen und zur Beschäftigung mit dem System der NS-Zwangsarbeit. Mit Schüler:innen kann der Einstieg in das Thema über Fragen der Identität und Herkunft gelingen. Sobald sie sich mit einem Schicksal beschäftigen, ergeben sich viele weitere Fragen: Warum waren diese Beziehungen „verboten“? Wo arbeiteten Zwangsarbeiter:innen während der NS-Zeit? Wie prägte ihre „verbotene“ Herkunft die Betroffenen? Zur Unterstützung bei ihrer Beantwortung, zur Vor- und Nachbereitung sowie für den Ausstellungsbesuch selbst hat die Projektgruppe *Multi-peRSPEKTif* Bildungsmaterialien erarbeitet.

Doch auch Erwachsene schätzen den Zugang zum Thema über die Biografien, wie Eva Kuby, historisch-politische Bildnerin des Berliner Dokumentationszentrums NS-Zwangsarbeit, berichtet. Die Teilnehmenden der öffentlichen Führungen fanden zum Beispiel die Geschichten der Betroffenen sehr berührend. Über ihr eigenes Nichtwissen zum Thema waren sie schockiert. Die Ausstellung regte sie an, über die eigene Familiengeschichte im Nationalsozialismus nachzudenken. Die Beschäftigung damit ist mit der Öffnung der archivierten NSDAP-Mitgliederkartei des US-Nationalarchivs in Washington D.C. aktuell in den Fokus einer breiteren deutschen Öffentlichkeit gerückt (Staas 2026).

Wie die Leiterin des Dokumentationszentrums NS-Zwangsarbeit Christine Glauning (siehe Interview im Magazin) auf der Tagung zur Ausstellung betonte, begann die Forschung zum sogenannten verbotenen Umgang erst vor etwa zehn Jahren. Die Geschichtsschreibung über die Kindern aus diesen Beziehungen steht erst recht noch am Anfang. Entsprechend zeigt sich das auch in der Erinnerungskultur. Bis heute wird kaum an die Schicksale der Kinder erinnert,

deren Mütter und Väter wegen ihrer Liebe kriminalisiert wurden. Die Ausstellung „trotzdem da!“ gibt diesen Kindern eine Stimme – und den Interessierten einen Einblick in einen unterbelichteten Aspekt der Zwangsarbeit in NS-Deutschland.

## LITERATUR



Staas, Christian: Späte Wahrheiten, in: DIE ZEIT, 09.04.2026, S. 27.

### Autor



**Tobias Rischk** ist Redaktionsassistent des Magazins *Lernen aus der Geschichte*. Als freiberuflicher Historiker beschäftigt er sich u. a. mit der Geschichte des NS, deutsch-jüdischer Geschichte, der Geschichte der Extremen Rechten nach 1945 sowie der Erinnerungskultur im Berliner Stadtraum.

# Das internationale Projekt und die App „Living Memorials: (Re)Vitalize Digital History!“

**André Bossuroy**

Das Projekt „Living Memorials: (Re)Vitalize Digital History!“ entstand aus dem Wunsch, neue Wege in der historisch-politischen Bildung zu gehen. Ziel war es, junge Menschen aktiv einzubinden und die Auseinandersetzung mit Erinnerungsorten mit aktuellen gesellschaftlichen Fragen zu verknüpfen. Schülerinnen und Schüler aus Deutschland, Belgien und Frankreich arbeiteten gemeinsam in einem künstlerisch-pädagogischen Prozess zum Thema NS-Zwangsarbeit. Die belgische Organisation MEDIEL, die seit über 20 Jahren internationale Erinnerungs- und Bildungsprojekte initiiert, entwickelte und organisierte das Vorhaben.

## **EUROPÄISCHE FÖRDERUNG FÜR MAXIMALE WIRKUNG**

Das Projekt, unterstützt von der Europäischen Union, wurde von einem Duo konzipiert und geleitet: dem belgischen Regisseur und Koordinator André Bossuroy und dem deutschen Künstler Roman Kroke, der die pädagogische und künstlerische Leitung übernahm. Im Zentrum stand die

historische Rolle des Chemiestandortes Leverkusen der I.G. Farben (heute Bayer AG), die von ihr gegründete Hans und Berthold Finkelstein Stiftung unterstützte das Projekt, ermöglichte den Zugang zu Archiven und vermittelte Expert:innen.

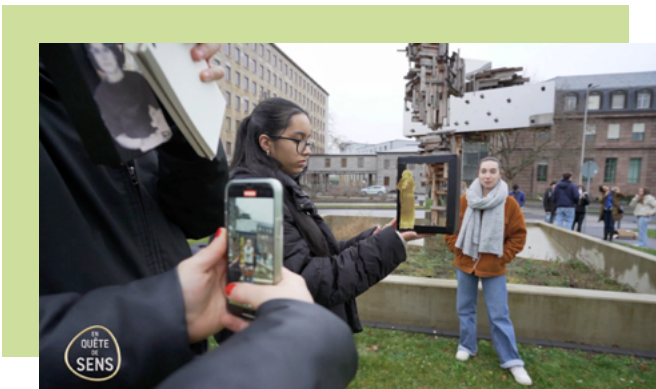


Erinnerungsort zum Gedenken an die Opfer von NS-Zwangsarbeit bei der I.G. Farben, Leverkusen, 2024  
© André Bossuroy/Mediel

Bereits im Vorfeld arbeiteten die Schülerinnen und Schüler im Unterricht mit historischen Quellen, ihren Familiengeschichten und sie setzten sich mit Fragen von Erinnerung und Verantwortung auseinander. In

Zoom-Meetings tauschten sie sich über Ländergrenzen hinweg aus, schickten sich Bilder und Objekte per Post und entwickelten erste Fragestellungen. Dieser Austausch war ein Kernanliegen des Projekts: Geschichte wurde nicht nur lokal betrachtet, sondern aus verschiedenen europäischen Perspektiven gemeinsam reflektiert.

Anschließend besuchten die Jugendlichen Erinnerungsorte in Deutschland und Frankreich, darunter den Erinnerungsort NS-Zwangsarbeit der Bayer AG in Leverkusen sowie die Gedenkstätte Mémorial Ascq 1944 in Villeneuve d'Ascq. Vor Ort nahmen sie an künstlerischen Workshops teil, unterstützt vom Opladener Geschichtsverein von 1979 e.V. Leverkusen und der Société Historique de Villeneuve d'Ascq. Sie betrachteten die Orte aus unterschiedlichen Perspektiven und hielten ihre Eindrücke durch Fotos, Videos, Audioaufnahmen und künstlerische Performances fest. Ziel war es, eine persönliche und sinnliche Beziehung zu den Orten aufzubauen und Geschichte als Teil aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen zu begreifen.



Kunstworkshop am Bayer Memorial mit Schüler\*innen aus Belgien, Leverkusen, 2025 © André Bossuroy/Mediel

Zurück im Unterricht verwandelten die Schülerinnen und Schüler ihre Erfahrungen in Kunstwerke und audiovisuelle Produktionen mit eher dokumentarischem Charakter. Dabei verknüpften sie historische Themen mit eigenen Erfahrungen von Diskriminierung, Ausgrenzung oder Hate Speech im digitalen Raum. Die

Ergebnisse präsentierten sie anschließend in Schulen, Ausstellungen und anderen öffentlichen Veranstaltungen. Zudem wirkten sie an 30-minütigen Fernseh- und Radiosendungen des belgischen Senders RTBF mit.

## **DIE DIGITALE PLATTFORM *LIVING MEMORIALS***

Die mehrsprachige App (DE, EN, FR) Living Memorials richtet sich an Lehrkräfte, die kreative und partizipative Formen der Erinnerungsarbeit umsetzen möchten. Sie bietet einen strukturierten pädagogischen Leitfaden, der sich auf

unterschiedliche Erinnerungsorte und historische Kontexte übertragen lässt.



Interdisziplinärer Kunstworkshop im Institut d'enseignement des arts techniques sciences et artisanats, Namur/Belgien, 2024 © André Bossuroy/Mediel

Bereits in der Unterrichtsvorbereitung können Lehrkräfte die App nutzen: Ein Dokumentarfilm gibt Einblick in den Projektablauf, während Video-Tutorials die MATRIX-Methode anhand von Schülerarbeiten Schritt für Schritt erklären. Die von Roman Kroke entwickelte MATRIX-Methode nutzt Kunst als Instru-

ment der kritischen Reflexion, um historische Fakten und komplexe gesellschaftliche Fragestellungen in visuelle Metaphern zu übersetzen. Ergänzend stehen PDFs für den direkten Einsatz im Unterricht bereit.

Die App ermutigt Schülerinnen und Schüler, Erinnerungsorte bewusst wahrzunehmen, Beobachtungen zu dokumentieren, Interviews zu führen und eigene künstlerische Interpretationen zu entwickeln. Die digitalen Materialien bieten Lehrkräften und Lernenden einen methodischen Rahmen.

Auch die Nachbereitung begleitet die Plattform: Die Schülerinnen und Schüler analysieren ihre gesammelten Materialien, gestalten künstlerische oder audiovisuelle Werke und diskutieren die Bedeutung historischer Ereignisse für die Gegenwart. Die Methode bleibt bewusst flexibel und lässt sich auf verschiedene Erinnerungsorte anwenden. So vermittelt die App nicht nur historische Inhalte, sondern auch erprobte kreative Methoden aktiver Erinnerungsarbeit.

## Autor



**André Bossuroy** wechselte nach dem Berufsstart als Ingenieur zum Film. Der belgische Regisseur entwickelt Projekte rund um Dokumentarfilme und interdisziplinäre Workshops mit Künstler:innen und Jugendlichen. Seine Filme werden auf ARTE.tv und anderen europäischen Sendern gezeigt.

# Erinnern und Vergessen von NS-Zwangsarbeit im ländlichen Raum.

## Die Studie „Am Horizont“ von Angelika Laumer

**Sabrina Pfefferle**

Das Thema NS-Zwangsarbeit in der ländlichen Gesellschaft steht bislang kaum im Fokus von Forschung und Erinnerung. Dabei war NS-Zwangsarbeit gerade hier allgegenwärtig: In fast jedem Ort gab es Menschen, die unfreiwillig auf Bauernhöfen und in Familien arbeiteten.

Durch die räumliche Nähe – die gemeinsame Arbeit im Haus, auf einem Hof und dem Feld – waren die Leben von Zwangsarbeiter:innen und Profiteur:innen sowohl während als auch teilweise nach dem NS eng verwoben. Wie vollzog sich NS-Zwangsarbeit in dieser räumlichen und sozialen Nähe? Wie wirkte sich rasseideologisches Denken dabei aus? Und wie wird NS-Zwangsarbeit hier und heute erinnert – und vergessen?

*»In fast jedem Ort gab es Menschen, die unfreiwillig auf Bauernhöfen und in Familien arbeiteten.«*

### **BIOGRAFISCHE EIGENVERORTUNG**

Diesen Fragen widmet sich die 2023 erschienene Studie „Am Horizont. Kinder von NS-Zwangsarbeiter\_innen und das alltägliche Erinnern und Vergessen in der deutschen ländlichen Gesellschaft“ von Angelika Laumer. Ausgangspunkt ihrer Untersuchung ist ein persönlicher Bezug: Von ihrer Großmutter erfuhr die Autorin von Emil Torba, einem Zwangsarbeiter aus Polen, der auf dem familieneigenen Bauernhof in Niederbayern arbeiten musste. Das Aufwachsen der Autorin im Untersuchungsraum prägt die teilhabende Beobachtung: Laumer reflektiert, wie ihre Rolle – als Angehörige, Weggezogene, Forscherin – von der Dorfgemeinschaft wahrgenommen wird und ihren Zugang sowie ihr Sprechen über das Untersuchungsvorhaben beeinflusst. Durch ihre persönliche Verbundenheit erhält

Laumer besonderen Zugang zu ihrem Untersuchungsraum: Die Autorin führt Gespräche am Gartenzaun, beim Kaffeetrinken im Haus ihrer Tante oder auf dem Friedhof. Die Zuordnung der Autorin zu einem bestimmten Ort, einer konkreten Familie scheint Voraussetzung für die Kontaktaufnahme und teilweise auch für die Offenheit der Interviewpartner:innen zu sein – zumindest auf Profiteursseite. Denn die Autorin diskutiert auch, inwiefern das Schweigen der Nachkommen von Zwangsarbeiter:innen über bestimmte Inhalte zugleich ein Schweigen *ihr* gegenüber ist – als Nachkomm:in einer Profiteurs-Familie.

**»Durch ihre persönliche Verbundenheit erhält Laumer besonderen Zugang zu ihrem Untersuchungsraum: Die Autorin führt Gespräche am Gartenzaun, beim Kaffeetrinken im Haus ihrer Tante oder auf dem Friedhof.«**

## **AUFBAU DER ARBEIT**

Auf die Einleitung, die einen Überblick über den Forschungsstand zu NS-Zwangsarbeit und ländlichem Erinnern gibt, folgt eine historische wie gegenwärtige Charakterisierung des Untersuchungsgebiets: der heutigen Landkreise Straubing-Bogen, Cham und Regen in Niederbayern, die während des NS Teil des Gaues Bayerische Ostmark waren. Das anschließende Kapitel widmet sich soziologischen sowie (psycho)analytischen Konzepten von Erinnern und Vergessen sowie deren Zwischenräumen. Die Vielzahl der eingeführten Konzepte erscheint teilweise wenig systematisiert, wenngleich die einkreisende und umschreibende Herangehensweise neue Perspektiven öffnet. Ein stärker ordnendes System hätte die Beziehungen der Denkansätze klarer hervortreten lassen und die anschließenden Ergebnisse konzeptionell stärker strukturiert.

Auf die Theorie folgt die Methode: Die Autorin forschte im Archiv und führte Interviews mit Profiteur:innen und deren Nachkommen sowie mit Angehörigen ehemaliger NS-Zwangsarbeiter:innen. Ausgehend von der Grounded Theory wertet sie sowohl sprachlich explizite Deutungsmuster als auch beobachtete soziale Praktiken aus. Dazu gehört auch das (Ver)Schweigen. In zwei ausführlichen Ergebniskapiteln präsentiert sie ihre Befunde, von denen im Folgenden einzelne skizziert werden.

## LÄNDLICHES WISSEN ÜBER NS-ZWANGSARBEIT

Die Profiteur:innen und ihre Nachkommen bringen die Ankunft der „Ausländer“ kaum explizit mit dem NS, dem deutschen Vernichtungskrieg oder dem Zweiten Weltkrieg allgemein in Verbindung. Erinnerung wird weniger das „Phänomen Zwangsarbeit“ – auch das Wort selbst fällt kaum –, als vielmehr einzelne konkrete Personen. Diese Entkopplung zeigt sich teilweise auch im Sprechen über Beziehungen zwischen deutschen Frauen und Zwangsarbeitern, die die NS-Rassenideologie kriminalisierte. Häufig werden sie offen, im Modus des Klatsches thematisiert. Erst wenn von Bestrafungen bis hin zu KZ-Inhaftierungen die Rede ist, tritt die Wirkmacht der NS-Ideologie hervor.

*»Die Profiteur:innen und ihre Nachkommen bringen die Ankunft der ‚Ausländer‘ kaum explizit mit dem NS, dem deutschen Vernichtungskrieg oder dem Zweiten Weltkrieg allgemein in Verbindung.«*

Hier zeigt sich auch ein Tabu: Einige Interviewte nennen die Namen der verfolgten deutschen Frauen nicht oder nicht mehr. Doch während deren Identitäten zunehmend verblassen, wurden die Namen der verfolgten Zwangsarbeiter gar nicht erst erinnert. Auch weitere Aspekte, die sich in historischen Quellen zeigen, bleiben im Sprechen der Profiteur:innen und ihrer Nachkommen ausgespart. Dazu gehört etwa die hohe Zahl verstorbener Säuglinge polnischer oder ukrainischer Zwangsarbeiter:innen im Untersuchungsgebiet (siehe den [Beitrag Brüntrup](#) in diesem Magazin).

## ZUGEHÖRIGKEIT UND ERINNERN

Sehr präsent ist im Untersuchungsraum hingegen lokales Wissen darüber, wo welche „Ausländer“ gelebt haben. Dabei scheint das Arbeitsethos als zentrales Deutungsmuster maßgeblich dafür zu sein, wer als zugehörig gilt und später erinnert wird. Es bewegt sich entlang eines Kontinuums von ethnischem und eugenischem Rassismus und wirkt in Fragmenten bis heute fort: Zwangsarbeiter:innen werden entweder als „arbeitsam“ und damit als zugehörig oder als „faul“ und „rebellisch“ und damit als ausgeschlossen kategorisiert.

Wer dazugehört, wird zugleich einverleibt: Die „fleißigen“ Zwangsarbeiter:innen werden, teils in sexualisierter Form, auf ihre Körperlichkeit und auf ihre Körperkraft reduziert, einzelnen Höfen zugeordnet und damit in eine Erinnerungslogik der Leibeigenschaft eingebunden. Wer nicht dazugehört, verschwindet aus dem Blickfeld: An seiner oder ihrer Geschichte besteht kein Interesse. Laumer zeigt zudem, wie Erinnerung im untersuchten ländlichen Raum räumlich organisiert ist: Die Erinnerungen der Interviewten an die Zwangsarbeiter:innen setzen mit deren Ankunft im Ort ein und enden mit dessen Verlassen; für deren Leben davor und danach besteht kein Interesse.

## **PASSING**

In den Berichten von Angehörigen von Zwangsarbeiter:innen – darunter Partnerinnen und Nachkommen aus den „verbotenen“ Beziehungen zwischen Zwangsarbeitern und deutschen Frauen (siehe auch den [Beitrag Rischk](#) in diesem Magazin), die nach 1945 im Untersuchungsgebiet, teilweise im Dorf, verblieben – zeigt sich eine deutliche Diskrepanz: Es überwiegen Selbstzuschreibungen von ungebrochener Zugehörigkeit, die gleichzeitig von Ambivalenzen durchzogen sind. Auffällig ist das Schweigen vieler Angehöriger, die Erinnerung, dass die Väter „zurückgezogen“ oder „schwierig“ gewesen seien, sowie das Fehlen einer problematisierenden Auseinandersetzung mit Profiteursfamilien. Konkrete Gewalttaten – die in Spruchkammerakten beschrieben wurden – werden in den Gesprächen kaum thematisiert, ebenso selten die lebensbedrohlichen Erfahrungen ihrer Eltern oder Partner. Die Autorin deutet diese Konstellation als „Passing“, also „dass die Tatsache, Nachkommen von Zwangsarbeiter\_innen zu sein, verborgen oder erfolgreich nicht thematisiert wird, um etwaige gesellschaftliche Nachteile zu vermeiden“ (Laumer 2023: 21). Ein solches „Verstehen des eigenen Platzes“ sowie das damit einhergehende Ausblenden potenziell konflikthafter Themen könnten zur Sicherung von Zugehörigkeit in der ländlichen Gemeinschaft beitragen. Verstärkt wird dieser Prozess durch die ungleiche Verteilung von ökonomischem, sozialem und symbolischem Kapital, die darüber entscheidet, welche Erinnerungen Gewicht erhalten. Die Autorin geht davon aus, dass durch die dominierenden Deutungen der Mehrheit bestimmte

Akteur:innen implizit lernen, ihren Platz im Wissensgefüge zu akzeptieren. Zugleich zeigen sich Abweichungen von diesen Selbstunterordnungen: In den Interviews werden bestimmte Motive, die aus der öffentlichen Erinnerung an die Shoah bekannt sind – wie beispielsweise dunkle Wagons oder das Abrasieren der Haare – aufgenommen. Auch wenn ihre Eltern nicht jüdisch waren, beschreiben einzelne Nachkommen von Zwangsarbeiter:innen Ähnlichkeiten zum Schicksal der Opfer der Shoah. Dafür gibt es bereits Worte und Erinnerungsstränge. Sie suchen so nach Worten für die Verfolgung ihrer Eltern.

## FAZIT

Die Studie überzeugt durch ihre dichte empirische Rekonstruktion der ländlichen Erinnerungs- und Vergessenlogiken im Untersuchungsgebiet sowie die bewusste Einbindung der eigenen Subjektposition in den Forschungs- und Denkprozess. Laumers zentrale Schlussfolgerung ist normativ aufgeladen: Da der Stellenwert der Einzelnen den skizzierten Kommunikationslogiken folgt, verschwinden bestimmte Menschen aus den Erinnerungen vor Ort – als seien sie nie dagewesen. Genau diesen Modus will die Autorin mit ihrer Aufforderung zur autobiografischen Erzählung irritieren und unterbrechen. Wofür? Für die ehemaligen Zwangsarbeiter:innen und ihre Angehörigen, für eine vollständigere Geschichtsschreibung und, um der alltäglichen Aktualisierung nationalsozialistischer Deutungsmuster etwas entgegenzusetzen.

## LITERATUR



Laumer, Angelika: Am Horizont. Kinder von NS-Zwangsarbeiter\_innen und das alltägliche Erinnern und Vergessen in der deutschen ländlichen Gesellschaft, Weinheim/Basel 2023.

### Autorin



**Sabrina Pfefferle** ist freie Autorin und Psychotherapeutin in Ausbildung.

# Grabe, wo du stehst – das österreichische Projekt „Spuren lesbar machen“

**Tobias Rischk**

„Österreich war das erste Opfer des Nationalsozialismus“ – dieses Narrativ verhinderte lange Zeit eine differenzierte Auseinandersetzung mit der nationalen NS-Geschichte in der Alpenrepublik. Mittlerweile hat eine kritische Forschung Einzug gehalten, Aufarbeitungsinitiativen und Gedenkstätten sind entstanden, und damit auch Perspektiven auf NS-Zwangsarbeit an verschiedenen Orten.

*»Das Bundesdenkmalamt hat 2020/21 in Österreich über 2.000 Standorte ehemaliger NS-Zwangsarbeitslager identifiziert, die häufig nicht mehr sichtbar sind, überbaut oder abgetragen wurden.«*

Das Bundesdenkmalamt hat 2020/21 in Österreich über 2.000 Standorte ehemaliger NS-Zwangsarbeitslager identifiziert, die häufig nicht mehr sichtbar sind, überbaut oder abgetragen wurden. Damit einher geht, dass das Thema NS-Zwangsarbeit im kollektiven Gedächtnis lange marginalisiert bzw. vergessen war. Das 2022 gestartete Projekt „Spuren lesbar machen“ setzt dem etwas entgegen. Die Projektinitiator:innen verknüpften für die Umsetzung die Methode der Citizen Science (Laien beteiligen sich an wissenschaftlicher Forschung) mit künstlerischer Vermittlung vor Ort. Sie wählten dafür den Granitsteinbruch Roggendorf in der niederösterreichischen Gemeinde Pulkau. Dort waren seit 1941 osteuropäische Zwangsarbeiter:innen und ab 1944 ungarische Juden und Jüdinnen eingesetzt. Ziel des Projekts war, die lokale Aufarbeitung von NS-Zwangsarbeit exemplarisch zu demonstrieren und andere zur Nachahmung anzuregen.

## **DAS PROJEKT „SPUREN LESBAR MACHEN“**

Das Projekt zur Sichtbarmachung von Orten der NS-Zwangsarbeit im ländlichen Raum bestand aus mehreren Teilprojekten. Die Geschichtswerkstatt des Historikers

Wolfgang Gasser lud Interessierte zu monatlichen Workshops ein, um die Geschichte des Orts zu ergründen. Die Künstler:innen Rosa Andraschek und Martin Krenn übersetzten die Ergebnisse in künstlerisch-digitale Vermittlungsformen – Martin Krenn entwickelte beispielsweise eine Virtual Reality-Anwendung, die eine eigenständige Erschließung der Historie per Tablet ermöglicht. Ein Projekt mit der Mittelschule Pulkau brachte den Schüler:innen Oral-History-Techniken bei, die diese vor Ort mit Menschen der Großelterngeneration umsetzten. Begleitet wurde das ganze Projekt von OpenGLAM, einem Netzwerk zur Entwicklung digitaler Strategien für österreichische Kulturprojekte. OpenGLAM, die das Projekt gemeinsam mit universitären Einrichtungen trugen, implementierte einen Open Data-Ansatz: Die gesammelten Daten (Recherchen, Dokumente, Bilder) sollten frei zugänglich und verwendbar sein. Das Projekt verband demnach zivilgesellschaftliches Engagement, Wissenschaft, Kunst und Digitalität.

## **CITIZEN SCIENCE – ODER SCIENCE MIT CITIZENS?**

„Grabe, wo du stehst“ lautet der Titel des 1989 erschienenen Buches des schwedischen Schriftstellers Sven Lindqvist – ein Plädoyer für die Beschäftigung mit der eigenen Geschichte vor Ort. Auch in der Gemeinde Pulkau sollte die Geschichtswerkstatt Erkenntnisse zur NS-Zwangsarbeit im dortigen Steinbruch zu Tage fördern. Die akademische Forschungsgruppe aus verschiedenen österreichischen geschichtswissenschaftlichen Institutionen brachte recherchierte Archivalien in die Workshops mit und hatte im Vorfeld bereits dreizehn Zeitzeug:innen-Interviews geführt. Sie baten die Teilnehmenden aus der Gemeinde Pulkau private Erinnerungsstücke (Briefe, Bilder, Objekte) mitzubringen, die dem Forschungsprozess dienlich sein könnten. Diese Erinnerungsstücke füllten eine digitale Bibliothek für Pulkau, die so sogenannte Topothek.

*»Auch in der Gemeinde Pulkau sollte die Geschichtswerkstatt Erkenntnisse zur NS-Zwangsarbeit im dortigen Steinbruch zu Tage fördern.«*

In den monatlichen Workshops lernten die Teilnehmenden den kritischen Umgang mit zeitgenössischen Quellen, sortierten das Material und wählten Schwerpunkte für die öffentliche Präsentation. Erkennbar wird dabei in der Dokumentation, dass den Citizen Scientists an einer

Chronologie der Geschichte des Steinbruchs gelegen war – NS-Zwangsarbeit wird dabei historisiert. Die Zeittafel der Historikerin Edith Blaschitz stellt das Thema NS-Zwangsarbeit demgegenüber ins Zentrum und ergänzt somit wissenschaftlich gewinnbringend.

Der Forscher Mordechai Haklay hat eine Typografie vorgenommen, nach der der Grad der Involvierung von Laien in ein Forschungsprojekt kategorisiert werden kann (Haklay 2013). Forschungsleiter Wolfgang Gasser reflektiert, dass im Projekt Level 3 erreicht wurde: Neben der Sammlung von Daten übernehmen die Teilnehmenden auch die Problemdefinition. Im Fall des Pulkau-Projekts bedeutete das, dass die Pulkauer Bürger:innen ihr Interesse zu Teilthemen formulierten und eine Darstellungsform wählten. Somit ergänzten sie die wissenschaftliche Vorarbeit der Forschendengruppe durch alltagshistorische Quellen und gaben dem Output durch ihre Fragen eine Richtung.

## **DER LEITFADEN**

Das Projekt hatte den Anspruch ein Modell für andere Initiativen zu sein. Zu diesem Zweck entstand im Ergebnis ein Leitfaden, der jedoch eher den Charakter eines Projektberichts hat. Die österreichische Forschungsgruppe hat mit dem Projekt Pionierarbeit geleistet, eine Reflexion der Projektarbeit, aus der sich praktische Anwendungen ableiten ließen, wäre als Teil des Leitfadens jedoch wünschenswert gewesen. Interessant wäre weiterhin zu erfahren, was diese multiperspektivische Erinnerungsarbeit vor Ort bei den Gemeindebewohner:innen bewirkt hat: War es für sie eine interessante lokalhistorische Veranstaltung oder setzte es weitere Fragen und Nachforschungen – zum Beispiel zur NS-Zwangsarbeit – in Gang?

*»Interessant wäre weiterhin zu erfahren, was diese multiperspektivische Erinnerungsarbeit vor Ort bei den Gemeindebewohner:innen bewirkt hat.«*

## LITERATUR



Blaschitz, Edith/Krenn Martin (Hrsg.): Spuren lesbar machen. Das NS-Zwangslager im Granitwerk Roggendorf. Neue Formen der Geschichtsaufarbeitung zwischen Kunst und Wissenschaft, Innsbruck 2025.



Haklay, Mordechai: Citizen Science and Volunteered Geographic Information – overview and typology of participation, in: Sui, Daniel/Elwood, Sarah/Goodchild, Michael Frank (Hrsg.): Crowdsourcing Geographic Knowledge. Volunteered Geographic Information (VGI) in Theory and Practice, Berlin 2013, S. 105–122.

### Autor



**Tobias Rischk** ist Redaktionsassistent des Magazins *Lernen aus der Geschichte*. Als freiberuflicher Historiker beschäftigt er sich u. a. mit der Geschichte des NS, deutsch-jüdischer Geschichte, der Geschichte der Extremen Rechten nach 1945 sowie der Erinnerungskultur im Berliner Stadtraum.

# Impressum

## Herausgeberin:



AGENTUR FÜR  
BILDUNG  
GESCHICHTE  
POLITIK

Agentur für Bildung, Geschichte und Politik e.V.  
Dieffenbachstraße 76, 10967 Berlin

**E-Mailadresse:** [kontakt@agentur-bildung.de](mailto:kontakt@agentur-bildung.de)

**Webseite:** <http://agentur-bildung.de>

## Vorstand:

Adina Stern, E-Mail: [stern@agentur-bildung.de](mailto:stern@agentur-bildung.de)

Dr. Birgit Wenzel, E-Mail: [wenzel@agentur-bildung.de](mailto:wenzel@agentur-bildung.de)

Prof. Dr. Dorothee Wierling, E-Mail: [wierling@agentur-bildung.de](mailto:wierling@agentur-bildung.de)

## Vereinsregister beim Amtsgericht:

Amtsgericht Charlottenburg

Vereinsregisternummer: VR 27817 B

## Förderer:

Gefördert mit Mitteln der [Hans und Berthold Finkelstein Stiftung](#)



Hans und Berthold  
Finkelstein Stiftung

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der LaG-Magazinredaktion und der fördernden Einrichtung dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor\*innen die Verantwortung.

**Redaktion:** Ulrike Rothe (V.i.S.d.P.), Tobias Rischk und Sören Isele

**Gestaltung:** Infotext Berlin, Johanna Hoffmann

**Satz:** dia° Netzwerk für Kommunikation / [www.diaberlin.de](http://www.diaberlin.de)

**Lektorat:** Barbara Driesen, Tim Corbett, Ulrike Rothe

**Titelbild:** Blick in die Dauerausstellung der KZ-Gedenkstätte Leonberg (Baden-Württemberg): Ein Holzschuh auf einer Flugzeugtragfläche erinnert an die Zwangsarbeiter\*innen, die im Engelbergtunnel bei Leonberg 1944/45 Tragflächen für die Messerschmitt Me 262 herstellen mussten © picture alliance / imageBROKER | Olaf Krüger

**Innenbild** (Inhaltsverzeichnis): Aufnäher zur Kennzeichnung von sogenannten Ostarbeitern © Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit, Berlin-Schöneeweide

**ISSN: 2941-6094**

Soweit nicht abweichend gekennzeichnet, zur Nachnutzung freigegeben unter der [Creative Commons Lizenz CC BY NC ND 4.0](#)

